KOMMUNIST

THEORETISCHES ORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN

Inhalt

Vorbereitungen zur Gründung einer nationalen Organisation

Statutenentwurf

Programmentwurf

JAHRGANG 2 NUMMER 1

APRIL 1976

Impressum:
Herausgeber und Eigentümer: Kommunistischer Bund Wien
Druck und Verlag : Alois Wieser Gesellschaft m. b.H.
Für den Inhalt verantwortlich : Karl Peter Schwarz
Alle : 1070 Wien, Halbgasse 12
Erscheinungsort : Wien
Verlagspostamt : 1070

Kommunist

THEORETISCHES ORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN

Inhalt

Einleitung		4
Ergebnisse der Wiener und Linzer Konferenz zur Vorbereitung der Gründung einer nationalen Organisation (Dez. 1975 und März 1976) (W.L.)		5
Programmentwurf		11
Erläuterungen zum Programmentwurf		25
Allgemeine Erläuterungen zum gesamten Programmentwurf	(W.L.)	25
Erläuterungen zu Teil I	(W.L.)	28
Erläuterungen zu Teil II	(G.Sch.)	38
Erläuterungen zu Teil III	(G.St.)	47
Erläuterungen zu Teil IV	(J.R.)	51
Erläuterungen zu Teil V und Teil VI	(H.W.)	55
Statutenentwurf		63

Einleitung

Auf zwei Konferenzen, im Dezember 1975 in Wien und im März 1976 in Linz, haben der KB Graz, KB Linz, KB Salzburg/Hallein, KB Tirol, KB Wien, KG Graz und KG Klagenfurt beschlossen, sich in eine einheitliche gesamtnationale demokratisch-zentralistische Organisation aufzulösen, und die Gründung dieser Organisation vorbereitet. Die wichtigsten Dokumente, die der Gründungskonferenz vorliegen werden, sind Programm, Statut und politische Hauptresolution.

Wir geben in dieser Nummer des "Kommunist" einen Bericht über die Ergebnisse der beiden Konferenzen, indem wir Auszüge aus den Protokollen und Beschlüssen wiedergeben, und drucken die Entwürfe von Programm und Statut ab. Beides - Programm und Statut - soll einer intensiven Debatte in der gesamten marxistisch-leninistischen Bewegung unterzogen werden, bevor es der Gründungskonferenz zur Beschlußfassung vorliegen wird. Wir fordern alle Genossen und Freunde auf, sich an der Debatte - insbesondere über den Programmentwurf - zu beteiligen. Auf der Grundlage dieser Debatte wird die Programmkommission den Programmentwurf im Juni noch einmal überarbeiten. Der Entwurf ist nur zur Erleichterung der Debatte in sechs Teile und jeder Teil wiederum in mehrere Punkte gegliedert und mit Zwischenüberschriften versehen; bei der Beschlußfassung fällt das weg. Die Programmkommission hat auch Erläuterungen zum Programmentwurf verfaßt. Diese Erläuterungen sind zwar von dem jeweiligen Verfasser signiert, geben aber die einhellige oder mehrheitliche Meinung der gesamten Programmkommission wieder. In den Erläuterungen wird auch die Auseinandersetzung mit falschen Positionen innerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich geführt. Dabei haben wir uns auf die VRAÖ(ML) beschränkt, mit der die Auseinandersetzung bereits entwickelter ist als mit der MLPÖ und die auch in den meisten Fragen öffentlich Position bezogen hat. Die Programmkommission setzt ihre Arbeit weiterhin fort und führt noch einige Untersuchungen und theoretische Studien durch, um das Programm in verschiedenen Punkten noch mehr zu vertiefen und zu fundieren. In einer der nächsten Nummern des "Kommunist" wird ferner ein Artikel erscheinen, der das Minimalprogramm und insbesondere die Linie des revolutionär-demokratischen Kampfes näher erläutert.

Zuletzt möchten wir uns insbesondere an die VRAÖ(ML) und die MLPÖ wenden, mit der Aufforderung, zu unserem Programmentwurf Stellung zu nehmen. Wir versichern, daß wir diese Stellungnahmen ungekürzt im "Kommunist" abdrucken werden, wie wir auch alle bedeutenden Stellungnahmen einzelner Genossen abdrucken werden.

Ergebnisse der Wiener und Linzer Konferenz zur Vorbereitung der Gründung einer nationalen Organisation (Dezember 1975 und März 1976)

Am 6./7./8.12.1975 und am 6./7.3.1976 sind Delegationen des KB Graz, KB Linz, KB Salzburg/Hallein, KB Tirol, KB Wien und der KG Klagenfurt sowie - am 6./7.3.1976 - der inzwischen neu entstandenen KG Graz zusammengetroffen, um die Kursnahme auf die Auflösung ihrer Organisationen in eine einheitliche gesamtösterreichische Organisation zu beschließen und die Gründung der neuen Organisation vorzubereiten. Auf der Wiener Konferenz im Dezember 1975 wurde dazu folgende Resolution beschlossen:

RESOLUTION ZUR LAGE IN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN BEWEGUNG

Die Hauptaufgabe der österreichischen Marxisten-Leninisten ist heute der Aufbau einer neuen kommunistischen Partei der Arbeiterklasse in Österreich.

Seit der vollständigen und unwiderruflichen revisionistischen Entartung der KPÖ vor nunmehr fast zwei Jahrzehnten hat die österreichische Arbeiterklasse keine politische Führung und keinen politischen Vortrupp. Trotzdem konnte der Kommunismus von der Bourgeoisie und ihren Handlangern auch in unserem Land niemals vollständig zum Verschwinden gebracht werden. Die bewußtesten und konsequentesten Genossen haben am Marxismus-Leninismus festgehalten.

Heute hat die marxistisch-leninistische Bewegung wieder an Kraft gewonnen und sie kann einige Fortschritte verzeichnen. Es bestehen gute Ausgangsbedingungen für unsere, von allen Marxisten-Leninisten anerkannte Aufgabe, die politisch-ideologische Linie durch die Verbindung der allgemeingültigen Aussagen des Marxismus-Leninismus mit den konkreten Verhältnissen in Österreich zu entwickeln, die politisch-ideologische Linie in der Arbeiterklasse und im Volk zu verankern und die Verbindung mit den Massen zu stärken sowie die Einheit aller wirklichen Marxisten-Leninisten auf dem Boden einer klaren und richtigen politisch-ideologischen Linie in der Partei herzustellen.

Gegenwärtig sind wir allerdings noch weit davon entfernt. Die marxistisch-leninistische Bewegung ist nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge politisch-ideologisch in mehrere Richtungen gespalten und in eine Reihe von Organisationen zersplittert. Unsere Organisationen, die KBs, bilden einen Block mit großen politischen Gemeinsamkeiten. Sie stehen auf dem Boden des Marxismus-Leninismus. Sie stimmen darin überein, daß das Endziel der Arbeiterklasse die klassenlose Gesellschaft ist und das nächste strategische Ziel der österreichischen Arbeiterklasse die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Sie stimmen darin überein, daß die Arbeiterklasse ihre Ziele nur erreichen kann unter Führung einer marxistisch-leninisti-

schen Partei und daß die gegenwärtige Hauptaufgabe aller Marxisten-Leninisten im Aufbau dieser Partei im Feuer des Klassenkampfes besteht. Sie stimmen in den Hauptfragen der politischen Linie überein, auf der die Marxisten-Leninisten in den Klassenkampf eingreifen und an die Revolution herankommen, nämlich der Frage des Kampfes um Arbeiterforderungen, des Kampfes um Demokratie, in der Aktionseinheitspolitik und in der Gewerkschaftsfrage. Sie stimmen in den Grundzügen in der Einschätzung der internationalen und nationalen Klassenkampfsituation überein. Sie stimmen schließlich überein im Weg des Parteiaufbaus und in den nächsten Schritten auf diesem Weg. Getrennt werden sie nicht durch grundlegende politisch-ideologische Differenzen, sondern durch die organisatorische Zersplitterung.
Durch bedeutende politisch-ideologische Differenzen getrennt werden die KBs dagegen von der VRA, was seit der Salzburger Beratung vom 1./2. Februar 1975 klarer zutage getreten ist. Die MLPÖ bildet schließlich eine weitere ideologische Kraft, die eine von den KBs getrennte geschichtliche Entwicklung hat und bisher nicht in den Meinungskampf in der kommunistischen Bewegung einbezogen war, wodurch politisch-ideologische Gemeinsamkeiten bzw. Differenzen zwischen der MLPÖ und den KBs sich noch nicht klar herauskristallisiert haben.

Die Überwindung der politisch-ideologischen Spaltung der Bewegung ist ein längerer komplizierter Prozeß, im Verlauf dessen die richtige politisch-ideologische Linie herausgearbeitet und immer besser entwickelt wird und die Probe der Praxis besteht, in dem sich die Spreu vom Weizen trennen wird und alle wirklichen Marxisten-Leninisten ihre Meinungsverschiedenheiten überwinden können. Im Aufbau der Partei besteht das nächste Ziel aller Marxisten-Leninisten unseres Landes. Es ist die Aufgabe und das Bestreben jedes Marxisten-Leninisten, nach Kräften dazu beizutragen. Daran werden die KBs gegenwärtig v.a. durch ihre Zirkelzersplitterung gehindert.

Die unmittelbare Orientierung auf die Auflösung der KBs in einer gesamtnationalen, demokratisch-zentralistischen kommunistischen Kampforganisation ist für uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt zum Hauptkettenglied geworden, um bessere Voraussetzungen dafür zu schaffen, am Parteiaufbau und an der Überwindung der politisch-ideologischen Spaltung arbeiten zu können. Immer drückender werden die Schranken der Zirkelverhältnisse für die KBs als Hemmnis und Beschränkung der Politik spürbar. Die Entwicklung des letzten Jahres und vor allem der letzten Monate haben zu einem stärkeren Zusammenrücken der KBs geführt, während die Differenzen zur VRA deutlicher hervorgetreten sind. Ideologische und politische Fortschritte, die nicht zuletzt auch Ergebnis einer trotz aller Unzulänglichkeiten fruchtbaren Debatte und Auseinandersetzung mit der VRA sind, haben günstigere Bedingungen für den Zusammenschluß der heute in den KBs organisierten Kräfte geschaffen. In dieser Situation gibt es keinen Grund mehr, nicht sofort auf die Gründung einer nationalen Organisation Kurs zu nehmen.

Die KBs beschließen daher, gemeinsam unverzüglich und zielstrebig auf die Gründung dieser Organisation Kurs zu nehmen. Das bedeutet, durch die gemeinsame Ausarbeitung eines Programmentwurfs, Statuts und eines politischen Dokuments über die gegenwärtige politische Lage und die Aufgaben der Kommunisten und die breite Debatte quer durch die ganze Bewegung die notwendigen Voraussetzungen für die Gründung zu schaffen. Es bedeutet auch, gemeinsam auf der Ebene der Zirkel eine Reihe von Maßnahmen zu treffen und vorzubereiten, um Bedingungen für eine funktionsfähige Organisation, für einen funktionsfähigen zentralen politischen

Apparat und für funktionsfähige Ortsgruppen zu schaffen.

Die zukünftige nationale Organisation wird jederzeit bereit sein, sich in eine umfassendere Einheit der Marxisten-Leninisten auf klarer und richtiger Grundlage aufzulösen. Insbesondere das Programm wird als Vorschlag an alle Marxisten-Leninisten gerichtet und bleibt auch nach der Gründung der nationalen Organisation als solcher aufrecht.

Bei den Konferenzen, insbesondere bei der Linzer Konferenz im März 1976, wurde festgehalten, daß die allseitige Vorbereitung der Gründungskonferenz entschieden vorangetrieben werden muß und daß sie insbesondere aus folgenden Aufgaben besteht:

1. Ausarbeitung von Programm, Statut und politischer Hauptresolution als Vorlagen zur Beschlußfassung der Gründungskonferenz.
2. Andere Vorbereitungen bzw. vorbereitende Maßnahmen für die Gründungskonferenz bzw. für die nationale Organisation.
3. Maßnahmen, die noch vor der Gründungskonferenz in den einzelnen Zirkeln gesetzt werden müssen und wie sie auf der Wiener Konferenz beschlossen worden sind.

Für die Ausarbeitung eines Programmentwurfs wurde von der Wiener Konferenz eine Kommission gebildet. Der betreffende Beschluß lautet:

RESOLUTION ZUR BILDUNG EINER PROGRAMMKOMMISSION

Die Konferenz beauftragt die folgenden fünf Genossen (.....) damit, einen Programmentwurf als eine Grundlage für die Schaffung der nationalen Organisation und als Vorschlag an die gesamte marxistisch-leninistische Bewegung auszuarbeiten. Die Mitglieder der Programmkommission sind in ihrer Arbeit in der Programmkommission gegenüber ihren Leitungsorganen nicht weisungsgebunden. Sie gehen bei ihrer Arbeit von den im "Kommunist" Nr.1/75 enthaltenen Vorstellungen über den allgemeinen Charakter und den Aufbau des Programms aus. Sie legen von Anfang an über ihre Arbeit vor der gesamten marxistisch-leninistischen Bewegung öffentlich Rechenschaft ab. Der KB Wien stellt ihnen dafür sein theoretisches Organ zur Verfügung. Um die Programmdebatte zielstrebig zu führen, legen sie bis April 1976 einen ersten Entwurf samt den notwendigen Erläuterungen vor. Die Programmkommission ist verpflichtet, alle Stellungnahmen zu ihrem Entwurf zu berücksichtigen bzw. zu beantworten.
Bis Juni 1976 legen sie den endgültigen Programmentwurf für die Gründungskonferenz vor. Die jeweiligen Organisationen sorgen für eine entsprechende Entlastung der beteiligten Genossen, jedoch sollen sie weiterhin möglichst weitgehend an der politischen Arbeit in ihren Organisationen teilnehmen.

Die Programmkommission hat auch die Aufgabe, die Programmdebatte in und quer durch die KBs anzuleiten und zu zentralisieren. Jedes Mitglied und jede Grundeinheit eines jeden KB hat die Möglichkeit, sich über die Programmkommission direkt an alle anderen Organisationen und Genossen zu wenden.

Die Leitungsorgane der KBs treten regelmäßig zusammen, um über die Zwischenergebnisse der Programmkommission, insbesondere den ersten Programmentwurf, und über die Organisierung der Programmdebatte, in den einzelnen Organisationen und in unseren Sympathisantengruppen zu beraten.

Die Programmkommission hat Ende Februar ihren Entwurf fertiggestellt. In diesem "Kommunist" wird er zusammen mit den Erläuterungen öffentlich zur Diskussion gestellt. Auf Grundlage dieser Debatte wird die Programmkommission im Juni den vorliegenden Entwurf überarbeiten und einen endgültigen Entwurf für die Gründungskonferenz vorlegen.

Zum Statut beschloß die Wiener Konferenz:

RESOLUTION ZUR AUSARBEITUNG EINES STATUTENENTWURFES

Die Konferenz beschließt, daß der Gründungskonferenz der Entwurf eines Statuts vorgelegt wird.
Der KB Wien wird beauftragt, bis Februar einen Entwurf samt Erläuterungen vorzulegen. Dieser Entwurf soll als ein Orientierungspunkt bei den vorbereitenden organisatorischen Maßnahmen noch vor der Gründungskonferenz dienen, wie er umgekehrt unter Berücksichtigung der organisatorischen Probleme und Erfahrungen der KBs ausgearbeitet und beraten werden soll.
Die Debatte um unsere organisatorischen Anschauungen soll auch unter dem Gesichtspunkt der auf dieser Konferenz beschlossenen Resolution zur Frage des demokratischen Zentralismus geführt werden.

Die hier genannte Resolution lautet:

RESOLUTION ZUR FRAGE DES DEMOKRATISCHEN ZENTRALISMUS

Die Konferenz hält fest, daß die KBs als nächsten Schritt die Auflösung der Zirkel in eine demokratisch-zentralistische, einheitliche Organisation anstreben.

Über den Inhalt dieser Festlegung ist es auf der Konferenz zu Meinungsverschiedenheiten gekommen. In einem von der Delegation des KB Salzburg/Halleineingebrachten Kommuniquéentwurf wird der Aufbau der nationalen Organisation in einer Weise charakterisiert, wie es nicht einer demokratisch-zentralistischen Organisation, sondern einem Zirkelverband entspricht. Der entsprechende Passus des Kommuniquéentwurfs lautet:

"Um in den bestehenden gemeinsamen Auffassungen die Politik in die Tiefe zu entwickeln, national zu koordinieren, die Kraft der Propaganda und Agitation zu erhöhen und die Konzentration auf die Entwicklung einer beständigen Massenarbeit zu legen, ist der Zusammenschluß eines Teils der kommunistischen Bewegung direkt anzustreben.

Wenn die Zusammenfassung der KBs als anfängliche Trägerorganisationen einer landesweiten, demokratisch-zentralistischen Organisation gelingt, so wird das in mehrfacher Hinsicht die Bedingungen für den Parteiaufbau verbessern helfen.
Sowohl durch planmäßigere, auf beschlußmäßigerAnleitung beruhende Arbeit, größere Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit und dementsprechend steigende Anziehungskraft auf die fortgeschrittenen Arbeiter, als auch durch besser geführte politische Auseinandersetzung innerhalb der gesamten marxistisch-leninistischen Bewegung. Erste Schritte dahin sollen gesetzt werden durch die öffentliche Debatte über den in Angriff genommenen Programmvorschlag und über unsere noch niederzulegende aktuelle Taktik unter Berücksichtigung der Entwicklung in der Welt und der Lage in Österreich."

Einzelne dieser Festlegungen widersprechen dem Aufbau einer demokratisch-zentralistischen Organisation, in der nicht die Politik von Zirkeln, die nur dem Namen nach Ortsgruppen sind, "national koordiniert" und "planmäßiger"und "ernsthafter" betrieben wird, sondern in der unter Führung einer zentralen Leitung ein einheitlicher politischer Plan, der sich auf den Klassenkampf im nationalen Maßstab bezieht, ausgearbeitet wird und durchgeführt wird. So wie die heutigen Zirkel aufgelöst werden und eine neue Organisation anderen Typus entsteht, so reichen auch die "bestehenden gemeinsamen Auffassungen" nicht als politisch-ideologische Grundlage dieser Organisation, sondern müssen diese Grundlagen erst ausgearbeitet werden.

Keine einzige der oben angeführten Festlegungen erfordert eine nationale Organisation mit demokratisch-zentralistischem Aufbau.

Auch der letzte Satz des zitierten Passus des Salzburger Kommuniquéentwurfs, wo von niederzulegendem Programm und Taktik die Rede ist, bedeutet, selbst wenn man noch die Notwendigkeit verpflichtender statutarischer Festlegungen hinzufügt, für sich genommen noch keine eindeutige Bejahung einer demokratisch-zentralistischen Organisation.
Auch in der Diskussion sind von den Salzburger Genossen Meinungen vertreten worden, die einen formellen Zusammenschluß der KBs bei tatsächlichem Fortbestehen von Zirkelverhältnissen nahelegen und nicht die Auflösung der Zirkel in eine demokratisch-zentralistische Organisation.
So wenn sie auf die "Gefahr" verwiesen haben, daß die "Übernahme von Positionen des KB Wien durch andere KBs" in der nationalen Organisation weiterwirken würde.
Solche Vorstellungen widersprechen dem Gedanken einer einheitlichen Organisation mit demokratisch-zentralistischem Aufbau, in der die Meinungs- und Willensbildung nicht entlang der Grenzen von Orten, sondern entlang der demokratisch-zentralistischen Struktur im nationalen Maßstab erfolgt.
Um falsche Vorstellungen über den Charakter der Organisation, in die sich die KBs auflösen sollen, auszuräumen, wurden in Wiener Resolutionsanträgen alle Formulierungen von "Zusammenschluß der KBs" bzw. von der "Gründung einer nationalen Organisation der KBs" korrigiert.

Die Konferenz weist alle falschen Vorstellungen zurück. Die Delegationen werden in ihren Organisationen dagegen auftreten und in dieser Frage Klarheit schaffen.

Solche falschen Auffassungen sind bei der Wiener Konferenz nicht das einzige Mal aufgetreten, sondern sie haben sich in vielfältiger Weise immer wieder angedeutet. Der neue Rechenschaftsbericht des KB Wien charakterisiert diese Fehler so: "Am deutlichsten ist bisher die falsche Auffassung hervorgetreten, die darauf hinausläuft, sich auf die Erhaltung der Zirkelverhältnisse im Rahmen einer formell einheitlichen nationalen Organisation einzustellen. In der Hauptsache wird dieser Fehler getragen vom Unglauben, daß wir mehr als eine Assoziation von letzten Endes ziemlich selbständigen Ortsgruppen zustandebringen können, daß die ideologische, politische und organisatorische Einheit in der gesamtösterreichischen Organisation herstellbar ist. Er läuft letztlich auf die Vorstellung eines Zirkelblockes hinaus, auch wenn nicht von einer bewußten Orientierung auf einen Zirkelblock ausgegangen wird. In den nächsten Monaten, je näher der Zeitpunkt der Gründung der neuen Organisation rücken wird, kann dieser Fehler auch in der Gestalt auftreten, daß noch nicht genügend Maßnahmen auf der Ebene der Zirkel getroffen worden, daß sie noch zu schwach, zu wenig verankert, zu schlecht organisiert usw. wären, um bereits die Gründung einer nationalen Organisation vorzunehmen. Dagegen vertreten wir die Ansicht, daß die Gründung der

neuen Organisation so rasch als möglich und noch im Sommer 1976 - wie die Wiener Konferenz beschlossen hat - vollzogen werden soll. Je besser die Zirkel bis dahin noch arbeiten, desto bessere Ausgangsbedingungen werden wir im Rahmen der nationalen Organisation vorfinden." (Rechenschaftsbericht der Leitung des KB Wien, S.116) Wir müssen alle solchen Abweichungen vom richtigen Weg, alles Zirkelbornierte und alle überlebten Zirkelstrukturen entschieden bekämpfen, jetzt und auch nach der Gründung der nationalen Organisation, denn dann werden sie besonders scharf als Hemmnisse des Aufbaus und der Weiterentwicklung der Organisation hervortreten.

Der demokratisch-zentralistische Aufbau der Organisation ist im Statut festgelegt. Auf der Linzer Konferenz wurde der ebenfalls im "Kommunist" abgedruckte Statutenentwurf beraten und es wurde beschlossen, ihn ebenfalls öffentlich bis zur Gründungskonferenz zur Debatte zu stellen. Hier kam es auf der Konferenz zu keinerlei Differenzen. Bei der Beratung des Statuts wurden auch eine Reihe von Überlegungen über die noch notwendigen vorbereitenden Maßnahmen, um die Funktionsfähigkeit der neuen Organisation zu sichern, angestellt.

Mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für die politische Hauptresolution wurde von der Linzer Konferenz der KB Wien beauftragt. Sie soll im Mai vorgelegt werden und folgenden Inhalt haben:

"1. Die internationale politische Lage und die politische Lage in Österreich.
2. Festlegungen in der Hauptfragen der politischen Linie.
3. Hauptrichtungen des politischen und organisatorischen Aufbaus der nationalen Organisation."

(aus: Protokoll der Linzer Konferenz, Punkt VII.)

Bei der Vorbereitung der Debatte über diese Resolution spielt die Ausarbeitung und Debatte der Rechenschaftsberichte der einzelnen Organisationen eine große Rolle. Des weiteren hat die Wiener Konferenz auch eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die die einzelnen Zirkel noch vor der Gründungskonferenz setzen sollen:

Als Gesichtspunkte für die Umkrempelung der einzelnen Organisationen bis zur Gründungskonferenz wird folgendes festgehalten:

- o Anstrengungen, um die Betriebszellen zu stärken und sie zum Mittelpunkt des politischen und organisatorischen Lebens der Organisation zu machen.
- o Anstrengungen zur Förderung des demokratischen Zentralismus. Unter anderem heißt das, daß die Grundeinheiten in möglichst umfassender Weise Träger der Politik und Orte der Meinungsbildung sein sollen, daß funktionierende Anleitungsstrukturen ausgebildet werden sollen - daß das Berichtswesen von unten nach oben und die Zentralisierung des Berichtswesens in den Leitungen entwickelt werden soll, daß auf allen Ebenen das beschlußmäßige Arbeiten erlernt und gefördert wird, daß die Grundeinheiten auch die Träger der politischen Arbeit in der Stadt (Zeitungsverkauf) sein und daß sie auch die Genossen aus den kommunistischen Massenorganisationen dabei anleiten sollen.
- o Anstrengungen, Genossen zur zentralen Leitungstätigkeit heranzuziehen, die Leitungsmitglieder zu allseitig einsetzbaren Kadern zu machen und die politische Entwicklung mittlerer Kader (Kollektivleiter) zu fördern, damit zum gegebenen Zeitpunkt Kräfte für den zukünftigen zentralen Apparat aus der örtlichen Arbeit ausscheiden können.
- o Anstrengungen, sich einen Überblick über die Sympathisanten in der Region zu verschaffen und die Betreuung zu organisieren.

Alle diese Gesichtspunkte müssen entsprechend den konkreten Verhältnissen der verschiedenen Organisationen beraten und angewendet werden und auf der nächsten Konferenz im Hinblick auf eventuelle Festlegungen beraten werden." (aus:Protokoll der Wiener Konferenz, Punkt 4)

Darüber wurden auf der Linzer Konferenz die Beratungen - gestützt auf die inzwischen vorliegenden Organisationsberichte - fortgesetzt.

Beraten wurden auch der Aufbau eines zentralen technischen Apparates, die Vorbereitungen für ein 14-tägig erscheinendes Zentralorgan und andere für die zukünftige nationale Organisation wichtige Fragen.

Programmentwurf

Präambel

Der Kommunismus ist längst aus einer wissenschaftlichen Voraussage zur Realität geworden. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution 1917 in Rußland hat eine erste gewaltige Bresche in das Weltsystem des Imperialismus geschlagen und die Epoche der proletarischen Weltrevolution eingeleitet.Während die sowjetische Arbeiterklasse im Bündnis mit den Massen des werktätigen Volkes unter Führung der KPdSU mit Lenin und Stalin an der Spitze den Sozialismus aufbaute, vertiefte sich die allgemeine Krise des Imperialismus, aus der er im Faschismus und in einem neuen Weltkrieg einen Ausweg suchte. Nach dem Zusammenbruch des Faschismus und dem Ende des Zweiten Weltkrieges schlugen die Länder Ost- und Südosteuropas den Weg der Volksdemokratie und des Sozialismus ein,die chinesische Revolution führte zur Gründung der Volksrepublik China, das vietnamesische und koreanische Volk versetzten dem Imperialismus schwere Schläge, errichteten eine revolutionäre Staatsmacht in Nordvietnam und im Norden Koreas und setzten den Kampf für die Befreiung des ganzen Landes fort.

Aber der Weg des Kommunismus, der die gründlichste revolutionäre Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse in der Geschichte der Menschheit anstrebt, kann kein einfacher und geradliniger Weg sein.

Trotz der glänzenden Siege der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker im Kampf um die Beseitigung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung hat der Kommunismus auch Niederlagen und Rückschläge erlitten.

Der schwerwiegendste Rückschlag war der Machtantritt des Revisionismus in der Sowjetunion, die Beseitigung der Diktatur des Proletariats und die Errichtung der Diktatur einer bürokratischen Monopolbourgoisie neuen Typs, die Wiederherstellung des Kapitalismus und die Verwandlung der Sowjetunion in ein sozialimperialistisches und sozialfaschistisches Land. Im Gefolge dieses Rückschlags und durch ihn begünstigt wechselte eine Reihe sozialistischer Länder die Farbe und die internationale kommunstische Bewegung wurde gespalten, indem ein Teil der kommunistischen Parteien ins Lager des Revisionismus überging. Auch in der KPÖ konnte sich der moderne Revisionismus vollständig und unwiderruflich durchsetzen und hat diese Partei in eine bürgerliche Partei verwandelt.

Aus solchen Rückschlägen lernt das internationale Proletariat seine historische Mission noch besser zu begreifen und zu erfüllen. Die internationale marxistisch-leninistische Bewegung, mit der KPCh und PAA in vorderster Linie, hat die Schlußfolgerungen aus dem Auftreten und dem teilweisen und zeitweiligen Sieg des modernen Revisionismus gezogen. Die KP Ch hat in der Grossen Proletarischen Kulturrevolution und ebenso die PAA diese Schlußfolgerungen in die Tat umgesetzt.

In Österreich haben ebenfalls eine Reihe aufrechter Kommunisten am Marxismus-Leninismus festgehalten. In den letzten Jahren hat die marxistisch-leninistische Bewegung in unserem Land einen neuen Aufschwung genommen. Die Kommunisten stehen vor der Aufgabe, ihre Spaltung zu überwinden, sich mit den Massen zu verbinden und eine neue kommunistische Partei der Arbeiterklasse aufzubauen. Das können sie nur auf der Grundlage eines marxistisch-leninistischen Kampfprogramms.

Der Kommunistische Bund Österreichs legt ein solches Programm vor, um die durch den Verrat des modernen Revisionismus verschütteten und entstellten Anschauungen des Kommunismus wieder ans Licht zu bringen, sie zusammenzufassen und um sie der Arbeiterklasse und dem Volk ins Bewußtsein zu rufen. Der Kommunistische Bund Österreichs entfaltet auf der Grundlage dieses Programms seine Politik und richtet es zugleich als Vorschlag an die gesamte marxistisch-leninistische Bewegung, um auf dieser Grundlage die Einheit aller wirklichen Marxisten-Leninisten in der Partei herzustellen.

Die Kommunisten in Österreich sind eine Abteilung der Armee des internationalen Proletariats. Sie verfolgen dasselbe Endziel wie die Kommunisten aller Länder, die klassenlose kommunistische Gesellschaft auf der ganzen Welt. Dieses Ziel ergibt sich aus dem Wesen und Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft.

Teil I: Wesen und Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft

1. In der bestehenden Gesellschaftsordnung herrscht die kapitalistische Produktionsweise, deren Grundlage die Warenproduktion ist.

   Alle bedeutenden Produktionsmittel sind als Privateigentum in den Händen einer kleinen Minderheit von Kapitalisten konzentriert, während die Proletarier vom Besitz an den Produktionsmitteln ausgeschlossen sind. Aufgrund ihrer ökonomischen Lage müssen sie den Kapitalisten ihre Arbeitskraft verkaufen. Die Lohnarbeit schafft das Kapital, das Kapital beutet die Lohnarbeit aus.

   Der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital ist die Grundlage des unversöhnlichen Klassengegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

   Die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten ist die Grundlage des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit.

2. Der Kapitalismus ist entstanden durch den Übergang von der Einzelproduktion zur gesellschaftlichen Produktion sowie durch die damit einhergehende Expropriation der kleinen Warenproduzenten. Die Produktionsmittel werden in der Hand der Kapitalisten monopolisiert, während die selbständigen Kleinproduzenten sich in Proletarier verwandeln oder zu Dienern und Tributpflichtigen des Kapitals werden. Immer weiter schreitet diese Entwicklung voran, immer mehr erfaßt sie die ganze Gesellschaft.

3. Hand in Hand mit der durch die Konkurrenz vorangetriebenen Konzentration und Zentralisation des Kapitals entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit steigt gewaltig.

4. Aber alle Vorteile dieser Entwicklung werden von den Kapitalisten usurpiert und monopolisiert und verwandeln sich für den Arbeiter in das Gegenteil. Sie verwandeln sich in zusätzliche Mittel seiner Ausbeutung und Unterdrückung. Sie verstümmeln ihn in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, vergrößern die Qual der Arbeit und vernichten ihren Inhalt, entfremden ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses, verunstalten die Bedingungen, innerhalb derer er arbeitet, unterwerfen ihn während des Arbeitsprozesses der kleinlichst gehässigen Despotie, verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit für den Kapitalisten.

5. Mit der Vereinfachung der Arbeitsfunktionen durch die Vervollkommnung der Technik werden immer neue Massen in die kapitalistische Produktion gezogen: Frauen, Kinder, ausländische Arbeiter aus ökonomisch rückständigen Gebieten. Die steigende Produktivkraft der Arbeit bewirkt zugleich einen relativ sinkenden Bedarf der Kapitalisten an Arbeitern, so daß das Angebot an Arbeitskraft die Nachfrage beständig übersteigt und eine industrielle Reservearmee entsteht. Ausbeutung, Abhängigkeit vom Kapital und Unsicherheit der Existenz steigen. Der Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol entspricht so die Akkumulation von gesellschaftlichem Elend auf dem anderen Pol.

6. Noch mehr verstärken diese Entwicklung die durch den Kapitalismus unvermeidlich hervorgebrachten periodischen Krisen, durch die die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft wird. Sie zeigen deutlich, daß die Entwicklung der Produktivkräfte immer unverträglicher wird mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Immer tiefer und umfassender macht sich der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung geltend.

7. Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals führt zur Herausbildung des Monopols. Wie der Kapitalismus von Anfang an der Planlosigkeit und Anarchie auf dem Markt und Weltmarkt die Planung und Organisation in der einzelnen Fabrik gegenüberstellt, so stellt er ihr in Gestalt des Monopols die Planung und Organisation ganzer Industriezweige und noch größerer Produktionsbereiche gegenüber. Darin kommt die bereits fortgeschrittene, aber auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse stattfindende Vergesellschaftung der Produktion zum Ausdruck, die über die Schranken des kapitalistischen Privateigentums hinaus und nach Anerkennung ihres gesellschaftlichen Charakters drängt. Das Monopol bleibt kapitalistisches Monopol, es hebt die Konkurrenz nicht auf und bringt sie auf neuer Stufe, in neuer Größenordnung und in neuer Schärfe hervor.

8. Anfang des 20.Jahrhunderts hat der Übergang von der freien Konkurrenz zum Monopol einen Grad erreicht, daß eine neue Epoche in der Entwicklung des Kapitalismus beginnt, die Epoche des Imperialismus. Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo mächtige Monopolverbände der Kapitalisten gebildet wurden und entscheidende Bedeutung erlangt haben, das Bankkapital mit dem Industriekapital zum Finanzkapital verschmolzen ist, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen hat, ein heftiger Kampf um die ökonomische Aufteilung der Welt unter die internationalen Monopolverbände tobt und sie territorial vollständig in Einflußgebiete der großen imperialistischen Länder aufgeteilt ist.

9. Unter diesen Umständen werden alle Widersprüche des Kapitalismus gewaltig verschärft und auf die Spitze getrieben und es verstärkt sich die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus in den verschiedenen Ländern.

Dies macht imperialistische Kriege um die Weltherrschaft, um die Neuaufteilung der Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären, zur Versklavung der kleineren und schwächeren Nationen unvermeidlich. Immer gewaltiger und zerstörerischer werden die imperialistischen Kriege, zwei Mal wurde bereits die ganze Welt vom Imperialismus in den Krieg hineingerissen. Ständig steigende Rüstungslasten und Militarisierung der ganzen Gesellschaft kennzeichnen den Imperialismus.

10. Der Imperialismus ist parasitärer und faulender Kapitalismus. Hatte der aufstrebende Kapitalismus eine stürmische und ungehinderte Entwicklung der Produktivkräfte ermöglicht, so hat der Imperialismus die Tendenz, die Entwicklung der Produktivkräfte aufzuhalten. Seine gelegentlichen ökonomischen Aufschwünge erkauft er sich durch ungeheure Kapitalvernichtung in Krisen und Kriegen. Ganze Produktionszweige stagnieren oder verkommen, ganze Regionen veröden, die Lebensbedingungen der Menschheit werden zerstört. Um die Produktion aufrechterhalten zu können, wird der unproduktive Sektor der Gesellschaft ständig vergrößert. Die Bourgeoisie, revolutionäre Klasse gegenüber dem Feudalismus, ist durch und durch reaktionär geworden. Jeder fortschrittlichen und demokratischen Bestrebung tritt sie feindlich entgegen. Ökonomisch längst überflüssig geworden, tritt die Bourgeoisie mehr und mehr neben den Produktionsprozeß. Während sie sich bezahlte Funktionäre hält, die für sie die Produktion organisieren, verwandelt sie sich in eine Bande von Spekulanten und Kuponschneidern, deren Beruf Korruption, Verschwendung und Müßiggang ist, umgeben vom Lumpenpack ihrer Politiker, Advokaten und Pfaffen, ihrer Huren, Leibärzte und Künstler.

11. Immer größer wird die Rolle des Staates, immer mehr bläht sich der Staatsapparat auf. Der bürgerliche Staat, in seiner Existenz Ausdruck der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, ist geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse, ideeller Gesamtkapitalist. Immer mehr gesellschaftliche Funktionen zieht der Staat an sich und verwandelt sie in bürokratische Tätigkeiten seiner Verwaltungs- und Unterdrükkungsmaschinerie. Immer häufiger und tiefgehender werden die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben. Teilweise übernimmt der Staat selbst die Produktion und wird so zum materiellen Gesamtkapitalisten. Immer stärker werden Ausplünderung und politischer Druck. Immer schwerer lastet der Staatsapparat als unproduktiver schmarotzender Auswuchs am Körper der Gesellschaft. Der staatliche Unterdrückungsapparat wird ständig ausgebaut und zur Hauptseite der Staatstätigkeit. Die Macht der Monopole verbindet sich mit der Macht des Staates.

12. Mit der Verschärfung aller Widersprüche des Kapitalismus wächst aber auch die Zahl und Geschlossenheit der durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Proleta-

riats, wächst seine Unzufriedenheit und Empörung über die bestehende Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse, verschärft sich sein Kampf gegen die Ausbeuter, tritt es in Massenstreiks der Kapitalistenklasse gegenüber, wächst das Bestreben, sich vom Joch des Kapitalismus zu befreien. Die Bourgeoisie, die in ihrem Kern aus der Oligarchie des hochkonzentrierten Finanzkapitals besteht, tritt der Arbeiterklasse geschlossen entgegen. Bei jeder heftigeren Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Kapitalisten stoßen die Arbeiter rasch mit dem Staat zusammen. Der Klassencharakter des Staates tritt offen an den Tag.

13. Gestützt auf die Ausbeutung des Proletariats im Inneren unterwerfen sich die imperialistischen Staaten die ökonomisch wenig entwickelten Nationen und dehnen die Ausbeutung und Ausplünderung auf sie aus.

    Dagegen entfaltet sich der Widerstand der Völker. Sie schütteln das Joch des Kolonialismus ab und setzen den Kampf fort gegen den Versuch des Neokolonialismus, die politische und ökonomische Abhängigkeit ihrer Länder trotz formeller staatlicher Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten. Immer stürmischer entwickelt sich der Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus, immer klarer gewinnt in ihm die Arbeiterklasse die Führung, immer enger verbindet er sich mit dem Kampf der internationalen Arbeiterklasse.

14. Das alles macht die Epoche des Imperialismus zur Epoche der sozialen Revolution des Proletariats. Der Imperialismus bedeutet die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus und stellt das Proletariat vor die unmittelbare Notwendigkeit, seine Revolution durchzuführen.

Teil II: Ziele des Klassenkampfs des Proletariats

1. Die soziale Revolution des Proletariats ersetzt das Privateigentum an den Produktionsmitteln durch das gesellschaftliche Eigentum, beseitigt damit die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und schafft die Voraussetzung für die Ablösung der Warenproduktion durch die unmittelbar gesellschaftliche Produktion von Gebrauchsgütern, die mit Willen und Bewußtsein der Massen und im Interesse des Wohlstands und der allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft vollzogen wird.

2. Die soziale Revolution beseitigt mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen die Grundlage für die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und bricht radikal mit sämtlichen gesellschaftlichen Beziehungen, die den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entsprechen.

   Sie beseitigt den Gegensatz zwischen körperlicher und geistiger Arbeit sowie den zwischen Stadt und Land. Sie beseitigt mit der Aufhebung der Klassen im Innern der Nationen den feindlichen Gegensatz der Nationen untereinander.

3. Die soziale Revolution führt schließlich zur Errichtung der klassenlosen, kommunistischen Gesellschaftsordnung. An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt die freie Assoziation aller arbeitenden Menschen, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist und worin Produktion und Verteilung ausschließlich nach dem Grundsatz geregelt werden: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen."

4. Die unerläßliche Vorbedingung dieser sozialen Revolution ist die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, das heißt die Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

   Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen ihrer Staatsmacht wie Armee und Polizei zur Verteidigung ihres Eigentums und ihrer Herrschaft verfügt, kann die Arbeiterklasse die politische Macht nur mit Waffengewalt erobern. Der bürgerliche Staatsapparat, mit dem die Kapitalistenklasse ihre politische Macht ausübt, kann von der Arbeiterklasse nicht einfach übernommen und für ihre Zwekke in Bewegung gesetzt werden. Die Arbeiterklasse zerschlägt den bürgerlichen Staat von oben bis unten und setzt an seine Stelle den proletarischen Rätestaat, der zum Zweck der Durchführung der sozialen Revolution die gestürzten Ausbeuter unterdrückt und niederhält, die umfassende und direkte Demokratie für das Volk verwirklicht und die arbeitenden Massen unter Führung des Proletariats zusammenschließt.

5. Die Entfaltung der Demokratie besteht in der umfassenden Einbeziehung der arbeitenden Massen in alle öffentlichen Angelegenheiten. Das Proletariat richtet bewußt die Tätigkeit seiner Staatsmacht darauf aus, den von der Gesellschaft abgesonderten Charakter der staatlichen Tätigkeiten zu überwinden und sie in gesellschaftliche Tätigkeiten des freien Arbeitervolkes zu verwandeln.

6. Während der gesamten geschichtlichen Epoche der sozialen Revolution existieren noch Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkampf. Während dieser ganzen Epoche muß die Diktatur des Proletariats aufrechterhalten werden. Sie ist die bewußte Weiterführung der Revolution auf allen Ebenen und mit allen Mitteln, ein blutiger und unblutiger, gewaltsamer und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, pädagogischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Überlieferungen der alten Gesellschaft, gegen die kapitalistischen Feinde außerhalb des Landes, gegen die Reste der Ausbeuterklassen im Inneren und gegen die Keime einer neuen Bourgeoisie, die sich zwangsläufig auf dem Boden der noch nicht überwundenen Warenproduktion entwickeln.

7. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Indem sich die Arbeiterklasse befreit, befreit sie die gesamte Menschheit.

Teil III: Rolle und Aufgaben der Kommunisten

1. Die Kommunisten aller Länder stellen sich die Aufgabe, das Proletariat zur Erfüllung seiner großen geschichtlichen Mission zu befähigen. Zu diesem Zweck organisieren sie es zur selbständigen, allen bürgerlichen Parteien entgegengesetzten politischen Partei. Sie leiten seinen Klassenkampf in all seinen Erscheinungsformen, enthüllen ihm den unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen der Ausgebeuteten und denen der Ausbeuter und machen ihm die geschichtliche Bedeutung, den Charakter und die notwendigen Voraussetzungen der sozialen Revolution klar, die es zu vollbringen hat.

2. Die Kommunisten haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen keine sektiererischen Prinzipien auf, nach denen sie die proletarische Bewegung modeln wollen. Ihre theoretischen Sätze beruhen nicht auf erfundenen Ideen von Weltverbesserern, sondern sind die allgemeinen Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse, eines existierenden Klassenkampfs, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung. Vor der übrigen Masse des Proletariats haben die Kommunisten die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.

3. Auf der Grundlage dieser Einsicht heben die Kommunisten in den verschiedenen nationalen Kämpfen des Proletariats die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervor und bringen sie zur Geltung, suchen die Alltagskämpfe des Proletariats mit dem Kampf um das Endziel und den ökonomischen mit dem politischen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf zu verbinden. Dabei stützen sie sich bei jedem Schritt ihres Handelns auf die Erfahrungen der Massen selbst.

4. Die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände bei voller Wahrung der Selbständigkeit der Arbeiterklasse. Sie heben in all diesen Bewegungen die Eigentumsfrage als die Grundfrage der Bewegung hervor. Sie zeigen der ganzen übrigen werktätigen und ausgebeuteten Masse die Hoffnungslosigkeit ihrer Lage in der kapitalistischen Gesellschaft und die Notwendigkeit der sozialen Revolution im Interesse ihrer eigenen Befreiung vom Joch des Kapitals. Die Partei der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, ruft in ihre Reihen alle Schichten der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung, soweit diese sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen.

5. Die Kommunisten, die den Kampf um die soziale Revolution führen, lehnen den Kampf um Reformen nicht ab und unterstützen alle Bewegungen, die diesen Kampf aufnehmen. Sie kämpfen aber nur um eine solche Besserung der Lage der Arbeiterklasse und des Volkes, die die Fähigkeit der Massen erhöht, den Klassenkampf zu führen und die Bedingungen dafür verbessert.
Sie lehnen daher alle jene Reformvorschläge ab, die mit einer Förderung der Zusammenarbeit mit den Ausbeutern oder mit einer wie auch immer gearteten Ausdehnung oder Festigung der polizeilich-bürokratischen Bevormundung der werktätigen Klassen verbunden sind.

6. Um das Proletariat im Kampf um die politische Macht und seine soziale Befreiung zusammenschließen zu können, müssen die Kommunisten Reformismus und Revisionismus in seinen Reihen bekämpfen. Sie tun das vor allem, indem sie der Spaltung durch Reformismus und Revisionismus entgegentreten durch die Förderung des praktischen Zusammenschlusses der Arbeiter gegen die Kapitalisten und der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und den Staat auf der Grundlage positiver Vorschläge für ihren Kampf. Dabei enthüllen sie ausgehend von den Erfahrungen der Massen bei diesem Zusammenschluß die Unvereinbarkeit der Ideologie und Politik des Reformismus und Revisionismus mit den Interessen der Arbeiterklasse.

7. Kerngedanke dieser bürgerlichen Strömungen in der Arbeiterbewegung ist die Ablehnung der Diktatur des Proletariats und die Befürwortung der Klassenversöhnung und der Klassenzusammenarbeit. Sie werden in der Hauptsache getragen von einer schmalen Schicht von Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten, die der Imperialismus hervorgebracht hat. Ihr Einfluß auf die Arbeitermassen entspringt der zeitweiligen - im Vergleich zur Lage der unterdrückten Völker - relativ günstigen Lebenslage eines Teils der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder, durch die der ungeheuer gesteigerte Grad der Ausbeutung in den kurzen Perioden zeitweiliger Prosperität verdeckt wird. In jeder revolutionären Krise schlagen sich die Reformisten und Revisionisten offen auf die Seite der Bourgeoisie und helfen ihr direkt bei der blutigen Unterdrükkung der revolutionären Bestrebungen der Arbeiterklasse und des Volkes.

8. Hat das Proletariat die politische Macht erobert, wird der Revisionismus zum Haupthebel beim unvermeidlichen Versuch der Bourgeoisie, die Diktatur des Proletariats zu beseitigen, die Diktatur der Bourgeoisie wieder aufzurichten, den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus abzubrechen und den Kapitalismus wiederherzustellen. Der Revisionismus wird nach Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Hauptsache getragen von bürgerlichen und verbürgerlichten Elementen im Apparat der proletarischen Macht- und Verwaltungsorgane, die sich mit den Überresten der alten Bourgeoisie verbinden. Die Organisierung des umfassenden ideologischen und politischen Kampfes der proletarischen Mas-

sen und des Volkes gegen diese Elemente wie gegen jede Form bürgerlicher Privilegierung und bürokratischer Entartung ist dann die Aufgabe der Kommunisten. Er ist die Vorbedingung für die Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats und für die Verhinderung einer Wiederherstellung des Kapitalismus.

Teil IV: Besondere Aussagen über den Kapitalismus in Österreich

1. Die Kommunisten aller Länder verfolgen dasselbe Endziel. Jedoch ergeben sich aufgrund des unterschiedlichen Entwicklungsgrades der kapitalistischen Produktionsweise in den einzelnen Ländern, aufgrund des Gegensatzes unterdrückter und unterdrückender Nationen im Imperialismus, aufgrund der Tatsache, daß die Arbeiterklasse in einigen Ländern bereits die Macht ergriffen hat und den Sozialismus aufbaut, und infolge verschiedener sozialer und politischer Verhältnisse unterschiedliche nächste strategische und taktische Aufgaben.

   Diese Aufgaben bestimmen die Kommunisten im Rahmen der Entwicklung der grundlegenden Widersprüche in der Welt.

   So verbinden sie den Kampf gegen den unmittelbaren Feind im eigenen Land mit der direkten Unterstützung des Proletariats der anderen Länder und der unterdrückten Völker.

2. In Österreich ist der Kapitalismus längst zur herrschenden Produktionsweise geworden. Alle wesentlichen Spuren der früheren Produktionsweise sind beseitigt. Die österreichische Bourgeoisie hält die politische Macht in Händen. Sie übt ihre Diktatur in Form der parlamentarischen Demokratie aus.

   Die österreichische Arbeiterklasse steht unmittelbar vor der Aufgabe der Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution.

   Dafür kann sie die Masse der kleinen Bauern, der Kleingewerbetreibenden und jener Lohnabhängigen gewinnen, deren Lebensumstände sich denen des Proletariats mehr und mehr angleichen.

   Der Assimilationsprozeß der slowenischen, kroatischen und magyarischen Minderheit ist seit der Bildung Österreichs in seinen heutigen Grenzen so weit vorangeschritten, daß diese zum Bestandteil der österreichischen Nation geworden sind. Die Kommunisten treten für die volle Verwirklichung der besonderen Sprachenrechte dieser Minderheiten ein, um so die Bedingungen für den Zusammenschluß aller Teile der Arbeiterklasse und des Volkes, welcher Sprache auch immer, im Klassenkampf zu verbessern. Zugleich treten die Kommunisten jedem Versuch entgegen, unter dem Deckmantel der Verfolgung "nationaler Interessen" die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes zu spalten oder dieser Spaltung Vorschub zu leisten.

4. Österreich ist ein imperialistisches Land und steht in der Reihe der Unterdrückernationen. Durch enge wirtschaftliche, politische und militärische Beziehungen ist es an die imperialistischen Länder des Westens gebunden. Selbständig und in deren Gefolge versucht die österreichische Monopolbourgeoisie ihre Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagesphären zu erweitern.

   Bei gleichzeitiger Abhängigkeit von den westlichen imperialistischen Ländern hält die österreichische Bourgeoisie an der Neutralität fest, um sie für die Verfolgung ihrer imperialistischen Interessen zu nutzen. Sie wird sie jederzeit preiszugeben versuchen, wenn sie diesen Interessen im Wege steht. Ebenso wird die österreichische Bourgeoisie versuchen, an der Seite größerer imperialistischer Räuber in einen imperialistischen Krieg einzutreten, wenn dies ihren Interessen dient.

   Die Kommunisten treten gegen jeden Anschluß Österreichs an ein imperialistisches Bündnis auf, gegen jeden Versuch der Verschacherung der nationalen Unabhängigkeit und gegen alle Versuche der imperialistischen Großmächte, Österreich ihrer wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Kontrolle zu unterwerfen, denn eine wachsende Abhängigkeit des Landes und Einschränkung seiner Souveränität verschlechtern die Bedingungen für die sozialistische Revolution.

5. Gelingt es dem Proletariat nicht, einem Eintritt Österreichs in einen imperialistischen Krieg durch die Revolution zuvorzukommen, so wird es zur Aufgabe des Proletariats, den Krieg in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie zu verwandeln.

6. Die Kommunisten entlarven alle Versuche der herrschenden Klasse, den österreichischen Volksmassen ein gemeinsames Interesse mit ihren imperialistischen Bestrebungen einzureden und sie auf ihre Seite zu ziehen und treten für die Vereinigung der Proletarier aller Länder und der unterdrückten Völker ein.

Teil V: Das demokratische Forderungsprogramm der Kommunisten

Um an die proletarische Revolution heranzukommen und freien Raum für die Entfaltung des Klassenkampfes zu schaffen, muß die Arbeiterklasse ihren ökonomischen Kampf mit dem entschiedensten Kampf für politische Rechte verbinden. Dieser Kampf um Demokratie zielt auf den Sturz der bürgerlichen Diktatur und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der ungeteilten und uneingeschränkten Volksherrschaft zum Zweck der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse ab. Er muß so geführt werden, daß er letztlich umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates und zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Die Arbeiterklasse ist imstande, ihren ökonomischen und politischen Kampf auch allein zu führen, selbst wenn ihr

von keiner anderen Klasse geholfen werden sollte. Doch im politischen Kampf steht das Proletariat nicht allein. Indem es sich im ständigen demokratischen Kampf gegen den imperialistischen Staatsapparat an die Spitze aller Kämpfer für die Rechte des Volkes stellt, kann es die Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung für sich und seine Ziele gewinnen und unter seiner Führung um sich sammeln.

In diesem Kampf entwickelt die Arbeiterklasse die Fähigkeiten, die sie zur Eroberung der politischen Macht, zur Errichtung der proletarischen Räterepublik und zur Übernahme der staatlichen Verwaltung in die eigenen Hände braucht.

Für diese Zwecke stellen die österreichischen Kommunisten die folgenden Forderungen auf, wobei sie den Kampf um ihre Durchsetzung jederzeit vollständig dem Kampf um den Sieg des Sozialismus unterordnen:

1. Wahl durch das Volk, Rechenschaftspflicht gegenüber dem Volk und jederzeitige Abwählbarkeit durch das Volk für alle Volksvertreter, Richter und höheren Beamten; Bezahlung zu nicht mehr als einem durchschnittlichen Facharbeiter-lohn.

2. Ersetzung des stehenden Heeres, der Polizei und aller anderen bewaffneten Formationen des Staates durch die allgemeine Volksbewaffnung; Wahl der Offiziere; Weiterzahlung des Lohns durch die Kapitalisten bzw. bei öffentlich Bediensteten durch den Staat während der Dienstzeit in der allgemeinen Volksmiliz.

3. Abschaffung aller indirekten Steuern; Bestreitung aller Staatsausgaben, soweit sie durch Steuern gedeckt werden, ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft.

4. Unentgeltliche, obligatorische, theoretisch wie praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde einheitliche Schulbildung für alle Kinder bis zum 18. Lebensjahr; Versorgung der Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten; Verwaltung des gesamten Volksbildungswesens durch demokratische Organe der örtlichen Selbstverwaltung; Wahl durch das Volk, Rechenschaftspflicht gegenüber dem Volk und jederzeitige Abwählbarkeit durch das Volk für alle Lehrer.

5. Vollständige Trennung von Kirche und Staat; Behandlung aller Religionsgemeinschaften durch den Staat als private Vereine; Verlust jeder Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, aller Sonderrechte und jedes Einflusses auf das Volksbildungwesen.

6. Aufhebung aller gesetzlichen Beschränkungen der Gleichberechtigung der Frau.

7. Aufhebung aller gesetzlichen Beschränkungen der Vereins-, Gewerkschafts-, Versammlungs-, Demonstrations-, Rede- und Pressefreiheit; insbesondere Aufhebung des Vereins-, Versammlungs- und Pressegesetzes; Garantie des Streikrechts; Aufhebung aller gesetzlichen Beschränkungen der Meinungsfreiheit, der Freizügigkeit und der Unantastbarkeit von Person und Wohnung.

8. Völlige rechtliche Gleichstellung der in Österreich lebenden Ausländer; kostenlose und obligatorische Einbürgerung nach 6 Monaten; unentgeltlicher, obligatorischer Sprachunterricht im Ausmaß von 4 Stunden wöchentlich während der ersten 3 Jahre des Aufenthalts; Unterricht während der Arbeitszeit; Weiterzahlung des Lohns während der Unterrichtszeit durch die Kapitalisten; Recht auf Gebrauch der Muttersprache vor Behörden und Gerichten und auf Unterweisung der Kinder in ihrer Muttersprache.

9. Recht der slowenischen, kroatischen und magyarischen Minderheit auf Gebrauch der Muttersprache vor allen Behörden und Gerichten in ganz Österreich und auf Unterricht der Kinder in ihrer Muttersprache.

10. Verbot der Entsendung österreichischer Truppen ins Ausland; Aufhebung des Gesetzes über die "Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen".

Teil VI: Das Arbeiterforderungsprogramm der Kommunisten

Zum Schutz der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen vor körperlichem und geistigem Verfall und im Interesse der Entwicklung ihrer Fähigkeit zum Kampf um die sozialistische Revolution fordern die österreichischen Kommunisten folgende gesetzliche Regelungen:

1. 7-Stunden-Tag; 5-Tage-Woche; Verbot von Überstunden.

2. Verbot von Nacht- und Schichtarbeit außer in Fällen, in denen sie aus technischen, vom Betriebsrat anerkannten Gründen unvermeidbar ist; Beschränkung der Nachtarbeitszeit auf die Hälfte des Normalarbeitstages.

3. Beschränkung der Arbeitszeit auf 6 Stunden pro Tag und 5 Tage pro Woche sowie Verbot der Nacht- und Schichtarbeit für Jugendliche unter 18 Jahren.

4. Verbot des Akkords und aller akkordähnlichen Systeme.

5. Mindesturlaub von 8 Wochen jährlich; zusätzlicher bezahlter Urlaub bei Krankheit eines Kindes für einen Elternteil für die gesamte Dauer der Krankheit des Kindes.

6. Garantie der freien politischen und gewerkschaftlichen Betätigung im Betrieb; Aufhebung aller Beschränkungen des Kündigungs- und Entlassungsschutzes für Betriebsratsmit-

glieder; Aufhebung der Verschwiegenheitspflicht für Betriebsratsmitglieder; rechtliche Gleichstellung der Jugendvertrauensratsmitglieder mit den Betriebsratsmitgliedern; Angliederung des Jugendvertrauensrates an den Betriebsrat.

7. Aufhebung der Dienstpragmatik und des gesamten besonderen Dienstrechts für öffentlich Bedienstete; Ausdehnung der Geltung aller arbeitsrechtlichen Bestimmungen einschließlich der Bestimmungen über Betriebs- und Jugendvertrauensräte auf den öffentlichen Dienst.

8. Unterstellung des gesamten betrieblichen Gesundheitswesens unter den Betriebsrat; Kontrolle über die Sicherheit der Belegschaft durch den Betriebsrat; Bezahlung der Kosten durch die Kapitalisten bzw. durch den Staat, soweit öffentlich Bedienstete betroffen sind.

9. Einheitliche Sozialversicherung für alle Lohnabhängigen; Selbstverwaltung in allen Bereichen der Sozialversicherung durch die versicherten Lohnabhängigen, insbesondere Wahl, Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit der leitenden Organe; Bezahlung aller Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten bzw. den Staat, soweit öffentlich Bedienstete betroffen sind.

   - Auf dem Gebiet der Kranken- und Unfallversicherung :

   Krankenentgelt in voller Höhe des Lohns während der gesamten Dauer der Krankheit; Karenzgeld in voller Höhe des Lohns; Unentgeltlichkeit der Behandlung, des Krankenhausaufenthalts und der Versorgung mit Medikamenten; Unterstellung des gesamten Volksgesundheitswesens unter die selbstverwaltete Sozialversicherung der Lohnabhängigen; Erhöhung der Invalidenrente auf mindestens 80% eines durchschnittlichen Arbeiterlohns.

   - Auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung :

   Arbeitslosenunterstützung in der Höhe von mindestens 80 % des Lohns während der gesamten Dauer der Arbeitslosigkeit ; Unterstellung der Arbeitsämter unter die selbstverwaltete Sozialversicherung der Lohnabhängigen.

   - Auf dem Gebiet der Pensionsversicherung :

   Senkung des Pensionsalters für Männer auf 55 Jahre und für Frauen auf 50 Jahre; Erhöhung der Pensionen auf mindestens 80 % eines durchschnittlichen Arbeiterlohnes.

10. Freistellung der Frau von der Arbeit für die Dauer von 12 Wochen vor und nach der Niederkunft; der Arbeitsplatz muß wieder zur Verfügung gestellt werden; Einrichtung von unentgeltlichen Kinderkrippen und Kindergärten unter Kontrolle des Betriebsrates an den Arbeitsstätten; Möglichkeit zur ausreichenden Betreuung des Kindes während der Arbeit durch den dort arbeitenden Elternteil bei Verkürzung seines Arbeitstages auf 6 Stunden.

11. Auflösung der Arbeiterkammern; Übergabe ihrer Einrichtungen an die Gewerkschaft.

Erläuterungen zum Programmentwurf

Allgemeine Erläuterungen zum gesamten Programmentwurf

Das Programm ist das wissenschaftliche Fundament unserer Politik. "Das Programm des Marxismus legt, ausgehend von den Ergebnissen der Theorie, die Ziele der proletarischen Bewegung fest, die in den Programmpunkten wissenschaftlich formuliert sind." (Stalin, Werke Bd.5, S.143)
Es soll vor allem die wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus und Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung enthalten. In seinem allgemeinen Teil enthält es eine Darlegung des Wesens und der Entwicklung des Kapitalismus bis hin zum Imperialismus, es leitet die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der proletarischen Revolution aus der gesetzmäßigen Entwicklung des Kapitalismus ab, es nennt das aus der wissenschaftlichen Analyse der Geschichte abgeleitete historisch notwendige Endziel der Arbeiterklasse und faßt die Erfahrungen der Arbeiterbewegung über den Weg des Klassenkampfes bis zu diesem Ziel und über die Rolle und Aufgaben der Kommunisten im Klassenkampf zusammen.
Es handelt sich hier also darum den gesicherten Wissens- und Erfahrungsschatz des Marxismus-Leninismus für unseren Zweck zusammenzufassen, nicht mehr und nicht weniger. Es handelt sich nicht darum, besondere und vorübergehende Tatsachen festzuhalten, so wichtig sie auch aktuell sein mögen.

Es erhebt sich als erstes die Frage, ob wir diese "allgemeinen Wahrheiten" des Marxismus-Leninismus überhaupt in unser Programm schreiben sollen bzw. ob wir so ein Programm überhaupt brauchen.
Wir sind der Meinung, daß wir unbedingt so ein Programm brauchen, "um sich (- wie viele Zickzackwege wir auch im einzelnen zurückzulegen haben werden -) in diesem Zickzack, diesen schroffen Wendungen der Geschichte nicht zu verlieren und die allgemeine Perspektive zu behalten, um den roten Faden zu sehen, der die gesamte Entwicklung des Kapitalismus und den ganzen Weg zum Sozialismus verknüpft, den wir uns natürlich als einen geraden Weg vorstellen und vorstellen müssen, um den Anfang, die Fortsetzung und das Ende zu sehen - im Leben wird er niemals gerade sein, er wird außerordentlich kompliziert sein -, um sich in diesen Wendungen nicht zu verlieren, um in den Perioden des Zurückgehens, der Rückzüge, der zeitweiligen Niederlagen oder wenn uns die Geschichte oder der Feind zurückwirft, um sich hier nicht zu verlieren." (Lenin Werke (LW), Bd.27, S.117)
Gegenüber Versuchen, vor allem seitens Bucharins, die Darlegung des Kapitalismus und seiner Entwicklung aus dem Programm hinauszuwerfen, betonte Lenin: "Wieviel Etappen des Übergangs zum Sozialismus noch vor uns liegen, wissen wir nicht und können wir nicht wissen. Das hängt davon ab, wann die europäische sozialistische Revolution im richtigen Maßstab anfangen wird, davon, wie leicht, rasch oder langsam sie mit ihren Feinden fertig werden und die freie Bahn der sozialistischen Entwicklung beschreiten wird. Das wissen wir nicht, das Programm einer marxistischen Partei aber muß von absolut genau festgestellten Tatsachen ausgehen. Nur darin besteht die Stärke unseres Programms, das sich in allen Wechselfällen der

Revolution bewährt hat. Nur auf dieser Basis müssen Marxisten ihr Programm aufbauen. Wir müssen von den absolut genau festgestellten Tatsachen ausgehen, die darin bestehen, daß die Entwicklung des Austausches und der Warenproduktion in der ganzen Welt zu der vorherrschenden geschichtlichen Erscheinung geworden ist und zum Kapitalismus geführt hat, der Kapitalismus aber sich zum Imperialismus entwickelt hat - das ist eine absolut unwiderlegliche Tatsache, das muß man vor allen Dingen im Programm feststellen. Daß dieser Imperialismus die Ära der sozialen Revolution eröffnet hat, ist ebenfalls eine Tatsache." (LW Bd.27,S.118) So halten auch wir es in unserem Programm. "Damit nehmen wir theoretisch eine Stellung ein und stärken diese Stellung, die uns niemand, der nicht Verrat am Sozialismus begangen hat, streitig machen wird." (LW Bd.27,S.119)

Und wir nehmen diese Stellung nicht nur als allgemeinen ideologischen Ausgangspunkt ein, sondern im Programm und machen sie so ausdrücklich zur jederzeitigen und unabdingbaren Grundlage unserer Politik. Welche Änderungen der internationalen politischen Lage und der politischen Lage in Österreich auch immer eintreten, nichts kann die im Programm festgehaltenen Tatsachen aus der Welt schaffen. Vor welche nächsten politischen Aufgaben uns die Zukunft auch immer stellen mag, wir schaffen uns in Gestalt des Programms eine klare Leitlinie, an der wir uns stets orientieren, um unsere Ziele im Auge zu behalten.

Wie wichtig das ist, sieht man allein schon an der einen Tatsache, daß heute viele Marxisten-Leninisten in den Ländern der 2. Welt den Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie und den Widerspruch zwischen Unterdrücker- und unterdrückten Nationen, d.h. die Tatsache der Existenz des Kapitalismus und Imperialismus, praktisch in ihrer Politik nicht anerkennen, sondern davon ausgehen, daß die Herausbildung des Sozialimperialismus und damit der Rivalität der beiden Supermächte und das Entstehen einer bestimmten internationalen politischen Situation, in der sich im Weltmaßstab drei Welten gegenüberstehen, die "traditionellen" Anschauungen des Marxismus-Leninismus außer Kraft setzt oder zumindest zu einer Sache von untergeordneter Bedeutung macht. Nicht weil die Aussagen unseres Programms "zu allgemein" sind, wird es von diesen Genossen kritisiert werden, sondern weil sie diese Aussagen praktisch nicht anerkennen wollen. Das beweist aber gerade die Richtigkeit und Notwendigkeit, unser Programm so und nicht anders zu schreiben.

Unser Programm geht aus von den grundlegenden ökonomischen Widersprüchen des Kapitalismus, die als Klassengegensatz von Bourgeoisie und Proletariat an den Tag treten. Unser Programm zeigt die großen Widersprüche, die im Zeitalter des Imperialismus die politische Lage auf der Welt charakterisieren: den Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern, den Widerspruch zwischen dem Imperialismus und den unterdrückten Völkern und den Widerspruch zwischen den Imperialisten untereinander. In der Präambel wird weiters auf die Tatsache hingewiesen, daß seit der Oktoberrevolution bereits in verschiedenen Ländern die Kette des imperialistischen Weltsystems durchrissen wurde und damit ein vierter großer Widerspruch, der zwischen den sozialistischen und imperialistischen Ländern, entstanden ist. Auch bei der Analyse der heutigen Weltlage müssen wir von diesen großen Widersprüchen, und der konkreten Gestalt, die sie heute angenommen haben, ausgehen. Im gegenwärtigen Zeitabschnitt der Epoche des Imperialismus und der sozialen Revolution ist die Entwicklung auf der Welt vor allem durch folgende vier großen Widersprüche gekennzeichnet: den Widerspruch zwischen den unterdrückten Völkern und dem Imperialismus, insbesondere den beiden Supermächten; den Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern; den Widerspruch zwischen den Imperialisten untereinander, insbesondere zwischen den beiden Supermächten; den Widerspruch zwischen den sozialistischen und imperialistischen Ländern. Die Entwicklung dieser Widersprüche hat im Lauf des letzten Jahrzehnts zur Herausbildung von drei Welten geführt und bestimmt weiterhin die Entwicklung der internationalen politischen Lage. Sowenig es heute eine marxistisch-leninistische Politik geben kann, die an der Tatsache der Existenz der drei Welten vorbeigeht, sowenig kann es eine marxistisch-leninistische Politik geben, die nicht von der Entwicklung der großen Widersprüche im Weltmaßstab als Grundlage ausgeht. Diese Widersprüche halten wir im Programm fest, nicht die konkrete internationale politische Situation, zu der ihre Entwicklung zu einem bestimmten Zeitpunkt der Entwicklung des Kapitalismus geführt hat. Schon gar nicht stellen wir das Verhältnis zwischen den großen Widersprüchen und der Tatsache der drei Welten auf den Kopf oder spielen das letztere gegen das erstere aus. Deshalb machen wir die Existenz der drei Welten bewußt nicht zu Ausgangspunkt und Grundlage unseres Programms, denn unser Programm soll das Wesentliche der Epoche des Imperialismus und der sozialen Revolution festhalten, nicht zeitweilige Entwicklungen.

Ein solcher Charakter und Aufbau des Programms, wie es oben skizziert ist, ist auch wichtig, um die Rolle der Kommunisten im Klassenkampf richtig zu bestimmen. Unser Programm soll zeigen:

"Das sozialistische System wird letzten Endes an die Stelle des kapitalistischen Systems treten; das ist ein vom Willen der Menschen unabhängiges objektives Gesetz."
(Rede in der Festsitzung des Obersten Sowjets der UdSSR anläßlich des 40.Jahrestags der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, 6.November 1957 Mao Tse-tung).

Die Ziele, die die Kommunisten verfolgen (Abschnitt II), sind die naturnotwendigen Resultate der objektiven Entwicklung der Geschichte, sie sind weder Erfindung noch bloße Willenserklärung der Kommunisten. Was die Kommunisten zum Gang des Klassenkampfes und ihrer Rolle im Klassenkampf zu sagen haben (Abschnitt III), muß diesen objektiven Tatsachen entsprechen. Gerade das soll das Programm auch zeigen, nicht nur um uns einen soliden Boden unter den Füßen zu schaffen, sondern auch um dem Subjektivismus und Voluntarismus in der marxistisch-leninistischen Bewegung entgegenzutreten.

Im besonderen Teil des Programms werden Entwicklungsstufe und politische Machtverhältnisse des Kapitalismus in Österreich festgehalten, daraus das nächste strategische Ziel der österreichischen Arbeiterklasse abgeleitet und einige Festlegungen zum Klassenkampf in Österreich getroffen. Schließlich wird in Gestalt der Forderungsprogramme eine Leitlinie für den praktischen Klassenkampf und das Herankommen an die sozialistische Revolution in Österreich festgelegt.

Für unser Programm gilt, daß es ein internationales und internationalistisches Programm sein muß, das seinen Ausgangspunkt im Kapitalismus und Imperialismus im Weltmaßstab und im weltweiten Befreiungskampf der Proletarier aller Länder und der unterdrückten Völker findet. Wie kommt dieser Charakter unseres Programms zum Ausdruck? "Um international zu sein, muß unser Programm die Klassenmomente berücksichtigen, die ökono-

misch für alle Länder charakteristisch sind." (LW Bd.29,S.175). Das macht unser Programm durch seinen gesamten allgemeinen Teil. Auch der Punkt 1 des Abschnittes IV stellt den internationalen und internationalistischen Charakter des Klassenkampfes heraus.

Andererseits muß unser Programm eine Kampfansage insbesondere an die eigene Bourgeoisie sein, denn der Klassenkampf ist ebenso seinem Inhalt nach international, wie er der Form nach national ist, weil die Arbeiterklasse in jedem Land zunächst ihre eigene Bourgeoisie stürzen muß. Wir stellen daher gleich in den ersten Sätzen des Programms klar, daß wir für den Sturz der österreichischen Bourgeoisie und den Kommunismus sind, um in der Folge - im allgemeinen Teil des Programms - diese Ziele aus der allgemeinen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft abzuleiten und schließlich weiterzugehen zum besonderen, auf Österreich bezogenen Teil des Programms, einschließlich unseres Forderungsprogramms.

Für alle Abschnitte des Programms gilt, daß sie äußerst knapp gehalten sind und keinerlei Erläuterungen, Begründungen oder Illustrationen enthalten. Das Programm ist kein Lehrbuch, sondern ein Kampfprogramm.

Aus den vorstehenden Überlegungen ergibt sich die Gliederung des Programms in sechs Abschnitte:

Abschnitt	Teil
1. Wesen und Gang der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft	allgemeiner Teil
2. Ziele des Klassenkampfes des Proletariats	
3. Rolle und Aufgaben der Kommunisten	
4. Besondere Aussagen zum Kapitalismus in Österreich	besonderer Teil
5. Das demokratische Forderungsprogramm der Kommunisten	
6. Das Arbeiterforderungsprogramm der Kommunisten	

W.L.

Erläuterungen zu Teil I

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZU TEIL I

Dieser Abschnitt legt vor allem das Wesen und die Entwicklung des Kapitalismus dar. Er beginnt mit der Grundlage und dem Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktionsweise, mit der Warenproduktion, und reicht bis zum Imperialismus. Dabei beschränkt sich das Programm auf die wesentlichsten und elementarsten ökonomischen Tatsachen und geht zunächst nur vom Produktionsprozeß des Kapitals aus, wie er von Marx im 1.Band des "Kapital" analysiert wird. Alle Erscheinungen, die sich aus dem Zirkulations- und dann aus dem Gesamtprozeß des Kapitals ergeben, bleiben außer Betracht.

Die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus stellt das Programm dabei vor allem unter dem Gesichtspunkt des wachsenden Widerspruchs zwischen

dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Aneignung dar. Dieser Widerspruch ist der Ausdruck des allgemeinen Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Kapitalismus. Dieser Grundwiderspruch des Kapitalismus spitzt sich im Zug seiner Entwicklung immer mehr zu, erreicht im Imperialismus seine höchste Entwicklungsstufe und treibt die geschichtliche Entwicklung mit Naturnotwendigkeit auf die soziale Revolution zu.

Weiters spricht das Programm zunächst ausschließlich vom Proletariat, d.h. von der Klasse der produktiven Lohnarbeiter. Die alten Mittelklassen behandelt es erstens als Opfer des Kapitalismus und zweitens im Hinblick auf ihren bevorstehenden oder stattfindenden Übergang ins Proletariat. Die neue Mittelklasse, d.h. die nicht proletarischen Lohnabhängigen, bleibt im Programm ebenfalls außer Betracht. Das Proletariat ist die einzig revolutionäre Klasse im Kapitalismus, alle anderen Klassen und Schichten des Volkes sind nur revolutionär, soweit sie sich dem Proletariat anschließen und unterordnen. Lenin hat bereits darauf hingewiesen, daß es im Programm "unbedingt erforderlich (ist), sich zunächst von allen abzugrenzen und einzig und allein, ausschließlich, das Proletariat auszusondern" (LW Bd.6, S.63). Gegen die Formulierung Plechanows: "Die internationale Sozialdemokratie steht an der Spitze der Befreiungsbewegung der werktätigen und ausgebeuteten Massen." schreibt Lenin: "Durchaus nicht. Sie steht *nur* an der Spitze der *Arbeiterklasse*, der *Arbeiterbewegung*, und wenn sich dieser Klasse andere Elemente anschließen, so sind das eben Elemente und nicht Klassen. Und voll und ganz schließen sie sich *nur* dann an, wenn sie ihren eigenen Standpunkt verlassen." "In positiver Form können (und müssen) wir auf den konservativen Charakter des Kleinbürgertums hinweisen. *Und nur in bedingter Form* dürfen wir *auf seinen revolutionären* Charakter hinweisen. Nur eine solche Formulierung wird dem ganzen Geist der Marxschen Lehre genau entsprechen. Das "Kommunistische Manifest" erklärt z.B. eindeutig: "Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse ...Der kleine Industrielle, der Handwerker, der Bauer .... *sind nicht revolutionär, sondern konservativ*. Noch mehr, sie sind reaktionär... Sind sie revolutionär" ("sind sie"!), "so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat, ... so *verlassen* sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen."
Der bedingt revolutionäre Charakter des Kleinproduzenten kommt im Gegenentwurf gerade so zum Ausdruck, wie man ihn einzig und allein ausdrücken darf, d.h. *in der Form einer Anklage gegen den Kapitalismus*." (alle Zitate:LW, Bd.6, S.36, 37 und 38)

In unserem Programm, in dem wir es ebenso halten, kommt diese Anklage gegen den Kapitalismus zum Ausdruck dort, wo vom Ruin der Kleinproduzenten durch den Kapitalismus und von den sozialen Folgen des Kapitalismus die Rede ist, die ja auch die nichtproletarischen Teile des Volkes treffen. Man braucht nur an die Aufblähung des Staatsapparates im Imperialismus und die damit verbundene Unterdrückung und Ausplünderung des Volkes denken. Die Anklage gegen den Kapitalismus kommt auch im Forderungsprogramm zum Ausdruck. Auch das Forderungsprogramm der Kommunisten enthält nur die Forderungen der Arbeiterklasse, die natürlich auch für andere Teile des Volkes bzw. der Lohnabhängigen ihre Bedeutung haben, soweit sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen. Lassen wir noch einmal Lenin sprechen: "Die Partei der revolutionären Klasse kann *nur in dieser Form* den bedingt revolutionären Charakter der übrigen Klassen zu Ausdruck bringen, um ihnen *ihre* Auffassung von den Nöten dieser Klassen und von den Mitteln zur Behebung dieser Nöte auseinanderzusetzen, um in *ihrer* Kriegserklärung an den Kapitalismus nicht nur im eigenen Namen, sondern auch im Namen aller 'not-

leidenden und verelendeten' Massen aufzutreten." (LW,Bd.6, S.39)

Das gesamte Programm soll eine Kampfansage an die Bourgeoisie und den Kapitalismus sein. Das kommt auch im Abschnitt I zum Ausdruck, indem er größten Wert auf die Herausarbeitung der ökonomischen, sozialen und politischen Folgen des Kapitalismus für die Arbeiterklasse und das Volk legt.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN EINZELNEN PUNKTEN DES TEILS I

Im ersten Punkt wird zunächst vor allem die kapitalistische Gesellschaftsordnung charakterisiert. Zuerst wird die Warenproduktion als die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehoben. Das gilt in doppeltem Sinn: Der Kapitalismus ist erstens historisch aus der Warenproduktion hervorgegangen (vgl.Engels, Anti-Dühring III,II), die Warenproduktion bleibt zweitens die Grundlage des Kapitalismus im Verlauf seiner gesamten Entwicklung. Im Kapitalismus erreicht die Warenproduktion die Stufe ihrer höchsten Entfaltung, indem sie verallgemeinert und auch die Arbeitskraft des Menschen zur Ware gemacht wird. Die kapitalistische Warenproduktion bedeutet Konkurrenz zwischen den Kapitalisten und Anarchie der Produktion. Beides wird durch die Entwicklung des Kapitalismus zum monopolistischen Kapitalismus, zum Imperialismus nicht aus der Welt geschafft, sondern es nimmt dadurch immer gewaltigere Dimensionen an. Darauf weist das Programm insbesondere im Punkt 7 hin, wo es heißt: "Das Monopol bleibt kapitalistisches Monopol, es hebt die Konkurrenz nicht auf und bringt sie auf neuer Stufe, in neuer Größenordnung und in neuer Schärfe hervor."

Damit stellen wir uns in unserem Programm allen revisionistischen Theorien eines "organisierten Kapitalismus" entgegen, wie sie bereits von der Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit vertreten wurden und wie sie sich heute wieder bei den modernen Revisionisten in Gestalt ihrer "Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus" finden. Auch die VRA geht von der Beseitigung der Anarchie der Produktion im staatsmonopolistischen Kapitalismus aus. So heißt es in der Grundsatzerklärung der VRA zuerst richtig, "daß der im staatsmonopolistischen Kapitalismus offenkundig zutage getretene gesellschaftliche Charakter der Produktion eine umfassende Planwirtschaft verlangt." (S.16).

Aber auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse kann diese nicht verwirklicht werden, an welchem Widerspruch der Kapitalismus gerade zugrundegeht. Die VRA hingegen setzt fort, daß der Kapitalismus die Planlosigkeit beseitigen kann, daß das Monopol "ein Fehlen von Planlosigkeit beim Weiterbestehen des Kapitalismus" sei. Und so geht es dann weiter: Die Inflation ist "planmäßig" und "gelenkt" und natürlich auch die Lohnerhöhungen. "Planmäßig" werden "Betriebe stillgelegt" und Arbeiter entlassen. "Planmäßig" wird die Krise herbeigeführt, wurde später hinzugefügt. Inzwischen hat die VRA diese absurde These fallengelassen, liefe sie doch darauf hinaus zu behaupten, daß sich die Bourgeoisie selbst "planmäßig" ins eigene Fleisch schneidet bzw. ruiniert. Zu Unrecht zitiert die VRA-Erklärung Engels, wo dieser schreibt, daß sich mit dem Monopol "nicht nur die Privatproduktion, sondern auch die Planlosigkeit" aufhöre. Das gesamte Zitat von Engels richtet sich gegen den Ausdruck "Privatproduktion" im Entwurf zum Erfurter Programm. Ungekürzt heißt es:"'Die im Wesen der kapitalistischen Privatproduktion begründete Planlosigkeit' bedient starke Verbesserung. Ich kenne eine kapitalistische Produktion als Gesellschaftsform, als ökonomische Phase; eine kapitalistische *Privat*produktion als eine innerhalb dieser Phase so oder so vorkommende *Erscheinung*. Was heißt denn kapitalistische *Privat*produktion? Produktion durch den *einzelnen* Unternehmer, und die wird ja schon mehr und mehr Ausnahme. Kapitalistische Produktion durch *Aktiengesellschaften* ist schon keine *Privat*produktion mehr, sondern Produktion für assoziierte Rechnung von Vielen. Und wenn wir von den Aktiengesellschaften übergehen zu den Trusts, die ganze Industriezweige beherrschen und monopolisieren, so hört da nicht nur die *Privatproduktion* auf, sondern auch die *Planlosigkeit*. Man streiche *"Privat"*, und der Satz kann allenfalls passieren." (MEW, Bd.22, S.229)
Offenkundig lag Engels nichts ferner, als die Anarchie der Produktion im Kapitalismus in Abrede zu stellen und die Tatsache, daß die Planmässigkeit der Monopole die Anarchie des Kapitalismus nicht abschwächt oder "organisiert", sondern im Gegenteil verschärft und - wie die Tatsachen zeigen - alle "Pläne" der Kapitalistenklasse über den Haufen wirft. Lenin hat darauf hingewiesen: "Gerade diese Verkoppelung der einander widersprechenden 'Prinzipien' - Konkurrenz und Monopol - ist für den Imperialismus wesentlich, gerade sie bereitet den Zusammenbruch, d .h. die sozialistische Revolution vor." (LW, Bd.24,S 72,73)

Gemeinsam ist den genannten Theorien - auch wenn sie zum Teil das Gegenteil beteuern -, daß sie von einer Abschwächung der grundlegenden, dem Kapitalismus eigenen Widersprüche im monopolistischen Kapitalismus, im Imperialismus, ausgehen. Die Reformisten und Revisionisten machen daraus ein Argument für die Abschwächung und "Überwindung" bzw.für die Veränderung des Klassenkampfes. Die VRA-Genossen weisen darauf hin, daß sich durch die "Planmäßigkeit" der Ausbeutung und Ausplünderung die politischen Widersprüche und der Klassenkampf verschärfen. Aber auch sie erweisen mit ihren Anschauungen der Arbeiterklasse keinen guten Dienst. Denn der Klassengegensatz und der Klassenkampf stehen auf der Grundlage der ökonomischen Widersprüche des Kapitalismus. Wer den Klassenkampf von seiner ökonomischen Grundlage abhebt, verliert den materialistischen Boden unter den Füßen. Wir haben es z.B. in der jüngsten Zeit erlebt, wie die VRA die Krise - solange sie sich noch nicht so weit vertieft hatte - als "Mache", als einen besonders niederträchtigen "Plan" der Kapitalisten hinstellte. Das liegt völlig auf der Linie ihrer Grundsatzerklärung. Wer das aber tut, öffnet dem Voluntarismus Tür und Tor. Die Bourgeoisie erscheint als ein besonders abscheulicher Gegner, aber sie erscheint zugleich als mächtiger Gegner, der die Entwicklung zumindest seiner eigenen Wirtschaft im Griff hat, sie planen und manipulieren kann. Das Proletariat braucht den Sozialismus, aber es ist in seinem Kampf nicht der Exekutor der objektiven geschichtlichen Entwicklung, worin seine historische Stärke besteht. Die Krise ist nur ein "Argument" gegen den Kapitalismus, aber sie zeigt nicht den objektiv notwendigen Untergang des Kapitalismus an. Was hier passiert, ist Trennung der Politik von der Ökonomie und Rückverwandlung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie.

Die ausdrückliche Erwähnung der Warenproduktion im Programm ist aber auch noch aus einem anderen Grund wichtig. Im Sozialismus existieren gewisse kapitalistische Verhältnisse fort, darunter die Warenproduktion. Die ökonomische Perspektive des Aufbaus des Sozialismus schließt nicht nur die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, sondern auch die Zurückdrängung und schließliche Beseitigung der Warenproduktion ein. Die ökonomische Restauration des Kapitalismus nach dem Machtantritt des Revisionismus in der Sowjetunion und den

osteuropäischen Ländern war dagegen begleitet von der Theorie der "sozialistischen Warenproduktion" und vollzog sich in der Praxis unter anderem durch die Förderung der Warenproduktion und damit des Kapitalismus.
Kehren wir nach diesem Exkurs wieder zum Programmentwurf zurück.

Im zweiten Absatz des Punktes 1 wird das ökonomische Wesen des Kapitalismus charakterisiert, das Privateigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln, die Besitzlosigkeit der Proletarier, das Kapitalverhältnis. Darin besteht die ökonomische Grundlage des Klassengegensatzes, was der dritte Absatz hervorhebt.

Diese beiden Absätze haben große politische Bedeutung. Der Klassengegensatz wird auf seine ökonomische Grundlage gestellt, als Grundwiderspruch wird der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie, das Proletariat als die Klasse der produktiven Lohnarbeiter bestimmt. Damit grenzen wir uns gegenüber allen Versuchen ab, den Klassenkampf und die Politik von der Ökonomie zu trennen, den Grundwiderspruch zu verwischen und das Proletariat mit anderen Lohnabhängigen und Werktätigen "gleichzustellen".
Bekanntlich bestehen in diesem Punkt nicht nur Differenzen zwischen uns und den modernen Revisionisten, die alle Lohnabhängigen dem Proletariat zuschlagen und überdies den Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie durch den Widerspruch zwischen dem Volk und den Monopolen ersetzen, sondern auch innerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung. So wird in der Grundsatzerklärung der VRA das Proletariat ausdrücklich als die Masse aller Lohnabhängigen, also Arbeiter, Angestellte, Beamte, definiert und wie man aus der "Volksmacht" weiß, werden auch die Bauern als eine ebenso wie das Proletariat vom Finanzkapital ausgebeutete Klasse oder Schicht behandelt.

Im vierten Absatz des Programmentwurfs schließlich wird gesagt, daß die Ausbeutung der Arbeiterklasse die Grundlage aller Übel in der kapitalistischen Gesellschaft ist. Die Formulierung geht auf die Statuten der I. Internationale (1864) zurück. Während damit auf der einen Seite darauf hingewiesen wird, daß der Kapitalismus gesellschaftliches Elend, geistige Verkümmerung, politische Abhängigkeit bedeutet, zielt dieser Passus andererseits darauf hin, daß alle diese Übel stets auf ihre Wurzel bzw. auf ihre Grundlage, eben auf den Kapitalismus, zurückgeführt werden und der Kampf gegen sie zum Bestandteil des Klassenkampfes um die sozialistische Revolution wird. Das ist eine wichtige Leitlinie für unsere politische Arbeit und eine Kampfansage gegen kleinbürgerliche Fehler.

Ab dem Punkt 2 wird die Entwicklung des Kapitalismus charakterisiert und wie sie notwendig zur Herausbildung des Imperialismus führt. Es wird also zunächst die Entwicklung des Kapitalismus charakterisiert, der noch nicht Imperialismus geworden ist.

Der Imperialismus, seinem ökonomischen Wesen nach monopolistischer Kapitalismus, ist ein neues, besonderes Stadium des Kapitalismus. Alle "Tendenzen (des Kapitalismus in diesem Stadium) sind nur imperialistisch. Die Grundfragen können nur vom Standpunkt des Imperialismus betrachtet werden. Es gibt keine bedeutende Frage der Innen- oder Außenpolitik, die anders als vom Standpunkt dieser Tendenz entschieden werden könnte." (LW, Bd.29, S.154). Aber: "Die wichtigsten und wesentlichsten Besonderheiten des Kapitalismus als einer ökonomischen Gesellschaftsordnung ...haben sich durch den Imperialismus *nicht* grundsätzlich verändert, der Imperialismus ist die Fortsetzung der Entwicklung des Kapitalismus."

"Der Imperialismus gestaltet in Wirklichkeit den Kapitalismus nicht von Grund auf um, *und er kann es auch nicht*. Der Imperialismus kompliziert und verschärft die Widersprüche des Kapitalismus, er "verknotet" die Monopole mit der freien Konkurrenz, aber den Austausch, den Markt, die Konkurrenz, die Krisen usw. *beseitigen kann* der Imperialismus *nicht*.

Der Imperialismus ist der im Ableben begriffene, aber noch nicht abgelebte, der sterbende, aber noch nicht gestorbene Kapitalismus. Nicht reine Monopole, sondern Monopole neben dem Austausch, dem Markt, der Konkurrenz, den Krisen - das ist überhaupt die wesentlichste Eigenart des Imperialismus." (LW, Bd.24. S.465/66) "Darum ist es theoretisch falsch, die Analyse des Austauschs, der Warenproduktion, der Krisen usw. überhaupt zu streichen und sie durch die Analyse des Imperialismus *als eines Ganzen* zu "ersetzen". Denn ein solches Ganzes gibt es nicht. Es gibt einen *Übergang* von der Konkurrenz zum Monopol." (ebenda) "Das Programm beginnt - und muß beginnen - mit den einfachsten Erscheinungen des Kapitalismus, um überzugehen zu den komplizierteren und "höheren", vom Tausch zur Warenproduktion, zur Verdrängung der Kleinbetriebe durch die großen, zu den Krisen usw. bis zum Imperialismus.... Gerade so verhält es sich im Leben."(ebenda) "So hat sich die Sache entwickelt, so entwickelt sie sich, denn die Warenproduktion hat den Kapitalismus geboren, dieser aber hat zum Imperialismus geführt. Das ist die allgemeine weltgeschichtliche Perspektive, und die Grundlagen des Sozialismus darf man nicht vergessen." (LW, Bd.27, S.113ff.)

Ein fester theoretischer Standpunkt in dieser Frage hat die größte politische Bedeutung. Lenin weist auf folgendes hin: "Ein solches System (des reinen Imperialismus) aufstellen heißt ein vom Leben losgelöstes, ein falsches System aufstellen. Sagte Marx von der Manufaktur, sie sei ein Überbau über der massenhaften Kleinproduktion gewesen, so sind Imperialismus und Finanzkapitalismus ein Überbau über dem alten Kapitalismus. Zerstört man seine Spitze, so tritt der alte Kapitalismus zutage. Auf dem Standpunkt stehen, es gäbe einen einheitlichen Imperialismus ohne den alten Kapitalismus, heißt das Gewünschte für die Wirklichkeit nehmen.

Es ist ein natürlicher Fehler, in den man sehr leicht verfallen kann. Hätten wir es mit einem einheitlichen Imperialismus zu tun, der den Kapitalismus durch und durch umgeformt hätte, dann wäre unsere Aufgabe hunderttausendmal leichter. Es würde sich dann ein System ergeben, wo alles allein dem Finanzkapital untergeordnet wäre. Dann brauchte man nur die Spitze zu entfernen und das übrige dem Proletariat zu übergeben. Das wäre außerordentlich angenehm, aber so etwas gibt es in der Wirklichkeit nicht. In der Wirklichkeit ist die Entwicklung derart, daß man ganz anders vorgehen muß. *Der Imperialismus ist ein Überbau über dem Kapitalismus.* Wenn er zerfällt, haben wir es mit dem Zerfall der Spitze und der Bloßlegung des Fundaments zu tun."(LW, Bd.29, S.150ff.)
Die Arbeiterklasse richtet ihren Kampf nicht nur gegen die Spitze, sondern auch gegen das Fundament, nicht nur gegen die Monopole und das Finanzkapital und alle damit verbundenen Erscheinungen, sondern gegen den Kapitalismus, d.h. die Ausbeutung der Arbeiterklasse und das Privateigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln überhaupt, nicht nur gegen eine Handvoll Finanzmagnaten, sondern gegen die ganze Bourgeoisie als Klasse. Damit ist unser Programm auch hier eine Kampfansage gegen die politischen Theorien der modernen Revisionisten, aber auch gegen verschiedenartige kleinbürgerliche Vorstellungen über den Imperialismus, wie sie sich z.B. in den verschiedenen Varianten der Theorie des "organisierten Kapitalismus" finden. Ohne einen klaren Standpunkt in der Frage Warenproduktion - Kapitalismus - Imperialismus kann es keine revolutionäre Strategie geben.

Punkt 5 hat das "allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation" zum Gegenstand, wie es von Marx im Kapitel XXIII des 1.Bandes des "Kapital" entwickelt wird. Daran, an den Folgen für die Arbeiterklasse, an der beständigen Bildung einer industriellen Reservearmee, an der beständigen Tendenz zur relativen und absoluten Verelendung der Arbeiterklasse - an alldem halten wir unbedingt fest gegenüber jeder Spielart von Reformismus, die der Arbeiterklasse die Möglichkeit einer wirklichen und anhaltenden Verbesserung ihrer ökonomischen und sozialen Lage vorgaukeln will. Insbesondere halten wir daran fest, daß die "Akkumulation von gesellschaftlichem Elend" auf der Seite der Arbeiterklasse auch die beständige Tendenz zur absoluten Verelendung von Teilen der Arbeiterklasse, d.h. zum absoluten Absinken des Lebensniveaus, einschließt, eine Tendenz, die zur allgemeinen Wirklichkeit würde ohne den Klassenkampf des Proletariats gegen diese Tendenz und die beständig Wirklichkeit wird bei Randschichten, bei arbeitslosen Teilen der Arbeiterklasse, bei Arbeiterschichten mit einer besonders niedergedrückten Stellung (Frauen, Ausländer, Jugendliche) oder bei Arbeitern in den Randgebieten der kapitalistischen Produktion. Das gilt für den Kapitalismus insgesamt, wie auch für jedes kapitalistische Land. Diese Tendenz ist beständig wirksam, wenn sie auch im Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaft schwächer oder stärker hervortritt. Vor allem die periodischen Krisen verstärken diese Tendenz, verstärken sie, bringen sie aber nicht hervor. Die periodischen Krisen sind nicht die Ursache für die Bildung einer industriellen Reservearmee und für die relative und absolute Verelendung der Arbeiterklasse. Die wissenschaftliche Grundtatsache ist von größter Bedeutung für eine feste Haltung gegenüber dem Kapitalismus, eine Haltung, die von den grundlegenden Widersprüchen des Kapitalismus ausgeht und nicht von deren Folgen und Äußerungen, wie die Krise eine ist, eine Haltung die sich daher nicht durch Wechsel im äußeren Erscheinungsbild des Kapitalismus beirren läßt.

Punkt 7 und 8 stellen dar, wie die gesetzmäßige Entwicklung des Kapitalismus zum Monopol und damit zur Herausbildung des Imperialismus, dessen ökonomische Charakteristika im Punkt 8 zusammenhängend dargestellt werden, führt. Das erlaubt es auch, den Imperialismus als eine besondere Epoche darzustellen.

Wir halten uns hier selbstverständlich an die fünf "Hauptformen, in denen der Monopolismus zutage tritt" (LW,Bd.23,S.102), die Lenin als die ökonomischen Merkmale des Imperialismus herausgearbeitet hat. Im Unterschied zu den Lenin'schen Formulierungen sagen wir aber nicht mehr, daß der Kampf um die ökonomische Aufteilung der kapitalistischen Welt "begonnen hat", sondern daß er "tobt". Lenin hat zu seiner Formulierung bemerkt: "Die Daten der politischen Ökonomie und der Statistik gestatten es nicht, mehr zu sagen. Eine *solche* Aufteilung der Welt ist ein sehr wichtiger Prozeß, er hat aber eben erst begonnen. Wegen *dieser* Aufteilung der Welt, wegen der *Neuaufteilung* kommt es zu imperialistischen Kriegen, sobald die territoriale Aufteilung beendet ist, d.h. sobald *kein* "freies" Land mehr da ist, das man, ohne einen Krieg gegen den Rivalen zu führen, erobern kann." (LW Bd.26,S.153) Was die Daten der politischen Ökonomie und der Statistik betrifft, spricht Lenin an anderer Stelle davon, daß es bereits über 100 solcher internationaler Monopole gäbe (LW Bd.23, S.103). Bis heute ist diese Entwicklung bereits viel weiter fortgeschritten, so daß heute die Daten der politischen Ökonomie und der Statistik bereits erlauben, von mehr zu sprechen als vor einem halben Jahrhundert.

Einer der entscheidenden Anklagepunkte gegen den imperialistischen Kapitalismus sind die imperialistischen Kriege, die im ökonomischen Wesen des Imperialismus begründet sind, durch die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus - angesichts der bereits abgeschlossenen territorialen Aufteilung der kapitalistischen Welt unter die imperialistischen Staaten - immer wieder entstehen müssen und daher unvermeidlich sind. Dieser Anklagepunkt ist heute äußerst aktuell und wir stellen uns mit unserem Programm frontal den "Entspannungsillusionen" und allen bürgerlichen Auffassungen vom Krieg entgegen. Gleichzeitig wird der Krieg in den Zusammenhang des Imperialismus und Kapitalismus gestellt, was eine wichtige Grundlage für die Ausfechtung der Differenzen in der marxistisch-leninistischen Bewegung über die Frage der "Vaterlandsverteidigung" der imperialistischen Länder der 2.Welt gegenüber den Supermächten ist.

Lenin hat darauf hingewiesen, daß der Imperialismus 1. monopolistischer, 2. parasitärer oder faulender und 3. sterbender Kapitalismus ist. Punkt 10 behandelt die Fäulnis und den Parasitismus des Imperialismus auf ökonomischem, sozialem und politischem Gebiet. In diesem Punkt werden eine ganze Reihe für den Imperialismus typischer Erscheinungen resumiert, die die Arbeiter- und Volksmassen tagtäglich erleben. Die Bourgeoisie setzt alle ideologischen Anstrengungen, um diese notwendigen Folgen des Imperialismus zu verwischen. Aber sie kommt nicht darüber hinweg, daß etwa die zeitweilige Aufwärtsentwicklung des Nachkriegskapitalismus - nimmt man die letzten 50 Jahre oder die Zeit seit Beginn des 20.Jahrhunderts - ein "gelegentlicher Aufschwung" war, der durch "ungeheure Kapitalvernichtung in Krisen und Kriegen" erkauft war. Damit ziehen wir die Scheidelinie zwischen uns und allen, die dem Kapitalismus heute noch positive Entwicklungsmöglichkeiten andichten wollen. Auch die Charakterisierung der Fäulnis und des Parasitismus des Imperialismus auf politischem Gebiet in unserem Programm ist eine klare Absage an den Reformismus jeder Art.

Punkt 11 handelt vom bürgerlichen Staat, der zuerst allgemein bestimmt wird als "Ausdruck der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie",als"geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse, ideeller Gesamtkapitalist", um dann als imperialistischer Staat charakterisiert zu werden. Dieser Punkt muß die Aufblähung des Staatsapparates und die Ausdehnung der Staatsfunktionen im Imperialismus hervorstreichen und insbesondere auch die Übernahme von Teilen der Produktion durch den Staat und den Übergang vom Monopol zum Staatsmonopol. In einem Programm österreichischer Kommunisten hat dies angesichts des großen Sektors der Verstaatlichten Industrie eine besondere Bedeutung, wird doch diese Tatsache sowohl zur Unterstützung aller Theorien des "organisierten Kapitalismus" herangezogen, als auch zur Rechtfertigung von reformistischen Vorstellungen von "unserer Nationalindustrie". Wir beziehen hier eine klare Position, indem wir erstens auch die Übernahme von Teilen der Produktion in den Zusammenhang der "Verwandlung immer mehr gesellschaftlicher Funktionen in bürokratische Tätigkeiten seiner Verwaltungs- und Unterdrückungsmaschinerei" stellen (weshalb das Staatsmonopol erst hier vorkommt und nicht bereits in Punkt 7), indem wir zweitens betonen, daß die Verstaatlichung von Teilen der Produktion nichts an ihrem kapitalistischen Charakter ändert, und indem wir drittens das Verhältnis zwischen Staat und Finanzkapital richtig charakterisieren.

Unser theoretischer Ausgangspunkt dabei sind die Ausführungen von Engels, der den Übergang von der Konkurrenz zum Monopol und schließlich Staatsmonopol im Anti-Dühring (III/II) dargestellt hat. Er weist dort

auf die Notwendigkeit der Verstaatlichung und der Herausbildung des Staatsmonopols hin: "Es ist dieser Gegendruck der gewaltig anwachsenden Produktivkräfte gegen ihre Kapitaleigenschaft, dieser steigende Zwang zur Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Natur, der die Kapitalistenklasse selbst nötigt, mehr und mehr, soweit dies innerhalb des Kapitalverhältnisses überhaupt möglich, sie als gesellschaftliche Produktivkräfte zu behandeln. Sowohl die industrielle Hochdruckperiode mit ihrer schrankenlosen Kreditaufblähung, wie der Krach selbst durch den Zusammenbruch großer kapitalistischer Etablissements, treiben zu derjenigen Form der Vergesellschaftung größerer Massen von Produktionsmitteln, die uns in den verschiedenen Arten von Aktiengesellschaften gegenübertritt. Manche dieser Produktions- und Verkehrsmittel sind von vornherein so kolossal, daß sie,wie die Eisenbahnen, jede andere Form kapitalistischer Ausbeutung ausschließen. Auf einer gewissen Entwicklungsstufe genügt auch diese Form nicht mehr: der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, muß ihre Leitung übernehmen. Diese Notwendigkeit der Verwandlung in Staatseigentum tritt zuerst hervor bei den großen Verkehrsanstalten: Post, Telegraphen, Eisenbahnen." (MEW Bd.20, S.258/59) .

Gerade angesichts der Existenz kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln darf man sich diese Entwicklung nicht einfach als lineare Entwicklung, als schrittweise Übernahme der gesamten Produktion aus den Händen der Kapitalisten durch den Staat vorstellen, wie es ja auch tatsächlich nicht ist. Engels spricht von einer historischen Tendenz zur Verstaatlichung und zum Staatsmonopol, nicht mehr und nicht weniger, wie wir sie auch wirklich in allen kapitalistischen Ländern des Westens mehr oder weniger stark ausgeprägt vorfinden und er weist auch darauf hin, daß die Notwendigkeit der Verstaatlichung und des Staatsmonopols ökonomisch nur dort gegeben ist, wo "die Produktions- und Verkehrsmittel der Leitung durch Aktiengesellschaften wirklich entwachsen sind." Es folgt daraus, daß die jeweilige Größenordnung dieser Aktiengesellschaften oder Finanzkapitale im Verhältnis zu den in Bewegung zu setzenden Produktionsmitteln mit entscheidend dafür ist, ob die Notwendigkeit der Verstaatlichung und des Staatsmonopols gegeben ist.

Die chinesischen Genossen weisen ferner richtig auf folgendes hin: "Die wirtschaftliche Grundlage des sowjetischen Sozialimperialismus ist der staatsmonopolistische Kapitalismus, der sich nach der Machtergreifung durch die revisionistische Renegatenclique in der Sowjetunion herausgebildet hat. Wie Lenin betonte, *'ist die tiefste ökonomische Grundlage des Imperialismus das Monopol'* ("Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"). Der schlagendste Beweis dafür ist der sowjetische Sozialimperialismus. Wir wissen, daß sich in kapitalimperialistischen Ländern *'private und staatliche Monopole miteinander verflechten'* (ebenda) und zwar mit dem privaten Monopol als Hauptform und mit der gleichzeitigen Präsenz großer Finanzgruppen. Ein Staatsmonopol bedeutet hier dem Wesen nach nichts anderes, als daß private Monopolgruppen sich der Staatsmaschinerie bedienen, um Maximalprofite einzustreichen. In der sozialimperialistischen Sowjetunion dagegen bedeutet der staatsmonopolistische Kapitalismus, daß das Staatsmonopol unmittelbares Eigentum der bürokratischen Monopolbourgeoisie ist, wobei die Handvoll bürokratischer Monopolkapitalisten, vertreten durch die sowjetrevisionistische Führungsclique, die Staatsmaschinerie lenkt und unmittelbar die gesamte Volkswirtschaft und alle ökonomischen Lebensadern kontrolliert.Daher ist der Staat der Diktatur der bürokratischen Monopolbourgeoisie 'die ideale Personifikation des totalen nationalen Kapitals'- das ganze Monopolkapital der Sowjetunion wird von solch einem Zentrum gesteuert . Daraus ergibt

sich, daß, verglichen mit kapitalimperialistischen Ländern, der staatsmonopolistische Kapitalismus in der Sowjetunion einen sehr viel höheren Grad der Monopolisierung, der Konzentration und der Kontrolle durch den Staat aufweist." (Peking Rundschau 5/76, S.5f.) Und noch etwas genauer: "In den kapitalimperialistischen Ländern sind die privaten und staatlichen Monopole miteinander verflochten, wobei die privaten Monopole der Hauptaspekt sind. Die staatlichen Monopole dagegen sind ihrem Wesen nach lediglich Werkzeuge der privaten Monopolgruppen, die sich der Staatsorgane als Mittel der Jagd nach Maximalprofit bedienen. Die Staatsmonopole als solche dienen über die Staatsorgane durch ständige und ungehemmte Vergabe von Produktionsaufträgen, Reduzierung der Steuern und Subventionen dem privaten Monopolkapital. Selbst wenn unter bestimmten Umständen - in Kriegszeiten oder Krisen zum Beispiel - gewisse Unternehmen und Wirtschaftszweige für eine bestimmte Zeit oder in einem gewissen Ausmaß verstaatlicht werden, so ist das *'lediglich ein Mittel zur Erhöhung und Sicherung der Einkünfte für Millionäre aus diesem oder jenem Industriezweig, die dem Bankrott nahe sind.'* ("Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"). Der staatsmonopolistische Kapitalismus in der Sowjetunion nimmt direkt die Form des Eigentums der bürokratischen Monopolbourgeoisie an. Dieser staatsmonopolistische Kapitalismus beherrscht nicht nur einige Produktionszweige oder einige Dutzend Gewerbe, sondern fast alle Industrien, den Investbau, das Verkehrs-und Transportwesen, den Binnen- und Außenhandel, die Finanz- und Währungsangelegenheiten, die öffentlichen Dienste und die Staatsfarmen. Anders als in den kapitalistisch-imperialistischen Ländern, in denen einige Finanzoligarchien nebeneinander existieren, wird in der revisionistischen Sowjetunion das Monopolkapital von einem Zentrum aus kontrolliert. Dieses Zentrum ist 'die ideale Personifikation des Gesamtkapitals', der Staat der bürokratischen Monopolbourgeoisie, deren Vertreter die Renegatenclique um Breshnew ist."(Peking Rundschau 51/75 S.8)

Unser Programm hat die Aufgabe, die allgemeine Tendenz, von der Engels spricht und die zur Entwicklung des Staatsmonopols neben dem Privatmonopol und auch neben der freien Konkurrenz in einer Reihe von Produktionszweigen geführt hat, richtig herauszuarbeiten. Wir stellen die Tatsache der Verstaatlichung und des Staatsmonopols fest und stellen durch den letzten Satz klar: Das Finanzkapital macht sich den Staat dienstbar, nicht unterwirft sich der Staat das Finanzkapital. Es verbinden sich - ökonomisch und politisch - die Macht des Staates und die Macht der Monopole, nicht sprechen wir wie die Revisionisten von der "Verschmelzung von Staat und Monopolen". Dieser Programmpunkt ist eine gute Grundlage für die Bekämpfung der reformistischen und revisionistischen Schlußfolgerungen aus der Tatsache des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf ökonomischem (Abschwächung der ökonomischen Widersprüche durch "Organisierung" des Kapitalismus) und politischem Gebiet (Eroberung und Benutzung des bürgerlichen Staates, der dann halt nicht für, sondern gegen die Monopole arbeitet).

Die Erläuterungen zu diesem Punkt mußten deshalb etwas ausführlicher sein, weil es dann bei der Behandlung des Abschnitts IV in der Programmkommission zu Debatten kam, ob diese Darstellung der allgemeinen Tendenz ausreicht für die Charakterisierung der österreichischen Verstaatlichten Industrie oder ob es sich bei dieser um solche Besonderheiten handelt, die im besonderen Teil des Programms vermerkt werden müssen.

Punkt 12 handelt vom Klassenkampf des Proletariats, wie er naturnotwendig vom Kapitalismus hervorgebracht wird. Natürlich kann hier nur von

der spontanen Seite des Klassenkampfes, d.h. ohne das Eingreifen der Kommunisten in Rechnung zu stellen, die Rede sein. In diesem Punkt werden drei entscheidende Besonderheiten bzw.Charakteristika des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie im Imperialismus zusammengefaßt. Das Kampfmittel der Massenstreiks, wie es zuerst vor allem im Kampf des russischen Proletariats 1905 eine entscheidende Bedeutung gewonnen hat als "das Hauptmittel der Aufrüttelung der Massen"; zweitens die Geschlossenheit und Organisiertheit der imperialistischen Bourgeoisie, die Lenin im Unterschied zur Bourgeoisie der Zeit der freien Konkurrenz so charakterisierte: "Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion. 'Das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft', sagt Rudolf Hilferding völlig richtig in seinem 'Finanzkapital'". (LW Bd.23,S.34) Drittens schließlich die Rolle des Staates in diesem Kampf, die sich aus den bisherigen Ausführungen im Programm ergibt.

Der Imperialismus - schreibt Lenin - spaltet die Welt in Unterdrücker- und unterdrückte Nationen. Im Punkt 13 behandelt der Programmentwurf die Ausbeutung und Ausplünderung sowie den Widerstand und Befreiungskampf der Völker. Gegenüber allerhand kleinbürgerlichen Vorstellungen, daß heute die Dritte Welt sozusagen den Platz des Proletariats eingenommen hätte, stellen wir klar, daß die Grundlage für die Stärke jeder imperialistischen Bourgeoisie die Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse ist, aus der die Masse des Mehrwerts herausgepreßt wird und die den Imperialisten die Mittel in die Hand gibt für den Kapitalexport und alle ihre ökonomischen und politischen Aktivitäten gegenüber den Ländern der Dritten Welt. Diese imperialistischen Aktivitäten nach außen richten sich natürlich nicht nur gegen die Länder der Dritten Welt, sondern gegen alle Länder. Im Punkt 13 ist allerdings die Rede von der Ausbeutung und Ausplünderung und dem Kampf der unterdrückten Nationen. Im letzten Satz werden die wichtigsten Entwicklungen dieses Kampfes charakterisiert, die zu seinem ständigen Erstarken führen und dazu, daß sich der Kampf des internationalen Proletariats immer enger mit dem Kampf der unterdrückten Völker verbindet.

So wird die Ära des Imperialismus zur Ära der proletarischen Weltrevolution und die allgemeine Krise des Imperialismus beginnt.

W.L.

Erläuterungen zu Teil II

Der Abschnitt II des Programms baut auf der Darstellung der Unvermeidlichkeit und Aktualität der sozialen Revolution des Proletariats als Ergebnis der Entwicklung der Widersprüche des Kapitalismus auf und legt den sozialen Inhalt und die politische Form der proletarischen Revolution dar. Das Programm muß zum Ausdruck bringen, daß die Entwicklung der Gesellschaft zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft ein historischer Prozeß ist, der unweigerlich vor sich geht. Dementsprechend sind wir vorgegangen und erst nach der Darlegung dieser objektiven geschichtlichen Entwicklung geht das Programm ein auf die Aufgaben des Proletariats als Exekutor dieser geschichtlichen Entwicklung.

Indem das Programm aus der Entwicklung der Widersprüche des Kapitalismus das Endziel des proletarischen Klassenkampfes herausarbeitet, die soziale Revolution in ihren Grundzügen als objektive geschichtliche Entwicklung und notwendige "Periode der revolutionären Umwandlung" darstellt und die Eroberung der politischen Macht und die Errichtung der Diktatur des Proletariats als unbedingte Voraussetzung der sozialen Revolution angibt, sowie eine Charakterisierung der Hauptaufgaben der Diktatur des Proletariats vornimmt, gibt uns das Programm die notwendige Grundlage zur Bestimmung unserer Aufgaben als Kommunisten: "den Klassenkampf des Proletariats zu organisieren und diesen Kampf zu leiten, dessen Endziel die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Organisierung der sozialistischen Gesellschaft ist". (LW Bd.4,S.205)
Nur wenn wir wissenschaftlich das Endziel des Proletariats aus der objektiven Entwicklung der Gesellschaft her bestimmen, wird unser Programm den Stürmen der Zeit widerstehen und den Anforderungen gerecht werden können, die an das Programm der Kommunisten gestellt werden müssen: Es "muß die Entwicklungen aufdecken, die sich in ihr (der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung) vollziehen und aus der sich sowohl die Unvermeidlichkeit einer Aussöhnung mit dem Kapitalismus wie die Notwendigkeit der proletarischen revolutionären Machteroberung ergibt." (Hermann Duncker, zit. aus "Kommunist"I,S.12)

Der Punkt 1 führt an, worin der Inhalt der sozialen Revolution des Proletariats besteht. Erstens wird festgehalten, daß die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse beseitigt und die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überführt werden, wodurch die Ausbeutung abgeschafft wird. Zweitens wird die Notwendigkeit der Aufhebung der Warenproduktion als Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise dargelegt.
Damit grenzt sich unser Programm in aller Deutlichkeit sowohl gegen die revisionistische Theorie der "Vergesellschaftung der entscheidenden Produktionsmittel" ab wie auch gegen die aus derselben trüben Quelle herrührende Theorie der "sozialistischen Warenproduktion", mit deren Hilfe die Revisionisten die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern verschleiern wollen.
Unter der Überschrift "Die Kommunisten und das Eigentum" führt Karl Zenker, Mitglied des ZK der KPÖ aus: "(....) In der DDR gibt es außer dem Eigentum der Bauern, der kleinen Gewerbetreibenden oder kleinen privaten Kaufleuten auch noch private Kleinbetriebe. Der sozialistische Arbeiter- und Bauernstaat sorgt dafür, daß die Gewinne dieser Betriebe zum großen Teil für das notwendige Wachstum der Löhne und die Senkung der Preise verwendet werden. Als Kooperationspartner der staatlichen und genossenschaftlichen Großbetriebe haben diese Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe eine Vielfalt von Möglichkeiten, ihre eigenen Initiativen im Interesse der gesamten Wirtschaft zu entfalten. Enteignet sind alle Großunternehmungen in Industrie, Handel- und Bankwesen, kurzum alles Eigentum, das einigen wenigen Macht über viele gibt.(...)" (aus: Was will die KPÖ, 1973)

Unser Programm hält demgegenüber fest, daß die soziale Revolution jeden Privatbesitz an Produktionsmitteln beseitigt sowie jede Warenproduktion zurückdrängt und schließlich aufhebt
denn"die Klassen aufheben heißt nicht nur die Gutsbesitzer und Kapitalisten vertreiben - das haben wir verhältnismäßig leicht getan - das heißt auch die kleinen Warenproduzenten beseitigen..." (LW Bd.31,S.29) "Es ist klar", schreibt Lenin im Juni 1919, "daß man zur völligen Aufhebung der Klassen nicht nur die Ausbeuter, die Gutsbesitzer und die Kapitalisten, stürzen, nicht nur ihr Eigentum abschaffen muß, man muß auch sonst jedes

Eigentum an den Produktionsmitteln abschaffen..." (LW Bd.29,S.410f.)

Nichts verloren hat im Programm eine Schilderung der Methoden, die das Proletariat im Zuge der sozialen Revolution anwendet, um dieses Ziel, Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und Ersetzung der Warenproduktion zu erreichen. Zweifellos bedient sich das Proletariat bei der Expropriation der Expropriateure anderer Mittel als gegenüber den kleinen Bauern oder kleinen Gewerbetreibenden. Zweifellos wird nicht alles Privateigentum an den Produktionsmitteln auf einen Schlag beseitigt, wird die Warenproduktion nicht von einem Tag auf den anderen aufgehoben werden können.
Die Methoden und die Zeitdauer, die notwendig sind zur vollständigen Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, sind von einer Vielzahl von Bedingungen abhängig, unter denen sich die soziale Revolution vollzieht. Das Ziel der sozialen Revolution, die Abschaffung der Klassen, wofür die Beseitigung des Privateigentums und der Warenproduktion notwendig ist, ändert sich nicht. Das muß im Programm eindeutig festgehalten sein.
Hält das siegreiche Proletariat sich übe- alle Zick-Zackwege der Revolution dieses Ziel nicht andauernd vor Augen, leitet es nicht jeden Schritt, den es setzt bei der Durchführung der sozialen Revolution, von diesem Ziel ab, so wird sich unvermeidlich der Kapitalismus wieder durchsetzen.
Es ist also höchst bedeutsam, im Programm vom "Eigentum an den Produktionsmitteln" und "der Warenproduktion" insgesamt zu reden. "Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen" (Kommunistisches Manifest, Marx-Engels Werke(MEW) Bd.4, S.481) - das müssen wir im Programm festhalten.

Schwere Mängel weist in diesem Zusammenhang die Grundsatzerklärung der VRA auf, die keine eindeutige Haltung einnimmt zum Privatbesitz an den Produktionsmitteln und überhaupt nichts aussagt über die Warenproduktion. Zwar wird in der Grundsatzerklärung festgehalten, daß die gestürzten Ausbeuter entschädigungslos enteignet werden und die mittlere Bourgeoisie unter bestimmten Bedingungen eine Entschädigung erhält, "daß ihre Unternehmungen,..., über verschiedene Formen des Staatskapitalismus gegen eine gewisse Ablöse in sozialistische Unternehmungen umgewandelt werden". (Grundsatzerklärung der VRAÖ(ML), S.25)

Das Entscheidende jedoch, die Abschaffung des gesamten Privateigentums an den Produktionsmitteln, der gesamten Kleinproduktion, die Aufhebung der gesamten Warenproduktion als Grundlage für die Aufhebung der Klassen, wird nicht erwähnt, wodurch sich die Grundsatzerklärung in bedrohliche Nähe zur revisionistischen Theorie der "begrenzten Enteignung" und der "sozialistischen Warenproduktion" begibt, diesen Theorien zumindest nicht entgegentritt durch die umfassende Darstellung der sozialen Revolution. Stattdessen betont die Grundsatzerklärung, daß es den Kleinbauern, wirtschaftlich schwachen Mittelbauern sowie den Kleingewerbetreibenden "- im Rahmen der allgemeinen sozialistischen Entwicklung -" freigestellt ist, "sich, wenn sie es wollen, genossenschaftlich zu organisieren und damit ihre soziale Lage entscheidend zu verbessern..." (ebenda, S.26) Solche Äußerungen finden sich auch in dem als Anhang zur Grundsatzerklärung abgedruckten Flugblatt "Für die Volksmacht", wenn es heißt: "Sämtliche privat- und staatskapitalistischen Unternehmungen gehen in das Eigentum des ganzen Volkes über und werden von der Volksvertretung (....) verwaltet; Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden sowie den werktätigen Mittelschichten in Stadt und Land wird ein allmählicher Übergang zur genossenschaftlichen Produktionsweise auf einer streng freiwilligen Grundlage ermöglicht und erleichtert." (ebenda, S.35)

Natürlich ist es so, daß das Proletariat in erster Linie durch Überzeugungsarbeit die riesige Zahl von kleinen Eigentümern dazu anregen wird, freiwillig ihre Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum zu verwandeln, und daß die Aufhebung der Warenproduktion ein langwieriger Prozeß ist und bereits eine entfaltete sozialistische Gesellschaft voraussetzt. Aber nicht um die Frage geht es, ob entschädigungslos enteignet wird oder eine Entschädigung bezahlt wird, ob es dem Proletariat durch Überzeugung gelingt, das Privateigentum an Produktionsmitteln und die Warenproduktion gänzlich zu beseitigen und durch die sozialistische Produktionsweise zu ersetzen, oder ob es dazu Gewalt anwenden muß, nicht also um die Methoden, sondern um die eindeutig Feststellung, daß es notwendig ist, alles Privateigentum und alle Warenproduktion zu beseitigen im Zuge der sozialen Revolution.

Dieses Ziel muß in einer programmatischen Erklärung der Kommunisten enthalten sein, soll dieses Dokument eine Grundlage und ein Wegweiser für die Politik der Kommunisten sein. Sind die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse beseitigt, so ist auch die Grundlage der Spaltung der Gesellschaft in Klassen beseitigt, es sind aber die Klassenverhältnisse und damit die Klassenspaltung der Gesellschaft noch nicht beseitigt.
Um die Klassen gänzlich abzuschaffen, müssen auch "sämtliche gesellschaftliche Beziehungen, die den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entsprechen (Punkt 2) radikal umgewälzt werden. Das Programm hält sich hier an die Darstellung von Marx: "Dieser Sozialismus ist die Permanenzerklärung der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideeen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen." (MEW Bd.7, S.89/9o)
Hervorgehoben wird im Programm der Gegensatz zwischen Stadt und Land sowie zwischen Hand- und Kopfarbeit als Resultat der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Notwendigkeit der Beseitigung dieser Gegensätze als Voraussetzung der Abschaffung der Klassen überhaupt. Engels schreibt dazu in "Grundsätze des Kommunismus": "Die gemeinsam und planmäßig von der ganzen Gesellschaft betriebene Industrie setzt vollends Menschen voraus, deren Anlagen nach allen Seiten hin entwickelt sind, die imstande sind, das ganze System der Produktion zu überschauen. Die durch die Maschine schon jetzt untergrabene Teilung der Arbeit, die den einen zum Bauern, den anderen zum Schuster, den dritten zum Fabrikdirektor, den vierten zum Börsenspekulanten macht, wird also gänzlich verschwinden. Die Erziehung wird die jungen Leute das ganze System der Produktion rasch durchmachen lassen können, sie wird sie in Stand setzen, der Reihe nach von einem zum anderen Produktionszweig überzugehen, je nachdem die Bedürfnisse der Gesellschaft oder ihre eigenen Neigungen sie dazu veranlassen. Sie wird ihnen also den einseitigen Charakter nehmen, den die Teilung der Arbeit jedem einzelnen aufdrückt. Auf diese Weise wird die kommunistisch organisierte Gesellschaft ihren Mitgliedern Gelegenheit geben, ihre allseitig entwickelten Anlagen allseitig zu betätigen. Damit aber verschwinden notwendig auch die verschiedenen Klassen. (...)
Es geht hieraus hervor, daß der Gegensatz zwischen Stadt und Land ebenfalls verschwinden wird. Der Betrieb des Ackerbaus und der Industrie durch dieselben Menschen, statt durch zwei verschiedene Klassen, ist schon aus materiellen Ursachen eine notwendige Bedingung der kommunistischen Assoziation. Die Zersplitterung der ackerbauenden Bevölkerung auf dem Lande, neben der Zusammendrängung der industriellen in den großen

Städten, ist ein Zustand, der nur einer noch unentwickelten Stufe des Ackerbaus und der Industrie entspricht, ein Hindernis aller weiteren Entwicklung, das schon jetzt sehr fühlbar wird.
Die allgemeine Assoziation aller Gesellschaftsmitglieder zur gemeinsamen und planmäßigen Ausbeutung der Produktivkräfte, die Ausdehnung der Produktion in einem Grade, daß sie die Bedürfnisse aller befriedigen wird, das Aufhören des Zustandes, in dem die Bedürfnisse der einen auf Kosten der anderen befriedigt werden, die gänzliche Vernichtung der Klassen und ihrer Gegensätze, die allseitige Entwicklung der Fähigkeiten aller Gesellschaftsmitglieder durch die Beseitigung der bisherigen Teilung der Arbeit, durch die industrielle Erziehung, durch den Wechsel der Tätigkeit, durch die Teilnahme aller an den durch alle erzeugten Genüssen, durch die Verschmelzung von Stadt und Land - das sind die Hauptresultate der Abschaffung des Privateigentums." (MEW Bd.4,S.377)

Das Programm hält an dieser Stelle weiters fest, daß mit der Aufhebung der Klassen im Innern der Nationen der feindliche Gegensatz zwischen den Nationen fällt, daß "in dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, (...) die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben (wird)." (MEW Bd.4,S.479)

Damit sind die charakteristischen Züge der sozialen Revolution als "Periode der revolutionären Umwandlungen" (Marx) der kapitalistischen Gesellschaft dargelegt, die historische Entwicklung der Gesellschaft bis zu dem Punkt verfolgt, an dem die Klassen endgültig aufgehoben sind und an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft die freie Assoziation aller arbeitenden Menschen tritt, "worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller" ist und worin Produktion und Verteilung ausschließlich nach dem Grundsatz geregelt werden: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" (Punkt 3)

Im Punkt 4 geht das Programm über zur Charakterisierung der politischen Übergangsperiode, die der Periode der revolutionären Umwandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse entspricht, und die in nichts anderem bestehen kann als in der "revolutionären Diktatur des Proletariats" (Marx). "Die Diktatur des Proletariats ist das Instrument der proletarischen Revolution, ihr Organ, ihr wichtigster Stützpunkt, ins Leben gerufen erstens, um den Widerstand der gestürzten Ausbeuter zu unterdrücken und die eigenen Errungenschaften zu verankern, zweitens, um die proletarische Revolution zu Ende zu führen." (Stalin,Werke Bd.6,S.96)

Das Programm legt dar, daß "der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse" (MEW Bd.4,S.481) ist, der Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Ohne die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist die Durchführung der sozialen Revolution unmöglich, Verrat an der Diktatur des Proletariats ist Verrat am Sozialismus - das muß unser Programm zum Ausdruck bringen.

Die Theorie der Diktatur des Proletariats ist der Kern des wissenschaftlichen Sozialismus, die Quintessenz des Marxismus. Dementsprechend richteten und richten sich alle Angriffe der Opportunisten und Revisionisten auf den wissenschaftlichen Sozialismus in ihrem Kern gegen die Theorie der revolutionären Diktatur des Proletariats, geht die Scheidelinie zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus entlang der Anerkennung des gewaltsamen Sturzes der Diktatur der Bourgeoisie, der Notwendigkeit des Zerbrechens des bürgerlichen Staatsapparats als Organ der Diktatur der Bourgeoisie.
Deshalb ist es von höchster Wichtigkeit, daß unser Programm nicht nur die

Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat als unerläßliche Voraussetzung der sozialen Revolution darlegt, sondern auch die Anwendung von Waffengewalt als unbedingt notwendig nennt unter der Bedingung, daß und solange die Bourgeoisie über bewaffnete Einheiten verfügt, sowie, daß das Proletariat den bürgerlichen Staatsapparat von oben bis unter zerschlagen muß.
Damit grenzen wir uns in aller Schärfe von allen Theorien des "friedlichen Übergangs" ab, wie sie von den modernen Revisionisten verwendet werden, um die Diktatur des Proletariats zu verleugnen und ihre Abkehr vom wissenschaftlichen Sozialismus "theoretisch" zu untermauern und zu verwischen. Damit grenzen wir uns aber auch ab von jeder methaphysischen Anwendung des Marxismus-Leninismus, die die Prinzipien des Marxismus-Leninismus nicht anwendet auf die tatsächlichen Verhältnisse, sondern sie außerhalb von Zeit und Raum stellt und ihnen damit ihre Schärfe und Bedeutung raubt.
Indem wir festhalten, daß die Machtergreifung des Proletariats mit Waffengewalt vor sich gehen muß, solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen ihrer Staatsmacht verfügt, lösen wir die Frage der revolutionären Gewalt nicht unzulässig aus ihrem Zusammenhang, sondern stellen sie als Notwendigkeit hin, die sich aus bestimmten Verhältnissen herleitet.
"Soll das" (die Errichtung der Volksmacht in den kapitalistischen Ländern - G.Sch.) "gewaltsam oder auf friedlichem und parlamentarischem Weg geschehen?
Diese Frage war bisher ganz klar. Erst Genosse Chruschtschow hat sie auf dem 20.Parteitag ganz unnötigerweise verwirrt und zwar in einer Richtung, die den Opportunisten gefiel. Wozu war es nötig, die klaren Thesen Lenins und der sozialistischen Oktoberrevolution so zu entstellen? Die Partei der Arbeit Albaniens hat in dieser Frage einen ganz klaren Standpunkt und läßt sich nicht von den Lehren Lenins abbringen. Bis jetzt hat noch kein Volk, kein Proletariat, keine kommunistische oder Arbeiterpartei die Macht ohne Blutvergießen und ohne Gewalt errungen.
Es ist nicht richtig, wenn einige Genossen behaupten, daß bei ihnen die Macht ohne Blutvergießen erobert wurde; sie vergessen, daß für sie die ruhmreiche Sowjetarmee im 2.Weltkrieg Ströme von Blut vergossen hat. Unsere Partei ist der Auffassung, daß wir uns in der Frage auf beide Wege vorbereiten müssen und zwar gut vorbereiten müssen, vor allem aber auf die gewaltsame Machtergreifung, denn wenn wir uns in dieser Hinsicht gut vorbereiten, dann hat auch die erste Möglichkeit mehr Aussichten auf Erfolg. Die Bourgeoisie kann dich ruhig Psalmen singen lassen, doch dann versetzt sie dir plötzlich einen faschistischen Schlag auf den Kopf, daß dir Hören und Sehen vergeht, weil du weder Sturmkader ausgebildet noch Voraussetzungen für die illegale Arbeit geschaffen hast, wo du dich verstecken und arbeiten kannst, noch die Mittel zum Kämpfen gesichert hast." (Aus der Rede von Genossen Enver Hoxha auf der Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1961, Zit.aus Beilage zu "Albanien Heute" 6/75,S.5)

In Österreich hat die KPÖ als organisierter Vortrupp des modernen Revisionismus das schmutzige Geschäft übernommen, der Theorie der Diktatur des Proletariats ihren revolutionären Inhalt zu rauben und sie zu ersetzen durch die Theorie des friedlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus unter Beibehaltung des bürgerlichen Staatsapparats. Bereits 1958 legte sie sich in ihren Leitsätzen "Weg Österreichs zum Sozialismus" auf den friedlichen Übergang fest und bestätigte diese Orientierung am 18.Parteitag folgendermaßen: "Die Orientierung auf den friedlichen Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist gleichzeitig die Orientierung auf den friedlichen Weg zum Sozialismus, auf einen Weg ohne Bürgerkrieg." (Protokoll des 18.Parteitags, S.384, Stern-Verlag)

Heute legt die KPÖ ihre Vorstellungen so nieder: "Die KPÖ orientiert sich auf den Weg zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg (..). Wir Kommunisten orientieren uns darauf, den Weg zum Sozialismus gemeinsam mit anderen Parteien zu beschreiten, die sich in ihren Funktionen grundlegend von den heute bestehenden unterscheiden (Protokolle des 22.Parteitags,S.343). Ziel der KPÖ ist der Sozialismus, die Errichtung der Arbeitermacht, die Funktionen der Diktatur des Proletariats ausübt, um die Diktatur des Kapitals in allen seinen Erscheinungsformen brechen (...) zu können. (ebenda, S.344) Besondere Bedingungen eines österreichischen Wegs zum Sozialismus sind vor allem: ... die Möglichkeit des Übergangs zum Sozialismus in Form des Mehrparteiensystems, das sich vom heutigen 3-Parteiensystem (...) grundlegend unterscheidet." (ebenda,S.346)

Ich habe weiter oben bereits angeführt, daß die VRA nur eine höchst oberflächliche und ihrem Inhalt nach unzureichende Darstellung der Grundzüge der sozialen Revolution des Proletariats in ihrer Grundsatzerklärung programmatisch festgelegt hat.
Der unzureichenden Entwicklung des Zwecks der sozialen Revolution des Proletariats, Aufhebung der Klassen und Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung, entspricht die unzureichende Darstellung und Entwicklung der Mittel, die das Proletariat zur Erreichung seines Zwecks anwenden muß. In der Grundsatzerklärung der VRA verselbständigt sich die politische Form der Diktatur des Proletariats und ihr sozialer Inhalt verkommt zum Anhängsel. Das Ziel ist schließlich nicht mehr die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft, sondern die Erreichung demokratischer Verhältnisse.
Eine solche Haltung zur Diktatur des Proletariats durchzieht die ganze Grundsatzerklärung der VRA. Das zeigt sich in der Darstellung der Aufgaben der Diktatur des Proletariats auf den Seiten 25 und 26, wo weder die Expropriation der Expropriateure, noch das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern und übrigen Werktätigen, noch die Entfaltung der umfassenden und direkten Demokratie als Mittel angegeben werden zum Zweck der Durchführung der sozialen Revolution, der Abschaffung der Klassen und der Umwandlung der Gesellschaft in ein freies Arbeitervolk, sondern von ihrem sozialen Inhalt getrennt werden. Noch deutlicher kommt diese falsche Haltung in dem im Anhang zur Grundsatzerklärung abgedruckten Flugblatt "Für die Volksmacht", das ebenfalls programmatischen Charakter hat, zum Ausdruck. Dort heißt es im letzten Punkt: "Volksmacht bedeutet schließlich Sozialismus", was falsch ist, denn politische Form und sozialer Inhalt der sozialen Revolution sind nicht dasselbe, ganz abgesehen von der unrichtigen Darstellung, die Volksmacht "bedeute" neben der breiten Demokratie, der Bildung der Volksmiliz etc. ..."schließlich Sozialismus".

Richtig ist: "Ohne die Diktatur des Proletariats wird es keinen Sozialismus geben..."(Peking Rundschau 20/75,S.10).
Das muß programmatisch festgehalten werden als Kern des wissenschaftlichen Sozialismus und als Quintessenz des Marxismus. Die Grundsatzerklärung hält dies nicht fest, sondern verwechselt ständig Zweck und Mittel, Inhalt und Form der Diktatur des Proletariats, was diese Grundsatzerklärung insgesamt zu einem untauglichen Mittel zur Organisierung des Klassenkampfes des Proletariats macht.

Nach diesem längeren Exkurs gehen wir weiter. Im Punkt 5 legt das Programm den Charakter des proletarischen Staates, die Organisierung der Staatstätigkeit dar, die besteht in der "umfassenden Einbeziehung der arbeitenden Massen in alle öffentlichen Angelegenheiten." Treffend hat dieses Wesen des proletarischen Staates bereits Marx in seiner Analyse des Bürgerkriegs in Frankreich herausgearbeitet, wenn er schreibt: "Die

Kommune sollte nicht eine parlamentarische sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit..." (MEW Bd.17,S.336ff.) Dazu muß das Proletariat bewußt "den von der Gesellschaft abgesonderten Charakter der staatlichen Tätigkeiten" überwinden, den "Staat an sich" zum Absterben bringen. "Unser Ziel ist die ausnahmslose Heranziehung der armen Bevölkerung zur praktischen Teilnahme an der Verwaltung, und alle Schritte zur Verwirklichung dieses Ziels - je mannigfaltiger sie sind, desto besser - müssen sorgfältig registriert, studiert, systematisiert, durch größere Erfahrungen erprobt und gesetzlich verankert werden. Unser Ziel ist, daß jeder Werktätige nach Erfüllung des 8-stündigen 'Pensums' produktiver Arbeit unentgeltlich an der Ausübung der Staatspflichten teilnimmt: der Übergang dazu ist besonders schwierig, aber nur in diesem Übergang liegt das Unterpfand für die endgültige Festigung des Sozialismus." (LW Bd.27,S.264)

Die albanischen Genossen führen dazu aus: "Der sozialistische Staat braucht natürlich eine Verwaltung, wie Lenin jedoch lehrt, eine sehr einfache Verwaltung, weil das Volk selbst die Funktionen der komplizierten bürgerlichen Verwaltung ausüben kann, indem es in verschiedene Formen am Regieren des Landes teilnimmt. " Von einer Vernichtung des Beamtentums mit einem Schlag, überall, restlos, kann keine Rede sein", schrieb Lenin. "Das wäre eine Utopie". Aber mit einem Schlag die alte Beamtenmaschinerie zerbrechen und sofort mit dem Aufbau einer neuen beginnen, die allmählich jegliches Beamtentum überflüssig macht und aufhebt - das ist keine Utopie - das ist die direkte, nächstliegende Aufgabe des revolutionären Proletariats."
Die Vernachlässigung dieser Aufgabe, das Aufblähen des bürokratischen Apparats läßt die Arbeiterklasse allmählich verkümmern, die Arbeit der vertretenden Organe einschrumpfen und führt dazu, daß die Normen der proletarischen Demokratie verletzt werden. Auf diese Gefahr, gegen die unsere Partei der Arbeit unablässig und systematisch kämpft, haben die großen Lehrer des Proletariats hingewiesen. Engels betonte, daß der Staat und die Staatsorgane in allen Ausbeutergesellschaften stets dazu neigten, aus Dienern der Gesellschaft zu deren Herren zu werden. Er sagte, daß die Arbeiterklasse, um nicht ihrer eignen erst eben eroberten Herrschaft nicht wieder verlustig zu gehen, sich sichern müßte gegen ihre eigenen Abgeordneten und Beamten....

Welcher Weg muß dazu eingeschlagen werden? "Die Arbeiter", sagte Lenin, "werden nach Eroberung der politischen Macht den alten bürokratischen Apparat zerschlagen, ihn bis auf den Grund zerstören, von ihm nicht einen Stein auf dem anderen lassen; sie werden ihn durch einen neuen Apparat ersetzen, gebildet aus eben diesen Arbeitern und Angestellten, gegen deren Verwandlung in Bürokraten man sofort die von Marx und Engels eingehend untersuchten Maßnahmen treffen wird: 1. nicht nur Wählbarkeit, sondern auch jederzeitige Absetzbarkeit; 2. eine den Arbeiterlohn nicht übersteigende Bezahlung; 3. sofortiger Übergang dazu, daß alle die Funktionen der Kontrolle und Aufsicht verrichten, daß alle eine Zeitlang zu "Bürokraten" werden, sodaß daher niemand zum "Bürokraten" werden kann." (Albanien Heute 5/75,S.11)

Der Punkt 6 des Abschnitts II legt daran anschließend die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung und Festigung der Diktatur des Proletariats während der ganzen geschichtlichen Epoche der sozialen Revolution dar, sowie die Notwendigkeit der bewußten Weiterführung des Klassenkampfes "auf allen Ebenen und mit allen Mitteln". "Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus", sagt Lenin, "umfaßt eine ganze geschichtliche Epoche. Solange sie nicht abgeschlossen ist, behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf eine Restauration, und diese Hoffnung ver-

wandelt sich in Versuche der Restauration." (LW Bd.28,S.252f.)
Deshalb sagt Lenin: "Die Diktatur des Proletariats ist der aufopferungsvollste und schonungsloseste Krieg der neuen Klasse gegen den mächtigeren Feind, gegen die Bourgeoisie, deren Widerstand durch ihren Sturz verzehnfacht worden ist."(LW Bd.31,S.8)
"Die Diktatur des Proletariats ist ein zäher Kampf ... gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft." (LW Bd.31,S.29)

Auch in dieser Frage haben die modernen Revisionisten ganze Arbeit geleistet und den Marxismus-Leninismus seines revolutionären Inhalts beraubt.
Angefangen von der Behauptung, in den "sozialistischen Ländern" wie der Sowjetunion gäbe es überhaupt niemanden mehr, gegen den die Arbeiterklasse den Klassenkampf führen müßte, stattdessen seien die Ausbeuterklassen vollständig ausgerottet und es komme nur mehr darauf an, die "materiell-technische Basis des Kommunismus" zu schaffen, die in erster Linie in der kontinuierlichen und schnellen Steigerung der Arbeitsproduktivität bestehe."Das Hauptkettenglied in der gegenwärtigen Phase ist der Kampf für die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus, stellt die hauptsächlichste ökonomische Aufgabe, die Grundlinie für die Generallinie der Partei dar."(Die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus, Fedossejew,DDR 1972)

Die KPÖ schreibt in ihren Leitsätzen des 22.Parteitages: "Die Erfahrungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder haben gezeigt, ... daß es auch im Sozialismus Widersprüche, wenn auch ganz anderer Natur wie in der Ausbeuterordnung gibt, die durch eine richtige Politik der Partei gelöst werden müssen."
Alle Theorien der modernen Revisionisten über das "Absterben des Klassenkampfes" und der "gänzlich anders" gearteten Widersprüche in der Epoche der sozialen Revolution haben natürlich das Ziel, die in den ehemals sozialistischen Ländern vollzogene Liquidierung der Diktatur des Proletariats zu rechtfertigen und "theoretisch" zu belegen, bzw. die Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats als Diktatur einer Klasse in den heute kapitalistischen Ländern zu leugnen.

Dagegen arbeitet unser Programm klar und eindeutig heraus, daß mit der politischen Machtergreifung des Proletariats der Klassenkampf nicht nur nicht "weniger", "schwächer" oder gar "abgestellt" wird, daß er vielmehr zunehmen wird an Schärfe und Intensität mit jedem Schritt beim Aufbau des Sozialismus.

Der Punkt 7 schließlich betont ausdrücklich die Hegemonie des Proletariats und wendet sich sowohl gegen die "links"radikale Theorie, daß irgendjemand "für" das Proletariat kämpfen muß und kann, als auch gegen solche Anschauungen, die "angesichts der konkreten Lage" die Hegemonie des Proletariats leugnen und andere Klassen und Schichten zum Träger der sozialen Revolution hinaufmanövrieren wollen.

G.Sch.

Erläuterungen zu Teil III

Der dritte Abschnitt des Programmentwurfs hat die Rolle und die Aufgaben der Kommunisten im Klassenkampf zum Gegenstand, wie sie sich für die Kommunisten aller Länder allgemein stellen.

In diesem Abschnitt steht an der Spitze die Aufgabe der Kommunisten, die Arbeiterklasse zur selbständigen politischen Partei im Klassenkampf zu organisieren. Nur eine ideologisch, politisch und organisatorisch von der Bourgeoisie und allen anderen Klassen und Schichten der Gesellschaft unabhängige, selbständige Arbeiterklasse ist fähig, die soziale Revolution durchzuführen. Solange und insofern die Arbeiterklasse unter der Führung bürgerlicher Kräfte steht, von ihnen abhängig ist und von ihnen ins Schlepptau genommen wird, kann sie nicht als eigenständige Kraft auf dem Feld des Klassenkampfes in Erscheinung treten und ihre eigenen Klassenziele verfolgen.

Um das Proletariat zur selbständigen politischen Kraft zu machen, müssen die Kommunisten den Marxismus-Leninismus mit der Arbeiterbewegung verbinden. Sie tun das, indem sie aktiv an den Kämpfen der Arbeiterklasse teilnehmen und deren Führung anstreben, in diesen Kämpfen das Bewußtsein der Arbeiterklasse über ihren Gegensatz zur Kapitalistenklasse fördern und Klarheit über die geschichtliche Bedeutung, den Charakter und die notwendigen Voraussetzungen der sozialen Revolution schaffen.

Die Arbeiterklasse zur selbständigen, allen bürgerlichen Parteien entgegengesetzten politischen Partei zu organisieren - das heißt vor allem einmal, daß Proletariat dazu zu befähigen, als ideologisch, politisch und organisatorisch eigenständige Kraft im Klassenkampf auf den Plan zu treten. Das heißt in allen Fragen des Klassenkampfs die Selbständigkeit der Arbeiterklasse zu fördern, eine selbständige Klassenpartei des Proletariats aufzubauen und zu verteidigen und die ganze Arbeiterklasse um diese Vorhut zusammenzuschließen. Das entscheidende dabei ist nicht, welcher Anteil der Arbeiterklasse in der kommunistischen Partei selbst unmittelbar als Mitglieder organisiert werden kann, sondern daß die Arbeiterklasse unter der Führung dieser Partei als organisierte selbständige Kraft der Bourgeoisie entgegentritt.

Diese Festlegungen sind eine klare Absage an den Spontaneismus, der die Notwendigkeit der vom Marxismus-Leninismus geleiteten Vorhutpartei und überhaupt der Verbindung der spontanen Arbeiterbewegung mit der Wissenschaft des Proletariats bestreitet und die Zukunft des proletarischen Klassenkampfes den spontanen Bewegungen der Arbeiterklasse und damit all ihren notwendig bürgerlichen Einflüssen und Abhängigkeiten überlassen will. Sie sind auch eine klare Absage an die mit solchen spontaneistischen Vorstellungen verwobenen Auffassungen, die Kommunisten sollten sich in ihrer Politik damit begnügen, an den Kämpfen der Arbeiterklasse teilzunehmen, ohne im Kampf gegen alle bürgerlichen Kräfte die Führung dieser Kämpfe anzustreben, und sich damit begnügen, in diesen spontanen Bewegungen der Arbeiterklasse immer nur das zu vertreten, was die spontane Bewegung selbst an Forderungen und Zielen hervortreibt.

Diese Auffassung wurde in der kommunistischen Bewegung in Österreich wiederholt von der VRA vertreten. Sie hat sich in der Grundsatzerklärung der VRA unter anderem im Verzicht auf jegliches Forderungsprogramm niedergeschlagen. Diese Position zieht ihre scheinbare Legitimation aus der ge-

genwärtigen Schwäche der kommunistischen Bewegung, die es nicht erlaube, einen "Führungsanspruch" zu stellen. Darum geht es aber gar nicht. Die Frage steht so: entweder setzen die Kommunisten alles daran und gelingt es ihnen, in den Kämpfen der Arbeiterklasse den bürgerlichen Kräften die Führung zu entreißen, indem sie sich durch ihre Vorschläge für den Klassenkampf und durch ihre ganze politische Praxis als die entschiedensten Vorkämpfer des Proletariats erweisen, oder die bürgerlichen Kräfte behalten die Führung und Kontrolle über die Arbeiterklasse und die Kommunisten werden bestenfalls zum Anhängsel der spontanen Bewegungen des Proletariats. So schwach die Kommunisten heute in Österreich auch noch sind, nie dürfen sie die Aufgabe aus den Augen verlieren, den bürgerlichen Kräften die Führung des Proletariats zu entreißen, "seinen Klassenkampf in all seinen Erscheinungsformen zu leiten..."

Nach diesen ersten Festlegungen folgt im Entwurf die Bestimmung der Stellung der Kommunisten zur Arbeiterklasse. Ihre Interessen fallen mit den Klasseninteressen des Proletariats (nicht mit den je individuellen Tagesinteressen jedes einzelnen Proletariers) zusammen. Die Kommunisten stehen nicht außerhalb der Bewegung der Arbeiterklasse, noch versuchen sie dieser Bewegung abstrakte, mit der geschichtlichen Wirklichkeit und ihren Bewegungsgesetzen nicht übereinstimmende "Prinzipien" aufzuzwingen. Sie sind Teil der Arbeiterklasse und zwar der vorwärtstreibendste Teil kraft ihrer Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung, die sie der übrigen Klasse voraushaben.

Es folgen die taktischen Grundprinzipien der Kommunisten, die für sie allgemeine Geltung haben und deren Anwendung in jeder Klassenkampfsituation entsprechend den konkreten Verhältnissen unbedingte Voraussetzung für die Erreichung der strategischen Ziele ist: die Verbindung des Klassenkampfs im eigenen Land mit dem internationalen Klassenkampf des Proletariats, die Verbindung der Tageskämpfe des Proletariats mit dem Kampf um das Endziel und die Verbindung des ökonomischen Kampfs mit dem politischen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf.

Alle diese Fragen sind Streitfragen in der kommunistischen Bewegung in Österreich, - zu keiner dieser Fragen finden sich in der VRA-Grundsatzerklärung entsprechende Festlegungen, sieht man von der Berufung auf das "Kommunistische Manifest" am Ende der Grundsatzerklärung ab. Wie wenig diese Berufung eine praktische Bedeutung für die taktischen Grundlagen der heutigen VRA-Politik hat, ist an ihrer Praxis überprüfbar.

Der Klassenkampf im eigenen Land wird von der VRA mit dem internationalen Klassenkampf nicht verbunden, sondern gegen ihn ausgespielt, wie das sowohl in der Haltung der VRA zur Frage des Kampfes gegen die Supermächte als auch zur anti-imperialistischen Solidaritätsbewegung zum Ausdruck kommt: im ersteren Fall werden mit Berufung auf die Entwicklung des internationalen Klassenkampfes die Aufgaben der sozialistischen Revolution in Österreich revidiert, im zweiten Fall wird jede praktische Aktion zur Unterstützung der Kämpfe der Völker als "Ablenkung" vom Klassenkampf im eigenen Land diffamiert (so z.B. in der Volksmacht Nr.106, "Chile-Solidarität", wo dies zu einem Argument gemacht wird, und Volksmacht Nr.107, "Solidarität mit dem spanischen Volk").

Die Verbindung der Tageskämpfe des Proletariats mit dem Kampf um das Endziel wiederum wird von der VRA praktisch liquidiert durch ihre strikte Ablehnung des Kampfs um Arbeiterschutzforderungen und vor allem des Kampfes um Demokratie und damit durch ihre falsche Haltung zur Frage von Reformen. Die VRA beschränkt sich so auf der einen Seite auf das Aufgreifen von Forderungen, die in spontanen Bewegungen der Arbeiterklasse aufkommen, auf der anderen Seite auf eine abstrakte Propaganda des Sozialismus und

Kommunismus, ohne einen Weg für das Herankommen in den Tageskämpfen an die Revolution aufzeigen zu können.

Die Verbindung des ökonomischen Kampfs mit dem politischen zum einheitlichen Klassenkampf schließlich ist unmöglich auf der Linie des "imperialistischen Ökonomismus" (Lenin), der sich bei der VRA in ihrer Ablehnung des Kampfes um Demokratie als "reformistisch" und "reaktionär" zeigt und in der praktischen Reduzierung des Klassenkampfs auf den wirtschaftlichen Abwehrkampf auf der einen Seite, auf den "anti-faschistischen Kampf" und den Kampf gegen die Supermächte auf der anderen Seite. Dabei wird im einen Fall von einer falschen Einschätzung der Klassenkampfsituation, im anderen Fall von einer falschen Bestimmung des Hauptwiderspruchs und seiner Lösung ausgegangen (vgl. dazu die Artikel im "Klassenkampf" Jänner und März 1976).

In diesem Licht betrachtet entspricht dem Verzicht auf die explizite Festlegung der taktischen Grundprinzipien der Kommunisten in der VRA-Grundsatzerklärung die umfassende Abweichung von diesen Prinzipien in der heutigen politischen Linie der VRA.

Der Entwurf hält im weiteren fest die Stellung der Kommunisten zu allen Bewegungen der nichtproletarischen Massen, die sich gegen die herrschenden Verhältnisse richten und auf ihre Veränderung in einer Weise hinwirken, die der proletarischen Revolution nützt. Die Kommunisten streben in diesen Bewegungen den Zusammenschluß der Arbeiterklasse mit den Volksmassen an, ohne daß das Proletariat in diesem Zusammenschluß aufgeht und auf seine Selbständigkeit ideologisch, politisch oder organisatorisch verzichtet. Das Ziel ist es dabei, die Massen für die Ziele des Proletariats zu gewinnen. Voraussetzung dafür ist, die Eigentumsfrage als die Grundfrage dieser Bewegungen hervorzuheben, die letztlich nur durch die soziale Revolution des Proletariats gelöst werden kann: das ist die materielle Grundlage für die Möglichkeit und Notwendigkeit des Bündnisses der nichtproletarischen Volksmassen mit dem Proletariat im Kampf um die soziale Revolution. Die Eigentumsfrage kann nur von der proletarischen Revolution und vom Standpunkt des Proletariats ausgehend gelöst werden - deshalb ist die Voraussetzung für die Befreiung der anderen werktätigen und ausgebeuteten Massen vom Joch des Kapitals, daß sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen. Nur insofern sie das tun, steht auch die Partei der Arbeiterklasse für sie offen.

Die Voraussetzung für eine richtige Haltung in dieser Frage ist eine korrekte Klassenanalyse. Schlägt man, wie die VRA dies in ihrer Grundsatzerklärung tut, praktisch alle nicht-proletarischen Lohnabhängigen zum Proletariat und setzt die kleine Bauernschaft praktisch auf eine Stufe mit dem Proletariat, so ist der Boden für Abweichungen aller Art schon bereitet.

Den Abschluß dieses Abschnitts bildet die Festlegung der Aufgaben der Kommunisten im Kampf gegen Reformismus und Revisionismus. Sein Zweck ist die Überwindung der politischen, ideologischen und organisatorischen Spaltung der Arbeiterklasse, die die Voraussetzung für das Herankommen an und die siegreiche Durchführung der sozialen Revolution des Proletariats ist.

Auf diesen Zweck ist auch die Aktionseinheitspolitik der Kommunisten gerichtet. Diese Verbindung des Kampfs gegen Revisionismus und Reformismus mit dem praktischen Klassenkampf ist in der kommunistischen Bewegung ebenfalls eine Streitfrage. Die VRA hält die Aufgabe des Kampfes gegen Reformismus und Revisionismus in ihrer Grundsatzerklärung nur allgemein fest, ohne den Zweck und den Weg dieses Kampfes klar festzulegen. In der Praxis zeigt sich in ihrer Ablehnung jeder Aktions-

einheitsabsprache etwa mit den Revisionisten zum Zweck der Herstellung der Aktionseinheit auch mit den Menschen, die heute noch unter deren Einfluß stehen, daß die VRA diese Frage als reine Frage der Propaganda, nicht als Frage des Kampfes um den praktischen Zusammenschluß der Massen auf richtiger Grundlage begreift, auf dessen Boden dem Reformismus und Revisionismus die schwersten Schläge versetzt werden können.

Eine weitere Streitfrage mit der VRA in diesem Zusammenhang ist die der Träger des Reformismus und Revisionismus. Die VRA hat dazu - allerdings noch nicht in ihrer Grundsatzerklärung, sondern erst in einer späteren Schrift (Broschüre "Am Beispiel der BAWAG",Wien,Mai 1971) die These entwickelt, daß im Laufe der historischen Entwicklung der Imperialismus neue Träger des Reformismus und Revisionismus in der Arbeiterbewegung hervorgetrieben hat: die bürokratischen Kapitalisten, d.h. die Gewerkschaftsspitzen und andere höhere Funktionäre der Arbeiterorganisationen, die entweder über die Kontrolle des Gewerkschaftsapparats oder über ihre Position im Staatsapparat Banken und kapitalistische Betriebe kontrollieren oder direkt darüber verfügen.

Auf die These des "bürokratischen Kapitals" wurde bereits in den Erläuterungen zum 1.Abschnitt eingegangen. Hier nur folgendes: Soweit sich diese Feststellung der VRA auf den fortschreitenden Prozeß der Verschmelzung der Spitzen des Gewerkschaftsapparats mit dem Finanzkapital und dem imperialistischen Staat bezieht, ist dazu zu sagen, daß dies keineswegs etwas qualitativ Neues ist, sondern in der Tendenz bereits in Lenins Analysen der Entwicklung der Arbeiteraristokratie und -bürokratie festgehalten wurde. Von einer neuen sozialen Stütze der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung neben der Arbeiteraristokratie und -bürokratie kann dabei keine Rede sein.

Soweit sich die Thesen der VRA auf Mao Tse-tung berufen und behaupten, diese vorgebliche neue Entwicklung sei interessanterweise von ihm als erstes in China entdeckt worden, handelt es sich überhaupt um eine Absurdität: das bürokratische Kapital im vorrevolutionären China hat sich weder aus der Arbeiterbewegung entwickelt noch stellte es eine soziale Stütze der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung dar, wie das bei der Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie der Fall und das Entscheidende ist.

Wären die Thesen der VRA in dieser Frage nur einfach Hirngespinste eines Intellektuellen ohne weitere Konsequenzen, dann könnte man wohl einfach darüber hinweggehen. So ist es aber nicht. Die VRA macht diese Thesen heute zur Grundlage und "theoretischen" Rechtfertigung ihrer falschen Gewerkschaftslinie, ihrer prinzipiellen Ablehnung des Kampfes um die in Österreich bestehenden Gewerkschaften, in denen sie nur mehr Agenturen der bürokratischen Kapitalisten erblickt. Deshalb müssen diese Thesen entschieden bekämpft werden und gewinnt die richtige Festlegung des Sachverhalts im Programmentwurf zusätzliche aktuelle Bedeutung.

G.St.

Erläuterungen zu Teil IV

Inwiefern der Kapitalismus in Österreich ausreichend charakterisiert wird, darf nicht nur anhand des IV.Teils, sondern muß anhand des gesamten Bildes beurteilt werden, welches das ganze Programm vermittelt.

Der Absatz 4.1, der ungeachtet seiner provisorischen Numerierung eigentlich eine Art Überleitung zu den ausdrücklich auf Österreich bezogenen hinteren Programmabschnitten darstellt, gibt richtungsweisend an, daß die Einschätzung der nächsten Kampfaufgaben durch die Kommunisten in den verschiedenen Ländern sowohl unter Bezugnahme auf die konkreten Verhältnisse als aber auch unter Einschluß der Entwicklung aller weltweit vom Imperialismus hervorgetriebenen Widersprüche geschehen muß. Nur so werden wir eine richtige politische Linie entwickeln, eingeordnet in die internationale Generallinie der marxistisch-leninistischen Bewegung (1) aufbauend auf den grundlegenden Widersprüchen zwischen Proletariat und Bourgeoisie bei uns. Es geht darum , den Erfordernissen der Weltrevolution Rechnung zu tragen und dem Klassenkampf im eigenen Land zum Sieg zu verhelfen.

So setzt sich die KP-Chinas die weitere Festigung der Diktatur des Proletariats und den weiteren Aufbau des Sozialismus unter Fortsetzung des Klassenkampfes gegen die Reste der alten und Keime einer neuen Bourgeoisie zur Aufgabe und unternimmt gleichzeitig Anstrengungen, um den Kampf der Völker gegen den Imperialismus zu unterstützen und die Hauptfeinde im Weltmaßstab zu isolieren.

Das können wir vor der Machtergreifung natürlich nicht in der gleichen Weise tun. Wir haben heute die Aufgabe, unsere Kräfte auf den Sturz der Bourgeoisie als nächstes strategisches Etappenziel zu konzentrieren, den Kampf der Arbeiterklasse in anderen Ländern und der unterdrückten Völker der 3. Welt zu unterstützen und auf Grundlage dieser Arbeit die Wachsamkeit unseres Volkes gegenüber den Hauptkriegstreibern und deren Zielen zu erhöhen.

Die Erfüllung dieser immer wieder konkret zu bestimmenden Aufgaben macht uns das Programm in 4.1. zur Pflicht.
Nicht angebracht ist es allerdings, im Programm bestimmte Einschätzungen zur aktuellen Lage niederzuschreiben, wie es die Darstellung der Herausbildung von drei Welten wäre.

Wir schreiben auch - auf die Lage im Inneren bezogen - beispielsweise nichts zur Ära der sozialdemokratischen Alleinregierung hinein, selbst wenn sie noch Jahre andauern sollte.

Solche Fragen bleiben der ständigen Einschätzung durch die obersten Organe (nationale Delegiertenkonferenz und ZK bzw. dessen Ständiger Ausschuß) vorbehalten, sie würden das Programm nicht wirklich bereichern, sondern es - um beim Beispiel zu bleiben - mit der nächstbesten Regierungskrise über den Haufen schmeißen.

Unter 4.2. werden die beiden sich unversöhnlich gegenüberstehenden Klassen im kapitalistischen Österreich benannt und auf die nächsten Verbündeten des Proletariats im Kampf um die Befreiung von der Knechtschaft des Kapitals hingewiesen.

Demgegenüber rechnet die Klassenanalyse in der Grundsatzerklärung der VRAÖ (2) offenbar die 75% der ausschließlich von Lohnarbeit lebenden Bevölkerung , " Arbeiter und gewöhnliche - untergeordnete - Angestell-

te " faktisch dem Proletariat zu . Dieses ist aber nicht nur durch Lohnabhängigkeit bestimmt, sondern auch dadurch, daß es mit seiner Arbeit seinen eigenen Gegensatz, das Kapital, produziert.

Als einfache Erläuterungen der Diktatur des Proletariats führte Lenin aus:" Nur eine bestimmte Klasse, nämlich die städtischen Arbeiter und überhaupt die Fabrikarbeiter, die Industriearbeiter, ist imstande, die ganze Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten zu führen im Kampf für den Sturz der Macht des Kapitals, im Prozeß des Sturzes dieser Macht, im Kampf um die Sicherung und die Festigung des Sieges, bei der Schaffung der neuen, der sozialistischen Gesellschaftsordnung, in demganzen Kampf für die völlige Aufhebung der Klassen."(LW, Bd. 29, S. 4o9)

Zu 4.3.: Die Hineinnahme der Minderheiten ins Programm ist angebracht und notwendig, denn es handelt sich um eine Frage, die bis zur proletarischen Machtergreifung und danach eine mehr oder weniger große Rolle im öffentlichen Leben des Landes spielen wird (und wenn die diesbezüglichen Forderungen schon früher vollständig erfüllt sind - umso besser).

Eine besondere Begründung der unter 5.9. erhobenen Forderungen wird im vorliegenden Absatz unternommen, weil diese Sichtweise der Minderheitenfrage auchinnerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung Österreichs umstritten ist (3) und bestimmte aktuelle Einzelforderungen (z.B. zweisprachige Ortstafeln) aufgrund dieser allgemeinen Ausrichtung erfolgen können.

Das Kapitel 4.4., das die Stellung des imperialistischen Österreich und die Frage der nationalen Unabhängigkeit behandelt, legt die Abhängigkeitsverhältnisse des Landes sowie die Bestrebungen der österreichischen Bourgeoisie in den Grundzügen dar. Davon ausgehend muß die Untersuchungsarbeit über die wirtschaftliche Verflechtung Österreichs, über die Außen- und Militärpolitikder Regierung im Lichte der heutigen Weltlage u.ä. weiter vertieft werden.

Weiters ist davon auszugehen, daß das Programm die Frage der nationalen Unabhängigkeit nicht so behandeln darf, wie es eine lange Zeit weitverbreitete Meinung in der Bewegung sah, nähmlich daß dies nur die Bourgeoisie angehe und das Proletariat sich darum nicht kümmern bräuchte, da wir ja in einem imperialistischen Land leben.

Im Jahre 1920 führte Lenin zur Lage einiger imperialistischer,am ersten Weltkrieg beteiligten und besiegten Länder aus: " Eine Viertelmilliarde von Menschen in Ländern, die teilweise wie Deutschland zu den vorgeschrittensten, aufgeklärtesten, kultiviertesten gehören und technisch auf der Höhe des modernen Fortschritts stehen!. Der Krieg zwang ihnen durch den Versailler Vertrag solche Bedingungen auf, daß vorgeschrittene Völker in koloniale Abhängigkeit, Elend, Hunger, Ruin und Rechtlosigkeit gerieten." (Protokoll des II.Kongresses der Komintern,S.20; siehe auch S.225f.).

Das war die besondere Lage nach dem damaligen Krieg, dessen Ausgang ganz bestimmte augenfällige Abhängigkeitsverhältnisse zwischen besiegten und Siegerländern mit sich brachte. Das beeinflußte auch den Klassenkampf in Österreich und warf einige Fragen auf, wie etwa den Kampf gegen die 1922 von der österreichischen Regierung akzeptierten Genfer Protokolle, die "die wirtschaftliche und politische Unterwerfung Österreichs unter das Diktat der westlichen Imperialisten" bedeuten(aus: Österreichische Arbeiterbewegung vom 1.Weltkrieg bis 1927,S.54)

In den dreißiger Jahren bedrohte das aufstrebende hitlerfaschistische Deutschland zusehends die Unabhängigkeit Österreichs, um es schließlich zu besetzen und sich einzuverleiben. In den KPÖ-Leitsätzen von 1946 wird folgendes Resumee gezogen: "Wir Kommunisten haben unermüdlich und konsequent den Kampf für die nationale Befreiung Österreichs geführt, um den antifaschistischen Klassenkampf der Arbeiter mit dem nationalen Freiheitswillen anderer Volksschichten zu verschmelzen und dadurch eine mächtige Volksbewegung hervorzurufen, in der die Arbeiterklasse die führende Kraft gewesen wäre." (aus: Programmdokumenten-Broschüre, Wieser-Verlag,S.55).

Am XIX.Parteitag der KPdSU 1952 sagte Stalin in seiner Rede: "Früher galt die Bourgeoisie als Haupt der Nation, sie verteidigte die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation und stellte sie 'über alles'. Jetzt ist von dem 'nationalen Prinzip' keine Spur mehr übrig. Jetzt verschachert die Bourgeoisie die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation für Dollars. Das Banner der nationalen Unabhängigkeit und nationalen Souveränität ist über Bord geworfen. Kein Zweifel, daß es an euch ist, den Vertretern der kommunistischen und demokratischen Parteien, dieses Banner aufzuheben und vorwärtszutragen, wollt ihr Patrioten eures Landes sein, wollt ihr zur führenden Kraft der Nation werden" (aus: Rechenschaftsbericht Malenkows und Rede Stalins, S.106). Als mit Abschluß des Staatsvertrages alle ausländischen Soldaten Österreich verließen, war es der österreichischen Arbeiterklasse ganz und gar nicht "wurscht", sondern war dies eine positive Sache, die eine freie Entfaltung des Klassenkampfes erleichtern konnte.

Auch heute, wo die Bourgeoisie noch ziemlich stark unter der Flagge der Neutralitätspolitik segelt, dürfen die österreichischen Kommunisten die Fragen der staatlichen Souveränität und nationalen Unabhängigkeit nicht als etwas betrachten, das sie nichts anginge und in das sich die Arbeiterklasse nicht einzumischen brauche und wofür nicht das ganze Volk interessiert werden müßte.

Soweit wird die Leitlinie im Programm gegeben, alles Nähere bedarf natürlich der jeweiligen aktuellen Einschätzung und Aufgabenfestlegung. Wie es dazu kommt, daß infolge der Herausbildung riesenhafter imperialistischer Mächte das imperialistische"Österreich ihrer wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Kontrolle" unterworfen werden konnte und woher die nach wie vor starke Abhängigkeit Österreichs von den westlichen imperialistischen Staaten, insbesondere USA und BRD, rührt, wurde von den chinesischen Kommunisten in 'Hongqi' 3-4/1963 anhand der damaligen Weltherrschaftspläne des US-Imperialismus erklärt: "Nach dem 2.Weltkrieg traten die USA-Imperialisten an die Stelle des deutschen, italienischen und japanischen Faschismus und begannen, überall in der Welt ihre expansionistische Politik zu betreiben. Ihre antisowjetische Politik als Vorwand nehmend, schlugen sie eine Linie der Aggression, Annexion und Beherrschung gegenüber den früheren Kolonien und Einflußsphären Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Japans und Italiens ein. Und wieder ihre antisowjetische Politik als Vorwand nehmend, nutzen sie die Nachkriegsverhältnisse aus, um eine ganze Reihe kapitalistischer Länder - Großbritannien, Frankreich, Westdeutschland, Japan, Italien, Belgien, Kanada und Australien - unter die direkte Kontrolle des USA-Monopolkapitals zu bekommen. Diese Kontrolle ist sowohl militärisch als auch politisch und wirtschaftlich. Mit anderen Worten, die USA-Imperialisten haben die Absicht, sich aus der kapitalistischen Welt ein Imperium von nie dagewesenen Ausmaßen aufzubauen. Dieses angestrebte Imperium bedeutet nicht nur die direkte Versklavung der Besiegten - Westdeutschland, Italien und Japan - mit ihren früheren Kolonien und Einflußsphären;

auch England, Frankreich, Belgien und andere Länder, die Bundesgenossen im Weltkrieg, werden mit ihren früheren Kolonien und Einflußsphären direkt unterworfen. Und weiters, der USA-Imperialismus verfolgt konkret, bei der Errichtung dieses noch nie dagewesenen Imperiums, zuerst das Ziel, die unermeßlichen Zwischenzonen zwischen den USA und den sozialistischen Ländern in die Hand zu bekommen." (aus: Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch, S.209/10)

Mittlerweile aber ist ein neuer und besonders hungriger Räuber hochgekommen, der im US-Imperialismus seinen größten Rivalen hat: "Der sowjetische Sozialimperialismus schwenkt ständig die Fahne des Sozialismus und gibt vor, gegen Imperialismus und Kolonialismus zu kämpfen und nationale Befreiungsbewegungen und revolutionäre Kämpfe zu unterstützen. In Wirklichkeit dienen diese Manöver nur dazu, seine Hände nach anderen Ländern auszustrecken und so zu versuchen, seine eigene Kolonialherrschaft und -ausbeutung zu verwirklichen. Durch Bildung von Militärblocks und Abschluß von Freundschafts- und Zusammenarbeitsverträgen und mittels großangelegter, sogenannter ökonomischer und militärischer "Hilfe" will er nicht nur die Länder der Dritten Welt, sondern auch die der Zweiten Welt unter seine Kontrolle bringen und versklaven. Wenn ihm in diesen Ländern die "friedlichen Mittel" nicht zum Ziel verhelfen, greift er zu Militärputschen, Subversionsakten bis zu direkter bewaffneter Einmischung und Aggression." (Leitartikel der Renmin Ribao vom 4.Februar 1976, aus: Peking Rundschau Nr.6/76, S.10)

Solche Hegemoniebestrebungen sind schon zu Beginn des imperialistischen Zeitalters sichtbar geworden und werden durch die gewaltige Konzentration des Monopolkapitals nur noch weiter auf die Spitze getrieben. "Für den Imperialismus ist gerade das Bestreben charakteristisch, nicht nur agrarische Gebiete, sondern sogar höchst entwickelte Industriegebiete zu annektieren..., denn erstens zwingt die abgeschlossene Aufteilung der Erde, bei einer Neuaufteilung die Hand nach jedem beliebigen Land auszustrecken, und zweitens ist für den Imperialismus wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie, das heißt nach der Eroberung von Ländern, nicht so sehr direkt für sich als vielmehr zur Schwächung des Gegners und Untergrabung seiner Hegemonie..." (LW Bd.22, S.273)

Die Debatte mit den anderen marxistisch-leninistischen Organisationen Österreichs kann nicht auf die diesbezüglichen programmatischen Sätze beschränkt bleiben.

In ihrer Grundsatzerklärung schreibt die VRAÖ, daß die österreichische Bourgeoisie "keine wirkliche Neutralitätspolitik (betreibt), weil sie mit dem internationalen Monopolkapital aufs engste verbunden ist" (S.14), später wurde ergänzt, daß die Bourgeoisie als Diener zweier Herren, der beiden Supermächte, auftrete. Zuletzt hieß es, die österreichische Bourgeoisie sei dabei, "unser Land restlos dem russischen Sozialimperialismus zu verkaufen". (Volksmacht Nr.112, März 1976)

Ist die angeführte Stelle der Grundsatzerklärung im Textzusammenhang eher nur so zu verstehen, daß erst der Sozialismus und das bewaffnete Volk die Unabhängigkeit des Landes sichert, der Kampf um die Unabhängigkeit aber nicht klar als Aufgabe im Kampf um die Revolution angegeben wird, so lassen jüngere Erklärungen und Stellungnahmen der VRAÖ erkennen, daß sie den Kampf um die nationale Unabhängigkeit ablöst vom Klassenkampf des Proletariats um die soziale Revolution und nur mehr die eine Seite des Kampfs gegen die Weltherrschaftspolitik der beiden Supermächte sieht, die andere Seite der Ausnützung aller Widersprüche, in die die eigene Bourgeoisie gerät, für die Beschleunigung ihres Sturzes hiebei aus den Augen verliert. In der Grundauffassung richtig wird dieser Zusammenhang hingegen in der

neuesten Zeitung der MLPÖ angegeben: "In diesem Zeitabschnitt des Herankommens an die proletarische Revolution spielen die demokratischen Kämpfe auf den verschiedensten Gebieten, der antifaschistische Kampf, der Kampf um Weltfrieden, der antiimperialistische Kampf, der Kampf um nationale Unabhängigkeit und Souveränität, eine hervorragende Rolle, um die Führung des Proletariats zu erkämpfen, die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution zu propagieren und das Proletariat in diesen Kämpfen für die sozialistische Revolution zu erziehen". (4)

Was den Punkt 4.5 betrifft, so enthebt uns seine Aussage nicht der Pflicht, den aktuell drohenden Krieg konkret zu untersuchen und dementsprechend unsere Aufgaben abzuleiten.

Grundsätzlich betrachten die Marxisten-Leninisten Kriege zwischen imperialistischen Staaten als ungerechte Kriege, und wenn es der österreichischen Bourgeoisie gelingt, Land und Volk einem neuerlichen imperialistischen Gemetzel auszuliefern und an der Seite einer der Großmächte - womöglich getarnt als einzige Möglichkeit, längerfristig die Unabhängigkeit Österreichs zu wahren - um die Beute mitrauft, so hat das Proletariat allen Grund, für die Entfesselung des Bürgerkrieges gegen die Bourgeoisie einzutreten, für Frieden, Unabhängigkeit und Freiheit, für den Sieg des Sozialismus. Mit welchen Windungen und wie kompliziert die Entwicklung tatsächlich verlaufen wird, kann das Programm nicht voraussehen, es kann nur und muß gewisse Leitlinien für die Politik der österreichischen Kommunisten setzen - daraufhin ist auch der vierte Abschnitt zu prüfen.

J.R.

Anmerkungen:

(1) Was deren Aufgabe ist und wie sie Anfang der 60er Jahre bestimmt wurde, ist in der "Polemik über die Generallinie..." nachzulesen; Oberbaumverlag, S.6

(2) Für die sozialistische Revolution in Österreich, Grundsatzerklärung der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML), 1968 S.20/21

(3) Für die Volksmacht Nr.98, April 1975

(4) Rote Fahne, Organ der MLPÖ, Nr.160, 4/75, S.10; die Beiträge in der angegebenen Nummer sollten im Rahmen unserer Debatte unbedingt gelesen werden.

Erläuterungen zu Teil V und Teil VI

Im Anschluß an den theoretischen Teil (Teile I bis IV) enthält unser Programmentwurf einen praktischen Teil oder ein Minimalprogramm. Teile der marxistisch-leninistischen Bewegung - vor allem die VRA - zweifeln die Berechtigung eines solchen Minimalprogramms an und halten dessen Aufstellung für ein Abgleiten in den Reformismus und Revisionismus. So enthält die Grundsatzerklärung der VRA auch kein Minimalprogramm. Sie benutzt lediglich eine Reihe von Parolen, die zeigen sollen, wie es im Sozialismus für die Massen aussehen soll (S.18, S.26). Damit verzichtet die VRA zugleich darauf, den Weg zu zeigen, auf dem die Arbeiterklasse und das Volk an die Revolution herankommen kann und legt indirekt das Propagandazirkeltum programmatisch fest. Dagegen stellt Lenin klar fest, daß "das Minimalprogram (...) unentbehrlich ist, solange wir noch im Rahmen der bürgerlichen Ordnung leben, solange wir diesen Rahmen noch nicht gesprengt haben, solange wir das Grundlegende für den Übergang zum Sozialismus nicht getan haben, den Feind (die Bourgeoisie)

nicht geschlagen und, nachdem wir ihn geschlagen, nicht vernichtet haben." (LW Bd.26,S.158). Wir benötigen das Minimalprogramm als Mittel, um an den Sozialismus heranzukommen, als Instrument, um die Massen im revolutionären Kampf zu schulen, als Richtschnur, um in den Kämpfen der Massen stets das vorwärtsgewandte, auf den Sozialismus gerichtete Element hervorzustreichen und ihm zum Durchbruch zu verhelfen. Wir gehen nicht davon aus, daß die bürgerliche Ideologie aus den Köpfen der Massen verschwinden wird, wenn wir uns auf bloße Propaganda beschränken. Und wir glauben auch nicht daran, daß eine revolutionäre Krise heranreifen wird, wenn nicht die Massen unter der Führung der Kommunisten diese Krise durch die Schläge herbeiführen, die sie der Bourgeoisie versetzen. Für dieses Stück Arbeit brauchen wir ein Programm, das imstande ist, den Massen den Weg zum Sozialismus zu zeigen. Diesen Weg wird man nicht zeigen können, wenn man nicht auch sagt, wie und mit welcher Stoßrichtung die unvermeidlichen Kämpfe der Massen bis dahin geführt werden müssen, wenn man nicht über ein Programm verfügt, das erlaubt, diesen Kämpfen eine einheitliche Richtung zu geben.

Die Abschnitte V und VI unseres Programmentwurfs oder das Minimalprogramm enthalten zwei Gruppen von Forderungen: demokratische Forderungen und Arbeiterschutzforderungen. Das Programm der SDAPR aus dem Jahr 1903 enthielt darüber hinaus noch eine dritte Gruppe, das Agrarprogramm. Daß eine solche Gruppe in unserem Programm nicht enthalten ist, ergibt sich schon aus dem Abschnitt IV des Programms. Die kapitalistische Produktionsweise hat in unserem Land längst alle vorkapitalistischen Formen verdrängt. Die Überreste des Feudalismus sind beseitigt. Soweit sie noch in diesem oder jenem gesellschaftlichen Bereich bestehen, sind sie nur der Form nach erhalten geblieben. Ihr Inhalt hat sich aber gewandelt. Alle diese Überreste sind längst zum Mittel der Verwirklichung der Vorherrschaft des Finanzkapitals und der Monopolbourgeoisie über die nichtmonopolistische Bourgeoisie und die kleinen Warenproduzenten geworden. Daher enthält unser Programmentwurf kein eigenes Agrarprogramm und aus demselben Grund enthält es auch nicht solche Forderungen wie die der Gewerbefreiheit, obwohl diese noch durch zahlreiche feudale Überbleibsel eingeengt ist.

"Die russische Arbeiterklasse ist imstande, ihren ökonomischen und politischen Kampf auch allein zu führen, selbst wenn ihr von keiner anderen Klasse geholfen werden sollte." (LW Bd.4,S.208). Diese Feststellung Lenins, die auch in der Einleitung zu unserem demokratischen Forderungsprogramm enthalten ist, hat große Bedeutung. Sie hebt nochmals hervor, daß die Arbeiterklasse die einzig revolutionäre Klasse ist. Diese Tatsache, daß die Arbeiterklasse selbständig zur Revolution befähigt ist, setzt sie erst instand, die Massen der Ausgebeuteten und Unterdrückten um sich zu sammeln und zu führen.

Die Einleitung zum demokratischen Forderungsprogramm stellt Charakter und Aufgaben dieser Forderungen eindeutig klar. Es handelt sich um ein revolutionäres Forderungsprogramm, um ein Programm, das der Vorbereitung der sozialistischen Revolution dient. Wir müssen den Massen klarmachen, daß der gegenwärtige Staat der Staat der Diktatur der Bourgeoisie ist. Wir werden das nicht klarmachen können, wenn wir bloß diesen Satz bei jeder Gelegenheit wiederholen. Wir werden das nur klarmachen können im entschiedenen Kampf gegen diesen Staat, im Kampf um politische Rechte, der schließlich im Sturz der Bourgeoisherrschaft und der Errichtung der Diktatur des Proletariats mündet. "Die sozialistische Revolution ist kein einzelner Akt, keine einzelne Schlacht in einer Front, sondern eine ganze Epoche schärfster Klassenkonflikte, eine lange Reihe von Schlachten an allen Fronten, das heißt in allen Fragen der Ökonomie sowie der Politik, Schlachten, welche nur mit der Expropriation der Bourgeoisie enden können. Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, daß der Kampf um die Demokratie imstande wäre, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken oder auch nur diese Revolution in den Hintergrund zu schieben, zu verhüllen und dergleichen. Im Gegenteil, wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das den in jeder Hinsicht konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie nicht führt, sich nicht zum Sieg über die Bourgeoisie vorbereiten." (LW Bd.22,S.145)

Diese Leninschen Anschauungen werden von der VRA abgelehnt und bekämpft. So heißt es erst neulich wieder in einem mit K.S. gezeichneten kurzen Artikel, daß solche Forderungen bewiesen, daß wir "in Wirklichkeit den marxistisch-leninistischen Grundgedanken von der 'gewaltsamen Revolution' ('Kommunistisches Manifest'), das heißt vom Übergang der Staatsgewalt aus den Händen der Bourgeoisie in die Hände des Proletariats im reformistischen Sinn revidieren" (Volksmacht Nr.112,S.7.). Interessant ist der "Beweis", den K.S. dafür liefert: Er zitiert die"AZ", "daß in Zukunft alle SP-Abgeordneten verpflichtet sein würden, 'einmal jährlich in allen Gemeinden ihrer Wahlbezirke den interessierten Staatsbürgern - nicht nur den Mitgliedern der SPÖ - Rede und Antwort zu stehen'" (ebenda) und erblickt in dieser Festlegung der SPÖ auf die regelmäßige Abhaltung von Propagandaveranstaltungen eine zumindest teilweise Verwirklichung der Forderung nach "Rechenschaftspflicht". Es fällt schwer zu glauben, daß K.S. und die VRA, die seinen Beitrag in ihrem Organ abdruckt, eine solche Absurdität ernst meint. Er wird doch wohl nicht im Ernst meinen, daß "zur Rechenschaft ziehen" sich eine Rede anhören heißt?

Wir wollen über diesen Unsinn hinweggehen und auf den eingangs zitierten Kernsatz zurückkommen. Wo ist in unserem Programmentwurf die Rede "vom Übergang der Staatsgewalt der Bourgeoisie in die Hände des Proletariats im reformistischen Sinn"? Ist es nicht gerade so, daß die Forderungen nach politischen Rechten die Massen gegen den bürgerlichen Staat richten, anknüpfend an deren Unzufriedenheit und deren Widerstand gegen die Tendenz des Imperialismus zur Reaktion, daß diese Forderungen sie zur unversöhnlichen Feindschaft gegenüber dem bürgerlichen Staat erziehen? Ist es nicht so, daß das Proletariat unbedingt den revolutionären Kampf um Demokratie führen muß, um sich zum Sieg über die Bourgeoisie vorzubereiten? Das ist jedenfalls die Ansicht Lenins und wir haben diese Ansicht oben bereits ausführlich zitiert. Von Reformismus kann hier wohl nicht die Rede sein. Umgekehrt muß aber wohl die Rede sein vom verbissenen Festhalten am Propagandistentum, von der "prinzipienfesten" Ablehnung des Kampfes um politische Rechte zur Vorbereitung der sozialistischen Revolution, das heißt von der ausgeprägten Position des schon von Lenin gegeißelten"imperialistischen Ökonomismus"auf Seiten der VRA.

Man könnte nun einwenden: gut, die Forderungen nach politischen Rechten, nach Demokratie mögen revolutionäre Forderungen sein, aber sind sie nicht undurchführbar, sind sie nicht illusorisch? So wie die kategorische Ablehnung des Kampfes um Demokratie hat auch dieses Argument der "Undurchführbarkeit", das nichts als eine Form der gleichen Ablehnung ist, Tradition in der Arbeiterbewegung. Gegenüber der demokratischen Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen nahm die polnische Sozialdemokratie eine solche Haltung ein und Lenin antwortete ihnen, indem er nachwies, daß von einer ökonomischen Undurchführbarkeit der Demokratie im Kapitalismus nicht gesprochen werden kann, weil die Demokratie"nur eine der möglichen Formen (...) des Überbaus über dem Kapitalismus" ist. (LW Bd.22,S.332). Und was die politische Undurchführbarkeit anlangt, sagt Lenin: "Objektiv sind ihre" (der polnischen Sozialdemokraten) "Phrasen über die Undurchführbarkeit Opportu-

nismus, da stillschweigend vorausgesetzt wird: 'undurchführbar' ohne eine Reihe von Revolutionen, wie im Imperialismus überhaupt die ganze Demokratie, alle ihre Forderungen undurchführbar sind." (LW Bd.22,S.333) Lenin sagt damit klar: Wer von der "Undurchführbarkeit" der Demokratie spricht, spricht in Wirklichkeit von der "Undurchführbarkeit" der Revolution, des revolutionären Kampfes. Damit beißt sich auch die Katze in den Schwanz: Wer "beweisen" möchte, die demokratischen Forderungen seien "undurchführbar", reformistisch, macht in Wirklichkeit zur Voraussetzung seiner Überlegungen, daß der Kampf um Demokratie reformistisch, nicht revolutionär geführt wird. Das, was bewiesen werden soll, ist als Behauptung schon vor dem ganzen Argument da. Das, was bewiesen wird,ist, daß der Vorstellungswelt des Betreffenden der revolutionäre Kampf ziemlich fremd ist und daß er stattdessen lieber Phrasen drischt.

Die erste Forderung ist auf die Herstellung der vollen Volkssouveränität in allen Bereichen der Gesetzgebung, Rechtssprechung und Verwaltung gerichtet. Die Behandlung aller dieser Bereiche unter einem Punkt entspricht unserem Ziel der Aufhebung der bürgerlichen Gewaltentrennung und der Ablösung des Parlamentarismus durch arbeitende Körperschaften nach dem Muster der Pariser Kommune und der Sowjets, die alle diese Funktionen in sich vereinen.

Mit der Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung verlangen wir die Zerstörung des Kerns des bürgerlichen Staatsapparates als unerläßliche Voraussetzung zur Eroberung der politischen Macht. Wir fordern nicht eine bürgerliche Miliz, sondern die ungeteilte Kontrolle des Volkes über die Waffen, was nur geht, wenn das Volk selbst die Waffen führt. Daher verlangen wir auch die Wahl der Offiziere. "Solange nicht jeder Arbeiter sein Repetiergewehr und hundert scharfe Patronen im Hause hat, ist's alles Blödsinn", schreibt Engels in einem Brief an Kautsky (MEW Bd.38,S.88). Die Lohnfortzahlung für die Angehörigen der Volksmiliz ist Voraussetzung für die Realisierung dieser Forderung.

In weiterer Folge verlangen wir die Demokratisierung des Staatshaushaltes. Wir verlangen ein einfaches und einheitliches Steuersystem, das klar zeigt, welche Mittel der Staat von seinen Bürgern verlangt und wir verlangen, daß er in erster Linie die besitzenden Klassen heranziehen soll.

Auf dem Gebiet des Volksbildungswesen bekämpfen wir das System, das die Masse der Arbeiterkinder gerade mit der nötigsten theoretischen Bildung versorgt und einen kleinen Teil zu eitlen, verzogenen Fratzen erzieht, die auf das Volk herabschauen sollen. Wir fordern deshalb die Einheitsschule ohne Klauseln und Ausnahmen. Wir fordern weiter, daß die theoretische Ausbildung mit der Produktion eng verbunden werden muß und wenden uns damit dagegen, daß den Kindern der produzierenden Klassen das Lernen systematisch verleidet wird, indem ihre Köpfe mit unnützem Zeug vollgestopft werden. Wir verlangen, daß die Möglichkeit zur Nutzung der Bildungseinrichtungen durch entsprechende Leistungen des Staates ohne Auslese und Kontrolle gesichert wird. Wir verlangen schließlich die direkte Kontrolle des Volkes über die Schulen, wozu auch das Recht gehört zu bestimmen, wer die Kinder unterrichtet und wer sie nicht mehr unterrichten soll. Dies alles soll sichern, daß die Arbeiter- und Volksmassen die für den Klassenkampf, die Revolution und die Leitung und Verwaltung der Produktionerforderlichen Kenntnisse erwerben können.

Wir verlangen die Herstellung der vollen Glaubens- und Gewissensfreiheit, die solange nicht besteht, als einzelnen Religionsgemeinschaften als "gesetzlich anerkannten Religionen" besondere Vorrechte gewährt werden, und als insbesondere die Freiheit der antireligiösen Propaganda beschränkt wird. Wir Kommunisten bekämpfen den Aberglauben in jeder Form und wollen die Massen zum wissenschaftlichen Denken erziehen. Das tun wir ausschließlich mit dem Mittel der Überzeugung. Um diesen Kampf besser führen zu können, müssen die Kirchen alle Vorrechte verlieren, ihre Verbindungen zum Staat und die Nabelschnur der finanziellen Unterstützung abgeschnitten werden und ihnen das Recht entzogen werden, in öffentlichen Schulen Kinder mit ihrem Aberglauben zu verwirren.

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau in vollem Umfang ist Voraussetzung für die volle Einbeziehung der Millionen Frauen des Volkes in den Klassenkampf und damit für eine erhebliche Stärkung der aktiven Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes. Das bürgerliche Gesetzbuch, das Ehe- und Familienrecht enthalten zahlreiche Beschränkungen dieser Gleichberechtigung.

Die Freiheit der Organisation, der Versammlung und des Wortes unterliegen in unserem Land nach wie vor wesentlichen Beschränkungen, gegen die die österreichische Arbeiterbewegung von jeher entschieden gekämpft hat. Der imperialistische Staat stützt sich weiterhin auf die reaktionären Gesetze des Absolutismus. Das Recht zum Gebrauch eines der wesentlichen Mittel des Kampfes der Arbeiterklasse und der anderen Lohnabhängigen, das Streikrecht, ist rechtlich nirgends verankert und durch eine Reihe reaktionärer Gesetze und Verordnungen der Habsburgermonarchie, wie etwa das "Anti-Terror-Gesetz" beschränkt und für einen Teil der Lohnabhängigen, die öffentlich Bediensteten, in der kaiserlichen "Streikverordnung" von 1914 ausdrücklich mit Gefängnisstrafen bedroht. Die persönlichen Grundrechte sind durch das "Staatsgrundgesetz" von 1867 und die in dessen Durchführung ergangenen Gesetze dergestalt geregelt, daß sie dem Staatsapparat reichliche Möglichkeit geben, sie zu durchbrechen. Die Beschränkungen aller dieser bürgerlich-demokratischen Freiheiten sind ein wesentliches Hindernis für die Entfaltung des Klassenkampfes.

Um der Spaltung der Arbeiterklasse einen Riegel vorzuschieben, verlangen wir die völlige rechtliche Gleichstellung der Ausländer. Sie kann nur gewährleistet werden, wenn sie als österreichische Staatsbürger behandelt werden. Wir verlangen ihre Einbürgerung nach einem Zeitraum, der vorübergehende Aufenthalte im wesentlichen ausschließt und doch kurz genug ist, um Manöver auszuschließen, durch regelmäßiges Abschieben die Einbürgerung ausländischer Arbeiter zu verhindern. Um den Klassenkampf gemeinsam mit den österreichischen Arbeitern führen zu können, ist die Kenntnis der Landessprache nötig. Das Ausmaß von einem halben Arbeitstag pro Woche durch drei Jahre hindurch scheint ausreichend, um sie erlernen zu können, und sollte eindeutig festgelegt sein. Um nicht behördlichen Schikanen ausgesetzt zu sein, muß das Recht auf Gebrauch der Muttersprache gegenüber den Staatsorganen gesichert werden. Um den Weg zur Rückkehr in die Heimat nicht zu versperren, sollen die Kinder die Möglichkeit zum Erlernen ihrer Muttersprache in den Schulen haben.

Für die bodenständigen Minderheiten in Österreich muß das Recht auf ihre Sprache gesichert werden. Dazu gehört auch das Recht, daß die Kinder den Schulunterricht zur Gänze in ihrer Muttersprache erhalten. Ebenso müssen die Angehörigen der Minderheiten vor jeder behördlichen Schikanierung geschützt werden. Nur so kann gesichert werden, daß überall der Klassenwiderspruch von Bourgeoisie und Proletariat klar sichtbar hervortritt.

Wir verlangen schließlich den Rückzug der gegenwärtig im Ausland statio-

nierten österreichischen Truppen (Zypern, Golan-Höhen, Sinai) und das Verbot zukünftiger Entsendungen unter dem Vorwand der Friedenssicherung im Namen internationaler Organisationen nach dem diesbezüglichen Bundesverfassungsgesetz aus dem Jahre 1965. Wir tun das im Sinne der Unterstützung des Kampfes der Völker der Welt und der Beendigung imperialistischer Einmischungen durch den Abzug aller fremden Tuppen aus dem Ausland.

Schon das Hainfelder Programm der österreichischen Sozialdemokratie von 1888/89 führt aus: "Solange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist nur eine teilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich (...). Das Herabsinken der Lebenshaltung, welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit der Tätigkeit für menschliche Ziele, vor allem für seine eigene Befreiung zu widmen." (aus: Programme der österreichischen revolutionären Arbeiterparteien 1888-1946,Verlag Alois Wieser, Wien 1976,S.13.Hervorhebungen von mir, H.W.) In diesem Sinn und mit dem Ziel der Einschränkung der Konkurrenz der Arbeiter untereinander stellen auch heute die Kommunisten ihre Forderungen zum Schutz der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen.

Von jeher spielte der Kampf um die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages eine große Rolle in der Arbeiterbewegung, man denke nur an die 8-Stundenagitation, die den ersten großen Aufschwung der auf den wissenschaftlichen Sozialismus gegründeten Massenbewegung mit sich brachte. Unter Berücksichtigung der seit jener Zeit gewaltig gestiegenen Intensität der Arbeit stellte die Komintern in ihrem Programm die Forderung nach dem 7-Stunden-Tag auf (Revolutionäre Programme, Sendler-Verlag,S.109), ebenso die Forderung nach der 5-Tage-Woche für entwickelte Länder. Die Erfahrung zeigt, daß durch das Überstundensystem jede Beschränkung des Arbeitstages wieder zunichte gemacht wird. Deshalb bildet die Forderung nach dem Überstundenverbot die notwendige Ergänzung zur Forderung nach Beschränkung der Arbeitszeit.

Bereits das Hainfelder Programm fordert das Nachtarbeitsverbot mit Ausnahme zwingender technischer Gründe (Österreichische Programme,S.14). Wegen ihrer Schädlichkeit für den Organismus fordern wir ebenso das Verbot der Schichtarbeit. Weiters ist es notwendig, den Arbeitern die Entscheidung darüber in die Hand zu geben, ob technische Gründe vorliegen und anerkannt werden sollen. Wegen der besonderen Schädlichkeit der Nachtarbeit fordern wir deren zusätzliche Beschränkung.
Gegenwärtig unterliegt die Arbeitszeit von Jugendlichen keinen besonderen Beschränkungen. Die Nachtarbeit von Jugendlichen ist nur zwischen 22 und 6 Uhr absolut untersagt, nicht aber während der gesamten Nachtzeit (Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz, im weiteren mit KJBG abgekürzt, § 17) von 20 Uhr an. Ebensowenig ist die Schichtarbeit (abgesehen von der Zeit zwischen 22 und 6 Uhr) für Jugendliche verboten. Verboten ist ferner nicht die Akkordarbeit von Jugendlichen über 16 Jahren (KJBG § 21). Alle diese Verbote sind für ein gesundes Heranwachsen der Jugendlichen jedoch unbedingt nötig. Wir nennen das Akkordverbot und das Überstundenverbot für Jugendliche nicht gesondert, da wir deren allgemeine Verwirklichung fordern.

Aus dem gleichen Grund wie die Beschränkung des Normalarbeitstages ist die Ausdehnung des gesetzlichen Mindesturlaubs erforderlich. Das Ausmaß von 8 Wochen entspricht wiederholten ärztlichen Forderungen in Bezug auf die notwendige Mindestdauer von Erholungsurlauben. In Bezug auf den Pflegeurlaub widerspricht eine zeitliche Beschränkung offensichtlich dem Sinn der Sache: Man kann einem Kind schließlich nicht die Krankheit verbieten, weil der Urlaub der Eltern bereits aufgebraucht

ist. Eine Forderung nach "Bildungsurlaub" erheben wir nicht, weil wir gegen die damit einhergehende Bevormundung, die Zuweisung an bürgerliche Indoktrinierungsanstalten sowie die Privilegierung von Teilen der Arbeiterklasse sind. Wir treten dafür ein, daß jedem Arbeiter ein genügendes Maß an Freizeit gegeben wird, um sich zu bilden und für den Klassenkampf zu rüsten. Auch das wird sowohl in der Forderung nach dem 7-Stunden-Tag als auch nach 8 Wochen Urlaub berücksichtigt.

Das geltende Arbeitsverfassungsgesetz gewährleistet nicht die Freiheit der gewerkschaftlichen und politischen Betätigung im Betrieb. Die Rechte des Betriebsrates und des Jugendvertrauensrates sind beschränkt. Hier sind insbesondere die Verschwiegenheitspflicht (Arbeitsverfassungsgesetz, im weiteren mit ArbVG abgekürzt, § 115 Absatz 4) sowie die Beschränkung des Kündigungs- und Entlassungsschutzes (§§ 120ff) anzuführen. So zählt etwa zu den Enlassungsgründen "die Verteilung von Flugblättern beleidigenden Inhalts gegenüber dem Betriebsinhaber (Verwaltungsgerichtshof, ArbSlg 6158) - also schon die Verteilung, nicht das Verfassen - sowie jede Form "beleidigender" Äußerungen im Betrieb; wobei als beleidigend gelten: wenn das Betriebsratsmitglied Äußerungen des Betriebsinhabers als "Frechheit" bezeichnet (Einigungsamt Wien, SozMitt. II B, S. 943)
oder daß "die Handlungsweise eines leitenden Organs bewies, wie es um die Achtung von Recht und Gesetz bestellt sei" (VerwGH, Soz.Mitt.IIB,S.943) oder Bemerkungen wie "man wundere sich nicht mehr über die Nichteinhaltung von Gesetzen und Verträgen durch den Arbeitgeber, sondern erwarte derartige Handlungen von ihm". (EA Wien,ArbSlg.8657). Über die auch für den Betriebsrat geltenden Gründe hinaus können die Jugendvertrauensräte auch entlassen werden, wenn sie Lehrlinge sind und "ihre Pflichten vernachlässigen" (ArbVG § 130 Abs.1
Solche Pflichten können etwa die ordnungsgemäße Führung eines Werkstattwochenbuches sein, wenn dies im Lehrvertrag verankert wurde; oder auch, "sich in die betriebliche Ordnung einzufügen"; oder das sorgsame Umgehen" mit den ihm anvertrauten Werkstoffen, Werkzeugen und Geräten" (BAG § 10). Solche Bestimmungen bieten eine Fülle von Vorwänden zur Maßregelung von Betriebs- und Jugendvertrauensräten. Wir fordern daher einenvollständigen und unbedingten Kündigungs- und Entlassungschutz. Da die Trennung von Betriebs- und Jugendvertrauensräten die Einbeziehung der Jugendlichen in die gemeinsame Front der Arbeiter und anderen Lohnabhängigen und ihre einheitliche Organisierung im Betrieb erschwert, auf der anderen Seite jedoch die besonderen Interessen und die besondere Stellung der Jugendlichen im Betrieb (insbesondere der Lehrlinge) eine eigene Vertretung zweckmäßig machen, fordern wir die Angliederung der Jugendvertrauensräte an die Betriebsräte, sodaß deren Mitglieder gleichberechtigt an allen Betriebsratssitzungen teilnehmen können.

In Bezug auf die öffentlich Bediensteten fordern wir die Aufhebung aller besonderen Bestimmungen wie Dienstpragmatik, Vertragsbedienstetengesetz, Personalvertretungsgesetz, Gehalts- und Pensionsgesetz usw., um vor allem deren besondere Entrechtung, die die Privilegierung der kleinen Beamten bei weitem überwiegt, aufzuheben und günstige Bedingungen für die Gewinnung der kleinen Beamten und anderen kleinen öffentlich Bediensteten für den Klassenkampf und die Revolution zu schaffen. Wir verfolgen das Ziel, ihren Beamtendünkel zu durchbrechen, die Gemeinsamkeit ihrer Interessen mit den anderen Lohnabhängigen klarzumachen und den bürgerlichen Staatsapparat zu zersetzen.

Um zu verhindern, daß das betriebliche Gesundheits- und Sicherheitswesen zu einer bloßen Farce und zu einem Instrument der Kapitalisten zur Schikanierung der Lohnabhängigen verkommt, fordern wir deren Unterstel-

lung unter die Kontrolle des Betriebsrates; damit ist auch die Entscheidung über Anstellung und Entlassung von Betriebsärzten zu verstehen.

Auf dem Gebiet der Sozialversicherung fordern wir eine einheitliche, von den Lohnabhängigen selbst verwaltete, von den Kapitalisten bezahlte Sozialversicherung. Die Forderungen zur Sozialversicherung sind in einem Punkt zusammengefaßt, um die Forderung nach deren Einheitlichkeit zu unterstreichen. Im besonderen verlangen wir die Unterstellung des gesamten Volksgesundheitswesens - der Ambulatorien, Spitäler, Heilstätten, Kuranstalten und des ärztlichen Dienstes für die arbeitenden Menschen - unter die selbstverwaltete Sozialversicherung. Gerade wegen dieser weitreichenden Forderungen ist die Forderung nach Selbstverwaltung von besonderer Bedeutung. Engels schreibt in seiner "Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891" zu einer Forderung: "Diese Punkte fordern Verstaatlichung ... 2.der Ärzte, 3. der Apotheken, Zahnärzte, Hebammen Krankenpfleger etc, etc; und ferner wird später die totale Verstaatlichung der Arbeiterversicherung gefordert. Ob das alles den Herrn von Caprivi anvertraut werden darf? Und ob das im Einklang steht mit der vorangegangenen Lossagung von allem Staatssozialismus?" (MEW Bd.22,S.237). Diese Worte Engels' sollten jedem fortschrittlichen Menschen Warnung genug sein vor allen Verstaatlichungsforderungen für das Gesundheitswesen, wie sie etwa die KPÖ aufstellt. Im übrigen soll noch kurz auf die Höhe der Forderungen für Pensionen und Arbeitslosengeld eingegangen werden: Bezüglich der Invalidenrente und der allgemeinen Pensionen fordert der Programmentwurf die generelle Untergrenze, unabhängig von allen Versicherungszeiten. Er geht davon aus, daß die Lebenshaltungskosten für einen Pensionisten niedriger sind als für einen aktiven Arbeiter; er nimmt den durchschnittlichen Arbeiterlohn als Maß und verzichtet deshalb auf Forderungen nach einer Dynamisierung, weil natürlich der jeweils geltende Durchschnittslohn gemeint sein muß. Er setzt die Höhe mit 80% an, weil der Satz von 80%, bezogen auf das eigene Einkommen, im öffentlichen Dienst generell gilt und durch betriebliche Zusatzpensionen nicht selten erreicht wird (volle Ausschöpfung der Versicherungszeit vorausgesetzt), also eine gewisse Verbreitung hat. Im Unterschied dazu wird für das Arbeitslosengeld ein fester Satz von mindestens 80% vom eigenen Lohn gefordert, weil der Arbeitslose sich und seine Familie weitererhalten muß, keinen krassen Verschlechterungen der Lebenshaltung ausgesetzt werden darf und das Arbeitslosengeld den Charakter einer vorübergehenden Zahlung hat. Die Senkung des Pensionsalters entspricht dem steigenden Verschleiß der Arbeitskraft.

Wir fordern die Ausdehnung der Freistellung der Frau vor und nach der Niederkunft auf das Doppelte des gegenwärtig im Mutterschutzgesetz (§§ 3 und 5) festgelegten Ausmaßes. Darüber hinaus fordern wir Regelungen, die das Heranziehen von Kindern möglich machen, ohne die Frau an den Herd zu fesseln. Diese Forderungen dienen sowohl der Gleichberechtigung der Frau als auch der Heranziehung von Kindern der Arbeiterklasse als neue Kämpfer gegen die Bourgeoisie. Sie zielen auf die Verbesserung der sozialen Bedingungen ab, die das Aufziehen solcher neuen Kämpfer heute erschweren.

Wir fordern die Auflösung der Arbeiterkammern, weil sie durch ihr Bestehen die Gewerkschaft schwächen. Wir lehnen sie als Instrument zur Bindung der Arbeiter und anderen Lohnabhängigen an den bürgerlichen Staat ab. Die Existenz der Arbeiterkammern als ständische Vertretungskörperschaften gibt der Reaktion eine Institution in die Hand, auf die sie sich als "gewählte Vertretung der Arbeiter und Angestellten" im Fall eines Verbots der Gewerkschaften berufen und die sie zum Übergang zu einem ständestaatlichen System benutzen kann. Publikationen

des letzten Jahres zeigen, daß gewisse Teile der Bourgeoisie - wenn auch gegenwärtig weit entfernt von aller Realität - mit solchen Gedanken spielen.

Die vorliegenden Erläuterungen verfolgen das Ziel, die Diskussion über den Programmentwurf zu erleichtern und die hauptsächlichen Überlegungen der Programmkommission darzulegen.

H.W.

Statutenentwurf (HAUPTPUNKTE)

VORBEMERKUNG

Beim nachfolgenden Statutenentwurf für die nationale Organisation handelt es sich nicht um eine umfassende Darstellung der organisatorischen Grundanschauungen der Kommunisten und eine allseitige Darlegung des künftigen Organisationslebens. Der Entwurf beschränkt sich auf die knappe Festlegung der formellen Regelungen innerhalb der Organisation hinsichtlich Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft, der Bildung der Einheiten und Leitungsorgane, der Verpflichtungen der Mitglieder, Einheiten und Leitungsorgane und der Regelungen der Beschlußfassung in der Organisation.

Diese Beschränkung auf die formellen Regelungen im Entwurf und diese Regelungen selbst entsprechen einer jungen, noch relativ unentwickelten und im Aufbau begriffenen Organisation, deren Organisationsleben und organisierte Tätigkeit sich im Zuge ihres Aufbaues noch wesentlich entwickeln und verändern werden. Diese Entwicklung soll nicht durch Festlegungen eingeschränkt werden, die rasch überholt wären und einem jeweils höheren Entwicklungsstand der Organisation nicht mehr entsprechen würden. Zudem wurde darauf verzichtet, formelle Regelungen über das Notwendigste und die feststehenden Zwecke und Bedingungen hinaus zu treffen, die ohne praktische Erfahrungen und ohne konkrete Beurteilungsmöglichkeiten der Erfordernisse der neuen Organisation ausgetüftelt werden hätten müssen.

Wenn der Entwurf auch keine umfassende Festschreibung der organisatorischen Grundanschauungen der Kommunisten enthält, sondern sich auf die notwendigsten formellen Festlegungen beschränkt, so ist an diese Festlegungen doch der Anspruch zu stellen, daß sie mit den organisatorischen Grundanschauungen der Kommunisten im Einklang stehen und ihrer Verwirklichung freien Raum schaffen müssen.

Vom Ziel der Kommunisten her, das Proletariat zur selbständigen, allen bürgerlichen Parteien entgegengesetzten politischen Partei zu organisieren und zum Sturz der Bourgeoisherrschaft, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats und zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu führen, ergibt sich, daß in ihren Reihen Einheit in den ideologischen, politischen und organisatorischen Grundanschauungen bestehen muß und Mitglied nur sein kann, wer diese Grundanschauungen teilt und durch seine aktive, organisierte Arbeit in der Organisation und seinen größtmöglichen materiellen Beitrag an der Verwirklichung der Ziele mitarbeitet, die sich aus diesen Grundanschauungen ergeben.

Dieser Grundsatz kommt im ersten Paragraphen des Entwurfes zur Geltung, der diese Grundvoraussetzungen für die Mitgliedschaft festhält.

Auf der Grundlage dieser Einheit in den Grundanschauungen ist erst

das organisatorische Prinzip des demokratischen Zentralismus verwirklichbar, nach dem die organisierte Zusammenfassung von Menschen mit gleichen Grundanschauungen zu einer Organisation aufgebaut wird, die in enger Verbindung mit den Massen nach einheitlichem Willen und Plan in den Klassenkampf eingreift und seine allseitige Leitung anstrebt.

Das demokratische Prinzip dient der Herausbildung eines einheitlichen Willens der Organisation auf der Grundlage der ideologischen, politischen und organisatorischen Grundanschauungen im offenen Meinungskampf um die richtige politische Linie und in einem ständigen Prozeß von Kritik und Selbstkritik. Es dient der Entwicklung und der Erhaltung lebendiger Verbindungen und Wechselbeziehungen sowohl innerhalb der Organisation zwischen den Mitgliedern und den leitenden Organen wie auch vor allem zwischen der Organisation und den Massen.

Das zentralistische Prinzip dient der Zentralisation der politischen Tätigkeit der Organisation unter den Massen, der Leitung der gesamten Tätigkeit der Organisation nach einheitlichem Willen und Plan von einem führenden Zentrum aus. Das ist die unbedingte Voraussetzung dafür, daß die Organisation wirksam in die Klassenkämpfe eingreifen und die Führung in ihnen erobern kann. Dieses zentralistische Prinzip kommt im Entwurf vor allem zur Geltung im Paragraphen, in dem die Unterordnung des Mitglieds unter die Beschlüsse der Organisation, die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit und die Unterordnung der unteren Leitungsorgane unter die oberen festgelegt wird. Weiters in den festgelegten Befugnissen der Leitungsorgane, vor allem des ZK.

Das demokratische Prinzip kommt im Rahmen der formellen Festlegungen des Entwurfs vor allem in den Regelungen zur Delegiertenkonferenz als oberstem beschlußfassenden Organ und allgemein in den Regelungen der Wahl aller Leitungsorgane und deren Rechenschaftspflicht zur Geltung.

Mit diesen knappen Festlegungen im Entwurf ist natürlich nicht das demokratisch-zentralistische Prinzip des gesamten Organisationsaufbaus, des Organisationslebens, der Durchführung ihrer Politik und ihrer Beziehungen zu den Massen erfaßt. Das ist auch weder beabsichtigt, noch wäre es für die konkreten Erfordernisse der Organisation notwendig und zweckmäßig. Die Formen der Verwirklichung dieser Prinzipien werden sich mit dem Aufbau und der Entwicklung der Organisation unweigerlich wandeln; sie mit Leben zu erfüllen, wird eine Aufgabe des beharrlichen Kampfes um die richtige politische Linie, auch um die richtige Linie des Aufbaus der Organisation sein.

G.St.

STATUTENENTWURF

1. Mitglied des Kommunistischen Bundes Österreichs(KB) ist, wer sein Programm und Statut anerkennt, aktiv in einer Einheit der Organisation arbeitet und den Mitgliedsbeitrag zahlt.

2. Zum Zweck der politischen Bewährung, Schulung und Einführung in die Arbeit der Organisation ist der Aufnahme als Mitglied eine Kandidatenzeit vorgeordnet, die für Arbeiter und einfache Werktätige ein halbes Jahr, für Intellektuelle und Angehörige anderer, ihrer sozialen Stellung nach vom Volk abgehobener Schichten in der Regel ein Jahr beträgt. Während der Kandidatenzeit arbeitet der Kandidat in einer Grundeinheit mit. Er hat dieselben Pflichten wie ein Mitglied, hat aber nur beratende Stimme und kann keine Leitungsaufgaben übernehmen.

   Nach Ablauf der Kandidatenzeit muß die Grundeinheit über die Aufnahme des Kandidaten als Mitglied der Organisation entscheiden. In Fällen, wo eine Aufnahme durch eine Grundeinheit nicht möglich ist, entscheidet die Ortsleitung. Solche Entscheidungen sind durch das nächsthöhere Leitungsorgan zu bestätigen. Die Mitgliedsaufnahme kann auch direkt durch das ZK erfolgen, wo eine solche durch eine Grundeinheit oder Ortsleitung nicht möglich ist. Das ZK und die Ortsleitungen können in begründeten Ausnahmefällen auch eine Verkürzung der Kandidatenzeit bis auf die Mindestdauer von einem halben Jahr vornehmen.

3. Das höchste Organ des KB ist die nationale Delegiertenkonferenz. Sie wird einmal jährlich vom ZK einberufen. Die nationale Delegiertenkonferenz beschließt über Programm und Statut, bestimmt die politische Linie des KB, nimmt den Rechenschaftsbericht des ZK entgegen, wählt das ZK und legt Richtlinien über die Höhe und Aufteilung der Mitgliedsbeiträge fest.

4. Durch Beschluß des ZK, oder wenn dies von Ortsgruppen, die auf der letzten Delegiertenkonferenz zusammen ein Drittel der Stimmen hatten, verlangt wird, muß eine außerordentliche Delegiertenkonferenz durchgeführt werden.

5. Das ZK leitet zwischen den nationalen Delegiertenkonferenzen die gesamte Tätigkeit der Organisation. Es ist an die Beschlüsse der nationalen Delegiertenkonferenz gebunden und ihr gegenüber verantwortlich, verwaltet die zentrale Kasse, gibt ein Zentralorgan und ein theoretisches Organ heraus.
   Das ZK besteht aus 13 Mitgliedern und 3 Kandidaten zum ZK. Die Kandidaten zum ZK haben nur beratende Stimme. Das ZK wählt aus seiner Mitte einen 5-köpfigen Ständigen Ausschuß, der zwischen den ZK-Vollsitzungen dessen Aufgaben wahrnimmt. Ferner wählt das ZK einen Sekretär. Wenn ein Mitglied des ZK auf Dauer an der Erfüllung seiner Pflichten verhindert ist, kann das ZK aus der Reihe der Kandidaten ein Ersatzmitglied wählen.

6. Das ZK ist verpflichtet, wenigsten sechs Wochen vor jeder ordentlichen nationalen Delegiertenkonferenz den schriftlichen Rechenschaftsbericht der Organisation vorzulegen.

7. Auf Beschluß des ZK werden Ortsgruppen gebildet. Die Mitgliederversammlung bzw. Delegiertenkonferenz der Ortsgruppen wählen die Ortsleitung sowie die Delegierten zur nationalen Delegiertenkonferenz.

8. Die Grundeinheiten der Organisation sind die Zellen, die auf Beschluß der Ortsleitung bzw. des ZK gebildet werden.

Jede Zelle wählt sich jährlich eine Zellenleitung. Die Zellenleitung bedarf der Bestätigung durch die Ortsleitung.

9. Alle Ortsleitungen der Organisation werden jährlich gewählt und wählen aus ihrer Mitte einen verantwortlichen Sekretär. Jede Ortsleitung bedarf der Bestätigung durch das ZK.
Das ZK kann Orts- und Zellenleitungen vollständig oder einzelne Mitglieder davon jederzeit abberufen und eine Neuwahl anordnen.

10. Alle Grundeinheiten und Leitungsorgane sind rechenschaftspflichtig und müssen regelmäßig über ihre Tätigkeit schriftliche Berichte anfertigen.

11. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich den Beschlüssen der Organisation unterzuordnen. Die Minderheit ist verpflichtet, sich den Beschlüssen der Mehrheit unterzuordnen. Die unteren Leitungsorgane sind verpflichtet, sich den Beschlüssen der oberen Leitungsorgane unterzuordnen. Die Beschlüsse auf allen Ebenen der Organisation werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.

12. Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn es die Bestimmungen des Statuts verletzt. Der Ausschluß wird von der Einheit der Organisation, in der das Mitglied arbeitet, oder von der nächsthöheren Leitungsinstanz vorgenommen und ist durch das jeweils höhere Organ zu bestätigen.

Ein Mitglied, das im revolutionären Willen nachläßt und trotz nachhaltiger Erziehungsarbeit wenig oder keine Änderung zum Besseren zeigt, kann für die Dauer bis zu einem halben Jahr in den Kandidatenstand rückversetzt oder aus der Mitgliederliste gestrichen werden. Über diese Maßnahme entscheidet die Einheit der Organisation, in der es mitarbeitet, oder das nächsthöhere Organ. Sie ist durch das jeweils höhere Organ zu bestätigen. Das ZK kann diese Maßnahme auch direkt verfügen. Der von solchen Maßnahmen Betroffene hat das Recht, sich mit einem Revisionsantrag bis an die nationale Delegiertenkonferenz zu wenden.

20.-

KB Wien

KOMMUNISTISCHER BUND WIEN